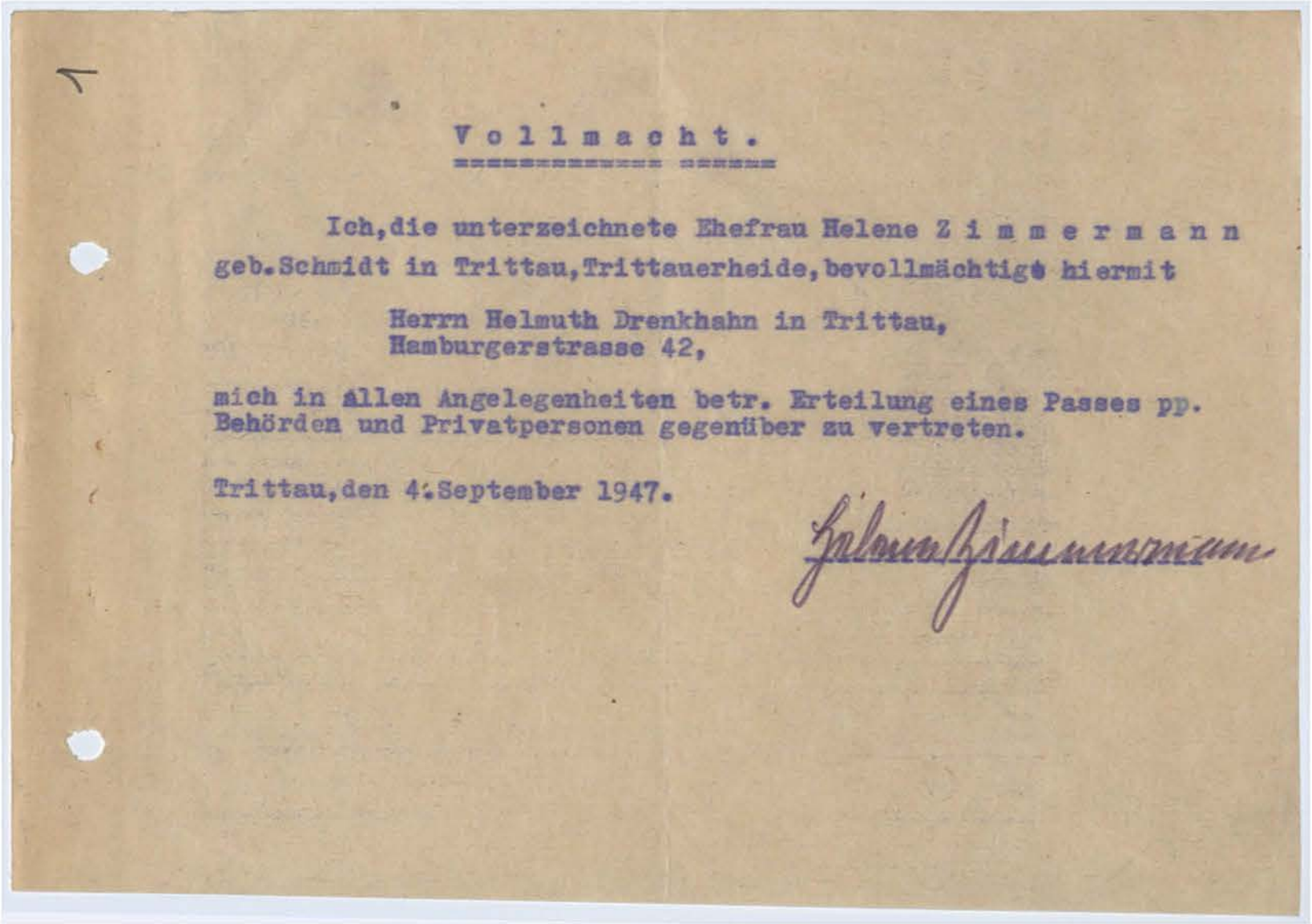


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

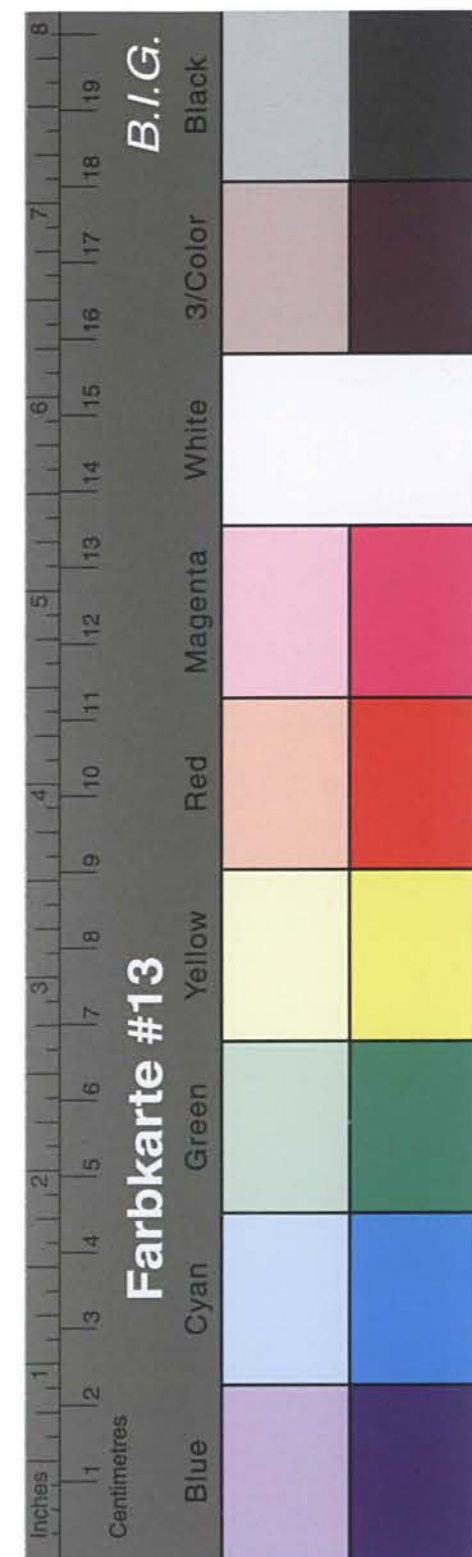
Bestand B 2

977

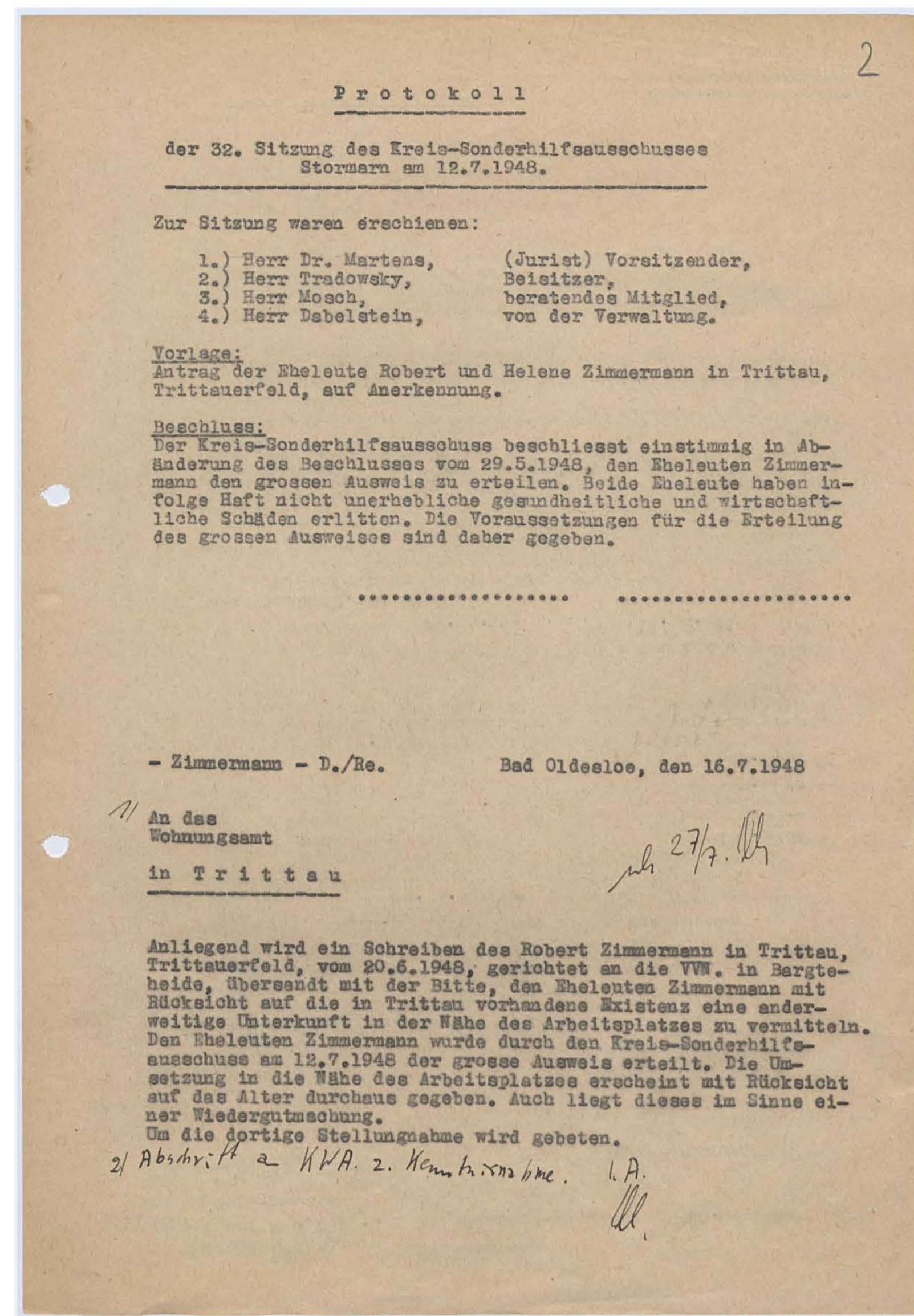
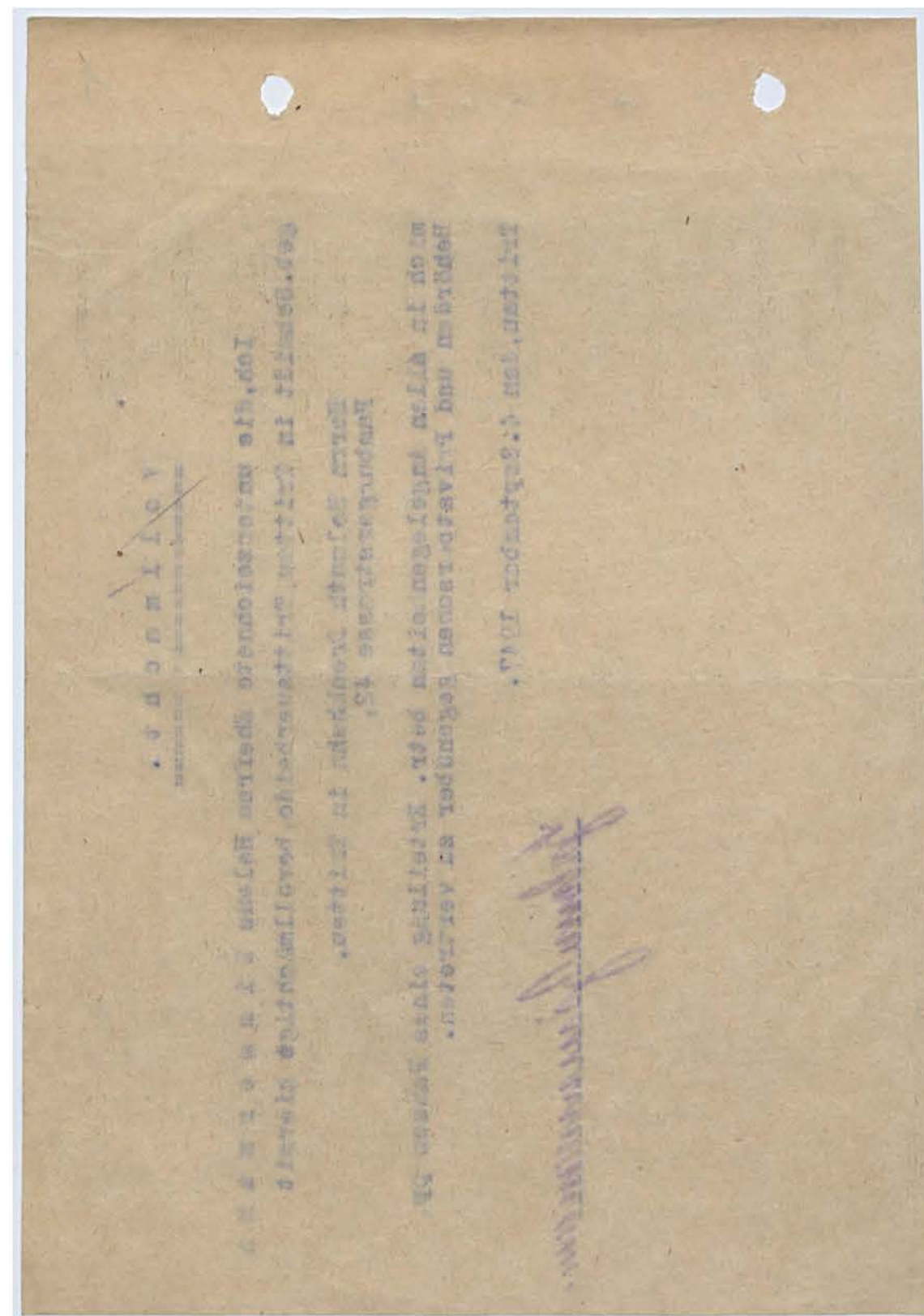


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



3

- Zimmermann - D./Re.

Bad Oldesloe, den 16.7.1948

Über die Gemeindeverwaltung!

Frau
Helene Zimmermann
in T r i t t e n
Trittauenerfeld

Der Kreis-Sonderhilfsausschuss hat nunmehr in der Sitzung vom 12.7.1948 beschlossen, Ihnen den grossen Ausweis des Kreis-Sonderhilfsausschusses zu erteilen. Zwecks Abholung desselben wollen Sie persönlich an einem der nächsten Tage hier erscheinen. Ihren blauen Personalausweis wollen Sie bitte mitbringen.

Im Auftrage:

Der Landrat
des Kreises Stormarn.
Abteilung für Familienunterhalt

Abschrift!

Hamburg-Wandsbek, den 28. Januar 1941.

Gefch.-3. -404/III FU.-

Familienunterhaltsbescheid

An d
Frau Elia Föder
in H a v i g h o r s t K.O.

Name des Einberufenen
Föder, Heinrich
1.3.14, Schwennungen
Geburtsort und -ort

Auf Ihren Antrag vom 20. Jan. 1941.
Auf Grund des Einfam-Familienunterhaltsgesetzes vom 26. Juni 1940 (RGBl. I S. 911) werden Ihnen u. für Ihre Kinder Helga und Ludwig vom 20. 1. 1941 ab folgende Leistungen des Familienunterhalts monatlich gewährt:

Zur Deckung des laufenden notwendigen Lebensbedarfs (einschl. Mietbeihilfe) 100. RM 80 Pf.
Sonderbeihilfe " " "
Sonderbeihilfe " " "
insgesamt 100. RM 80 Pf.
(täglich 3. RM 66 Pf.)

Der Unterhalt wird für die Dauer der Einberufung so lange gezahlt, als der notwendige Lebensbedarf auf andere Weise nicht gesichert ist. Die Neuverfestigung oder Einstellung des Unterhalts bleibt vorbehalten, wenn in den Verhältnissen, die für die Festsetzung massgebend gewesen sind, eine Änderung eintritt.

Die Auszahlung des Unterhalts erfolgt durch die G e m e i n d e - Kasse, und zwar für die Zeit vom 20. 1. 41 bis 15. 2. 41 sofort, alsdann halbm. RM 50.40.

Bei der erstmaligen Auszahlung ist dieser Bescheid der Kasse vorzulegen.

Nach § 4 Absatz 5 der EFM-DV. hat der Familienunterhaltsempfänger jede Änderung in den Verhältnissen (insbesondere Einkommens- und Familienverhältnissen), die den Wegfall oder die Minderung des Unterhalts bedingt, sowie die Entlassung oder Nichtentlassung des Einberufenen, ferner die Verwendung des Einberufenen in Betrieben gegen Entgelt oder in selbständiger Tätigkeit unter Fortfall der Soldatenbezüge der Bewilligungsbehörde oder dem Bürgermeister der Aufenthaltsgemeinde unverzüglich unaufgefordert anzuzeigen. Diese Anzeigepflicht erstreckt sich auch auf eine Änderung der Verhältnisse der Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft. Anzeigepflichtig ist ferner der Einberufene, der gesetzliche Vertreter des Unterhaltsempfängers und der Haushaltsvorstand. Bei schuldhafter Unterlassung der Anzeige besteht die Verpflichtung, den zu Unrecht gezahlten Unterhalt zurückzuzahlen. Ist die Anzeige in betrügerischer Absicht unterlassen, so ist ausserdem gerichtliche Bestrafung zu gewärtigen.

Auf die Verpflichtung, Ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des notwendigen Lebensunterhalts einzusetzen, wird hingewiesen.

Gegen diesen Bescheid ist innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe des Bescheides — der Einspruch — die Beschwerde — die Berufung — zulässig, d. er bei mir anzubringen ist.

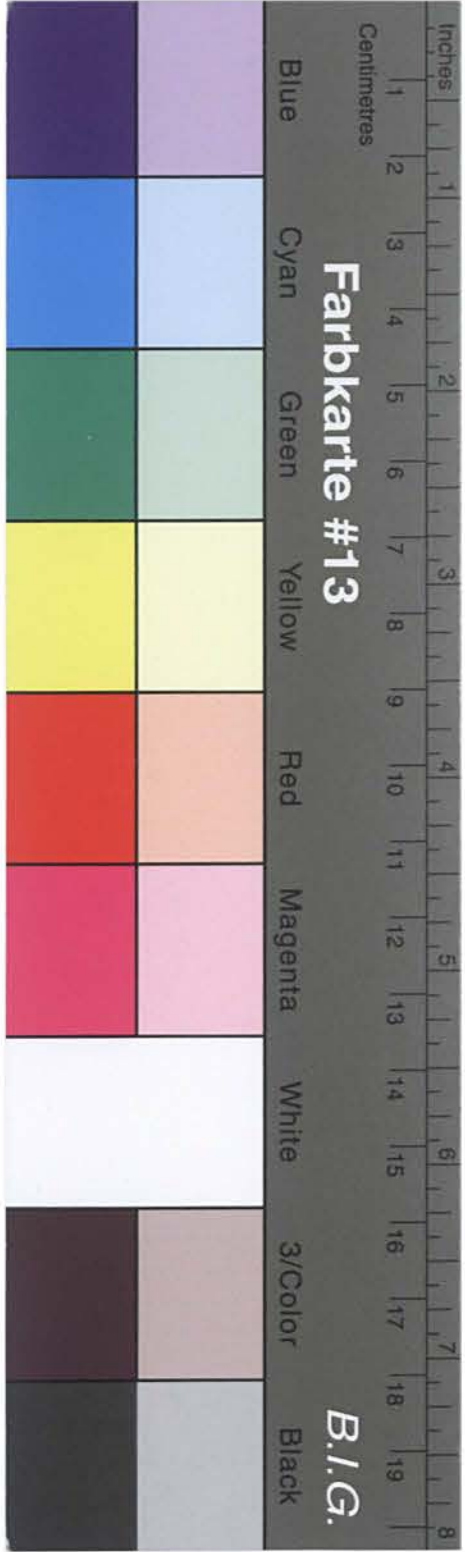
Abschrift übersende ich gemäß § 6 der EFM-DV. zur Kenntnis und mit der Bitte, die für die Einstellung oder Fortgewährung des Familienunterhalts erheblichen Tatsachen zur Vermeidung von Überzahlungen mir unverzüglich mitzuteilen.

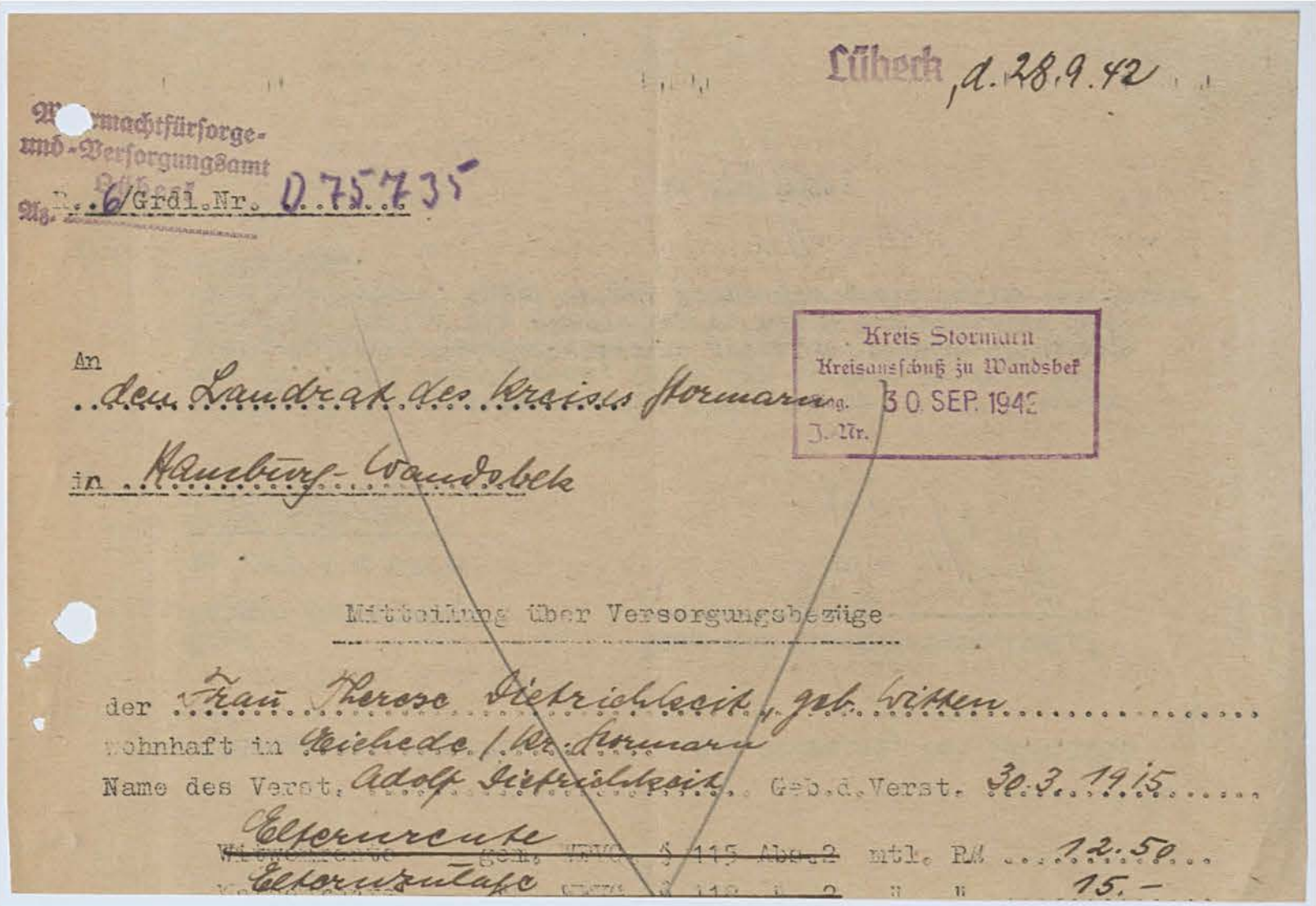
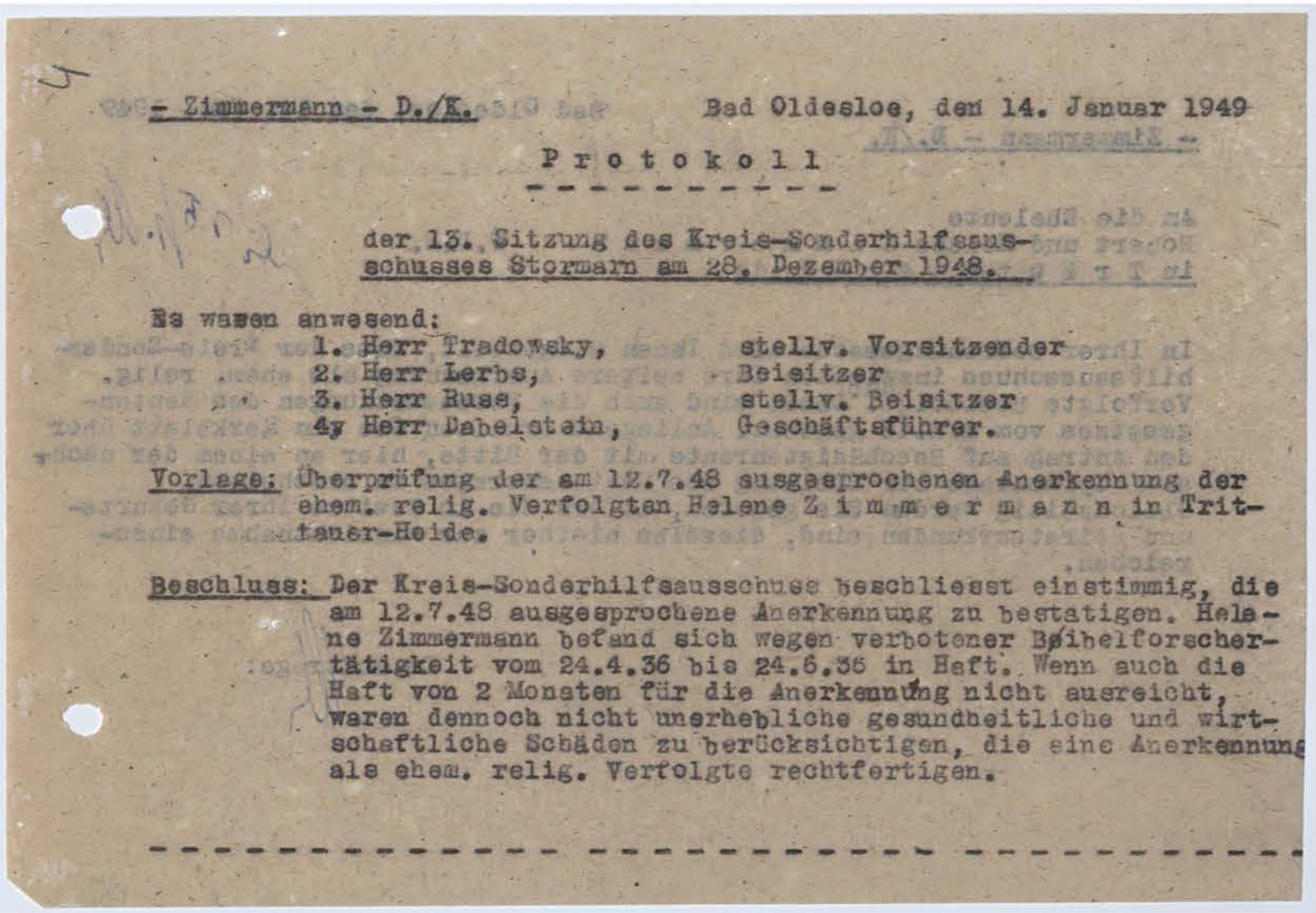
An
in

St. FU 21/2

Benachrichtigung des Truppenteils
oder der Arbeitsdienstabteilung

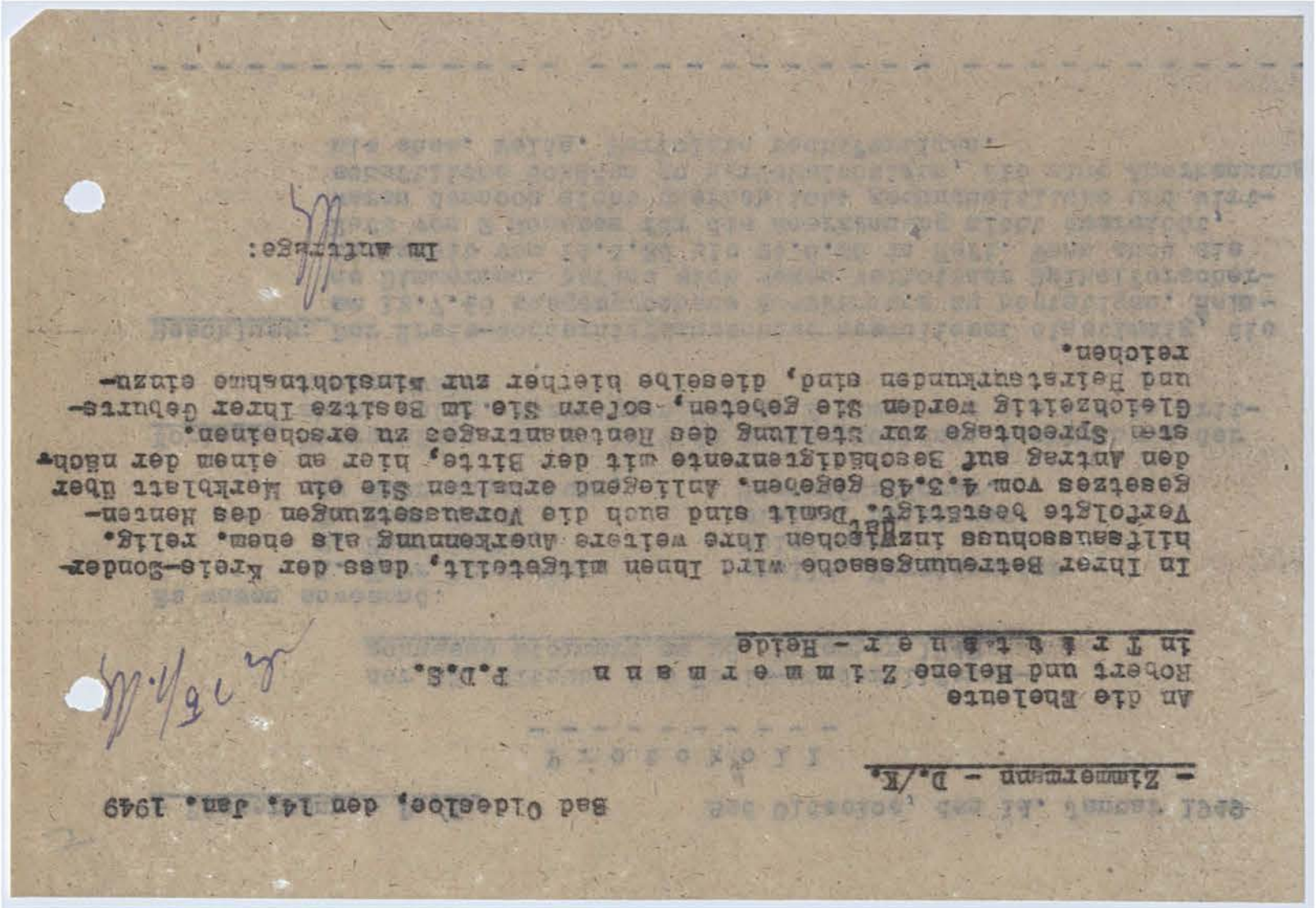
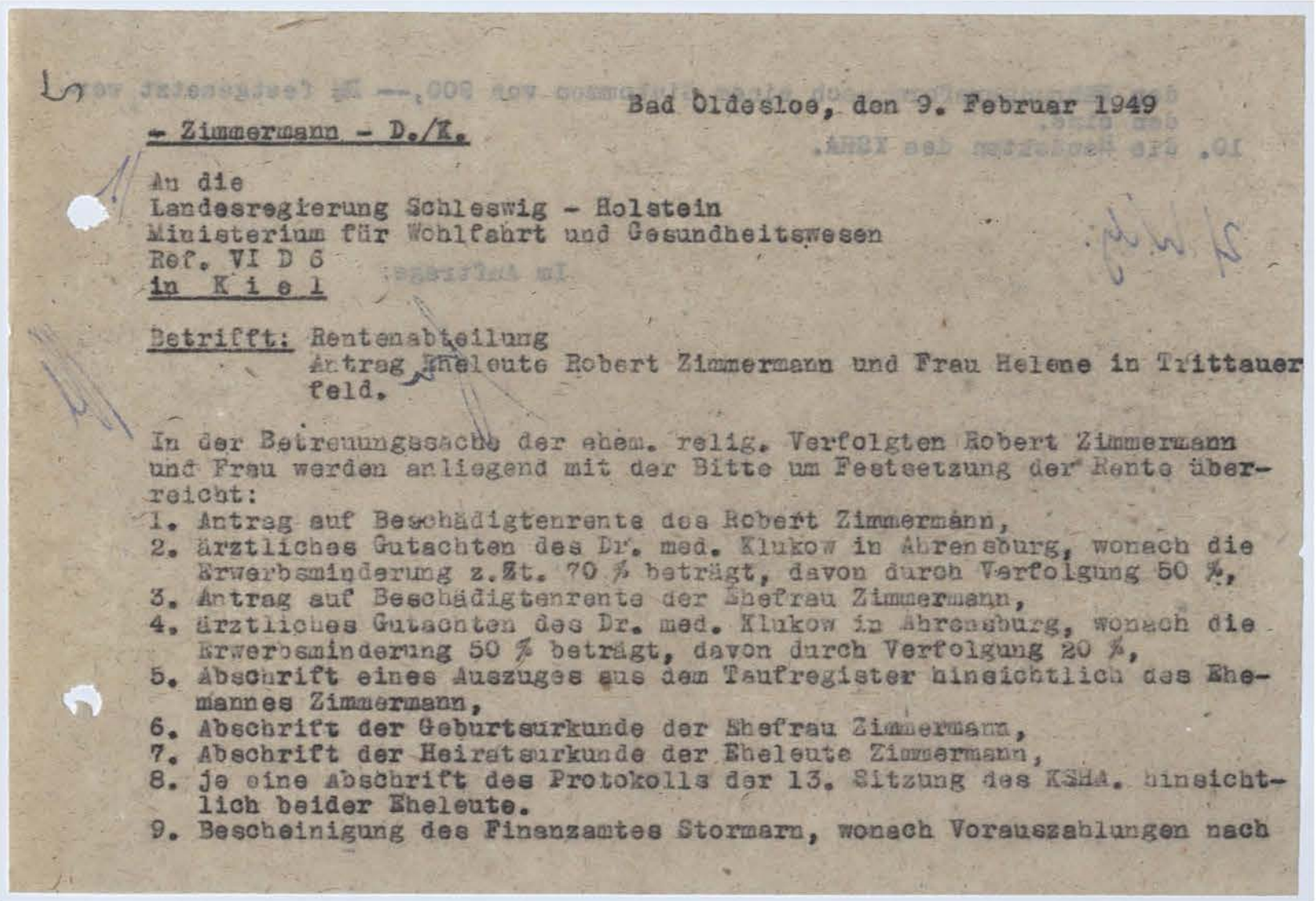
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



6

Verwaltung des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfeausschuss -
- 4-1/9 -

Bad Oldesloe, den 6. 7. 52.

Herrn/Frau/Fräulein
Helene Zimmermann
in Trittau
Großensee str.

P. D. S.

In Ihrer Haftentschädigungsache werden Sie unter Bezugnahme auf Ihren Antrag noch um Abgabe der nachstehenden Erklärung gebeten. Im Interesse der beschleunigten Bearbeitung liegt es, wenn Sie diese Erklärung umgehend hierher zurückreichen. In der Erklärung wollen Sie alle Beträge angeben, die die Höhe von 250,— RM bzw. DM übersteigen. Der Kreissonderhilfeausschuss weist Sie besonders auf die Richtigkeit der von Ihnen abzugebenden Erklärung hin. Für den Fall, dass Ihre Angaben sich später als unrichtig herausstellen sollten, ist der Kreissonderhilfeausschuss gehalten, Strafanzeige gegen Sie gemäß § 156 des StGB. zu erstatten.

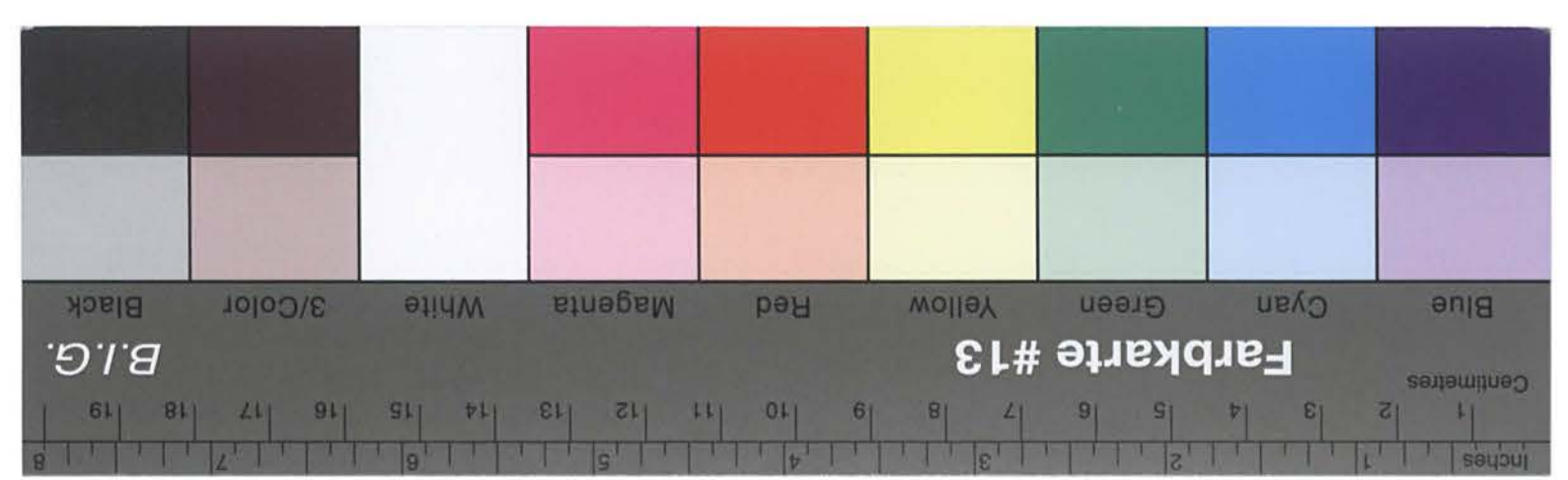
In Auftrag:
[Signature]

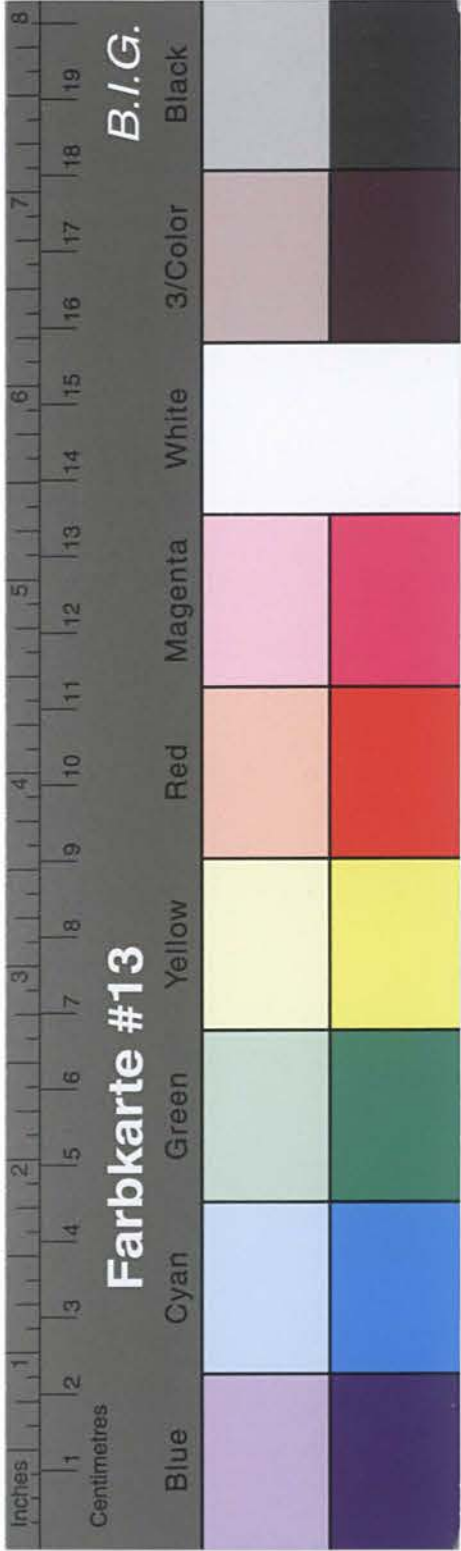
10. die Handakten des KSA.
den sind.
der Währungsreform nach einem Einkommen von 900,— DM festgesetzt wor-

Im Auftrage:
[Signature]

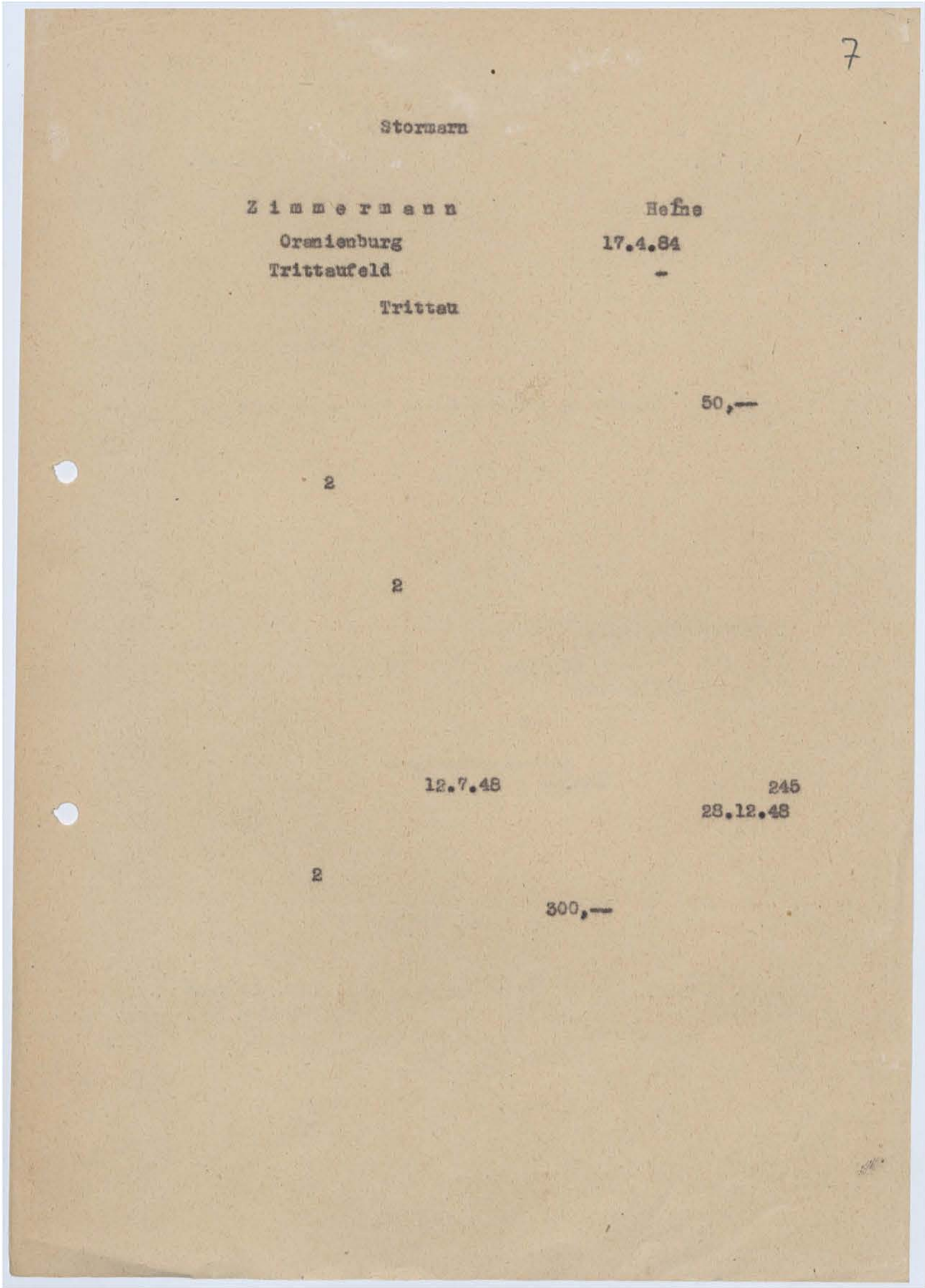
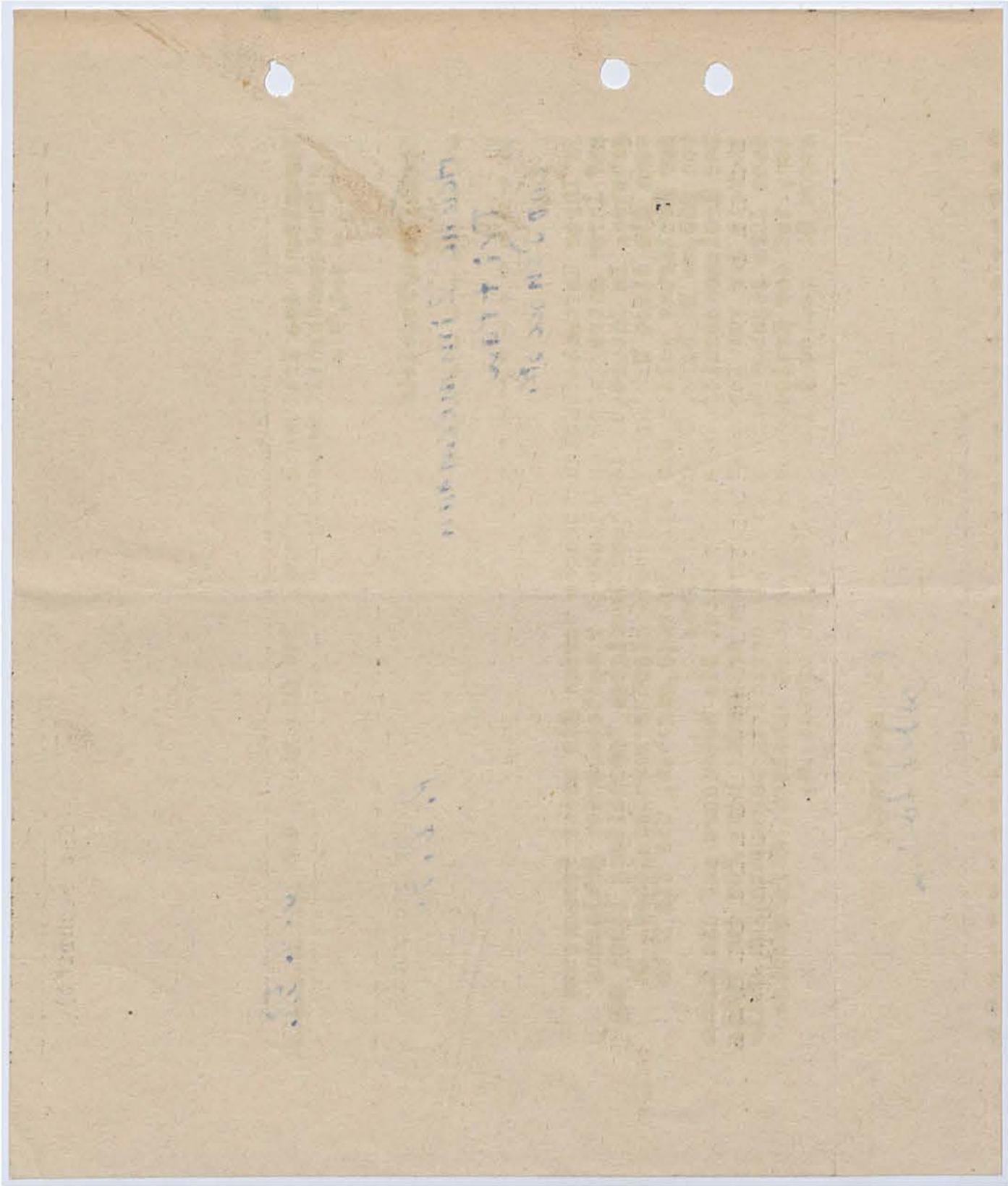
21. 7. 52.

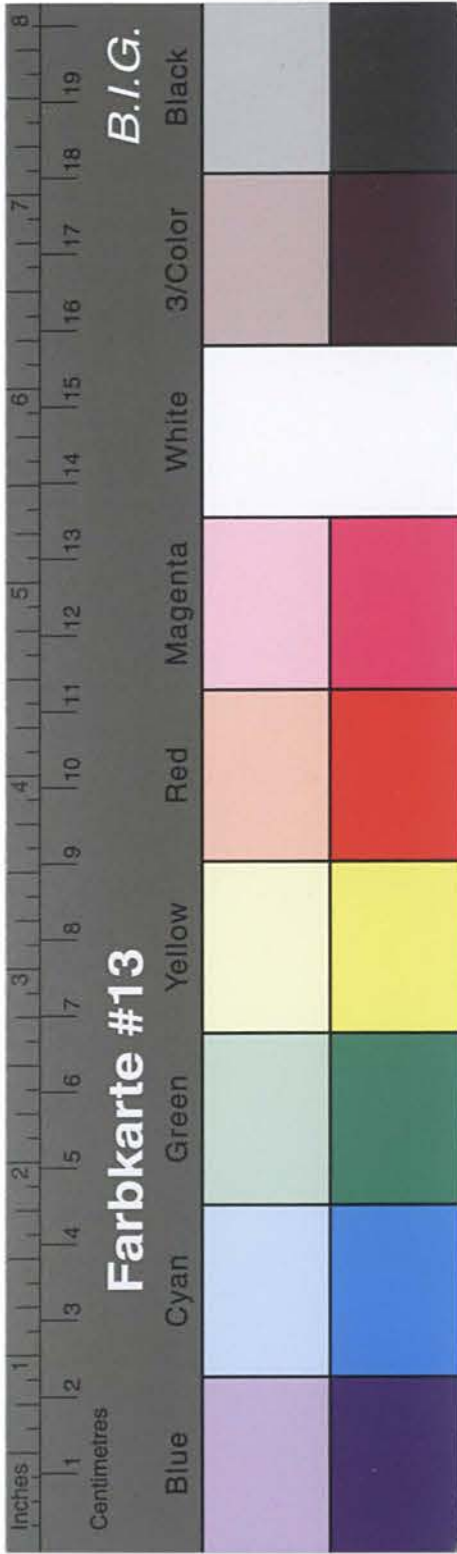
Kreisarchiv Stormarn B2



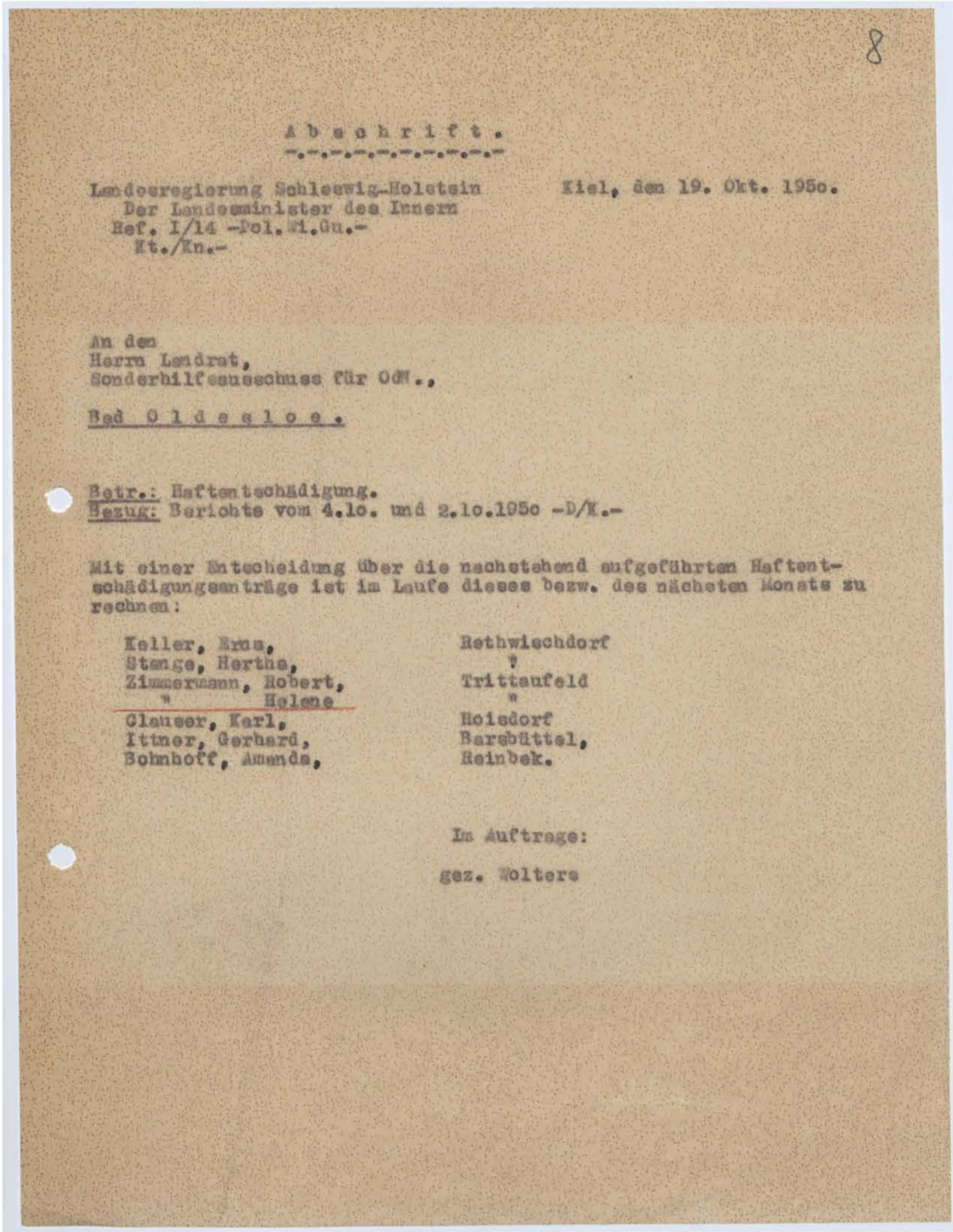
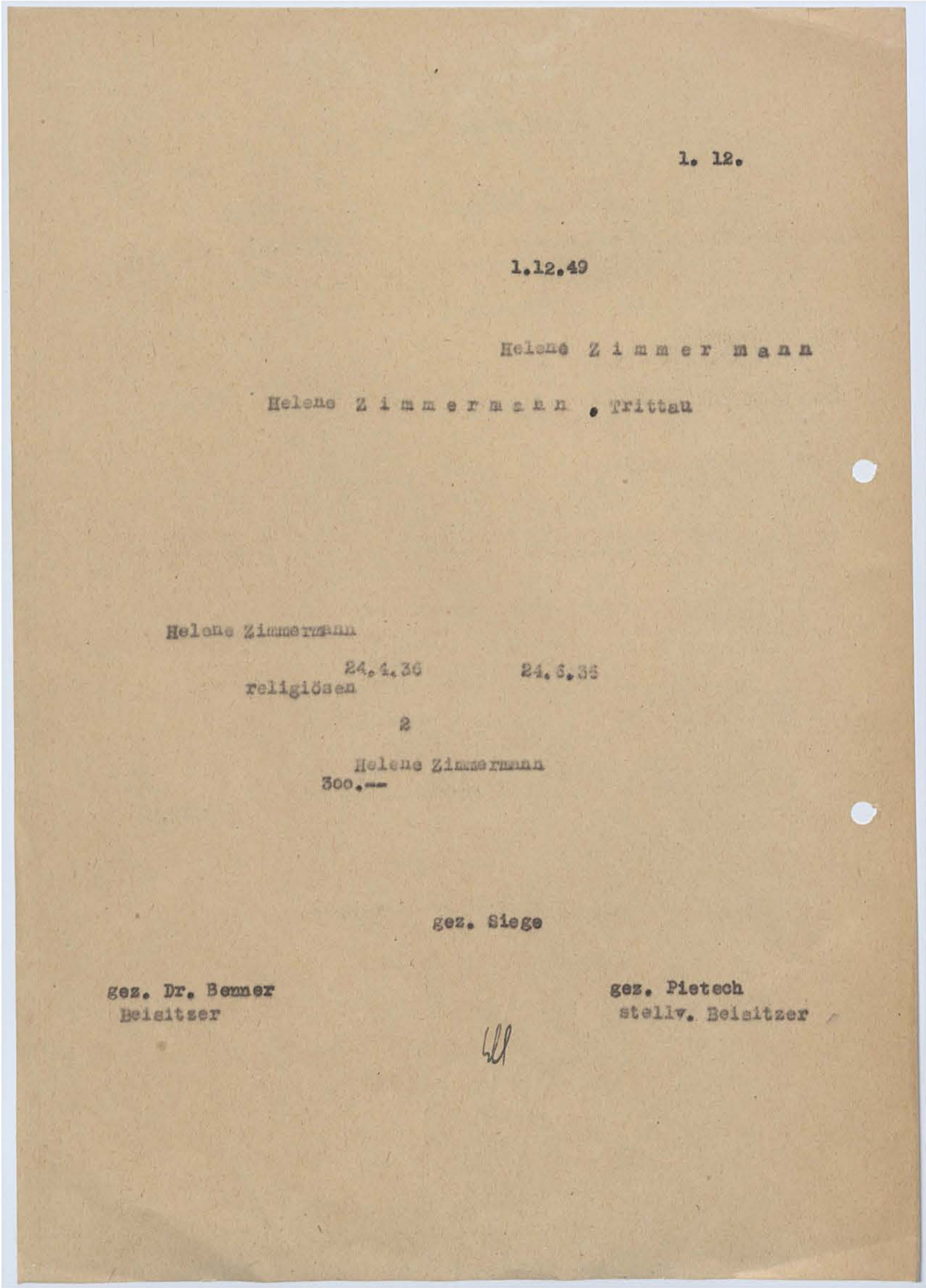


Kreisarchiv Stormarn B2

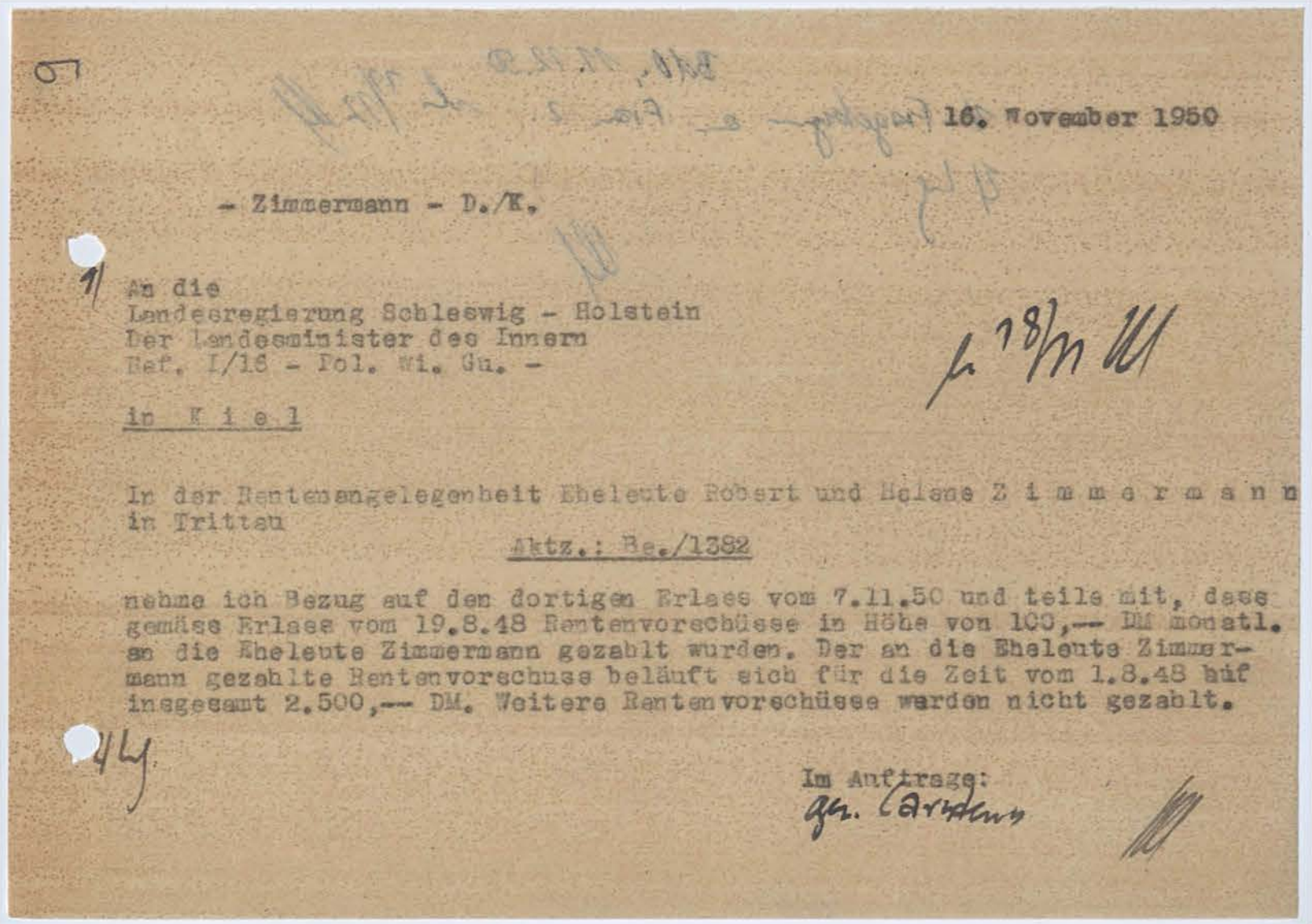
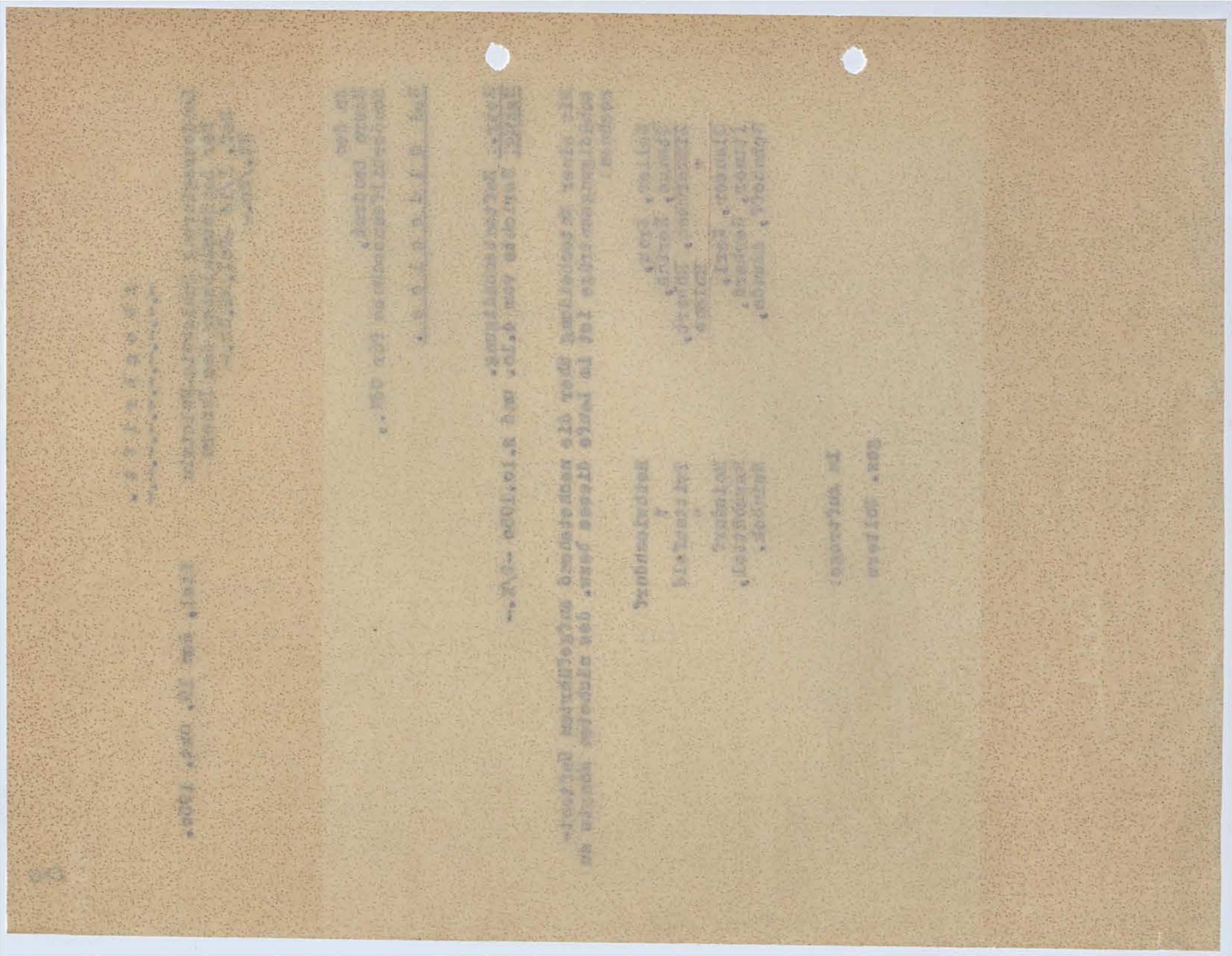


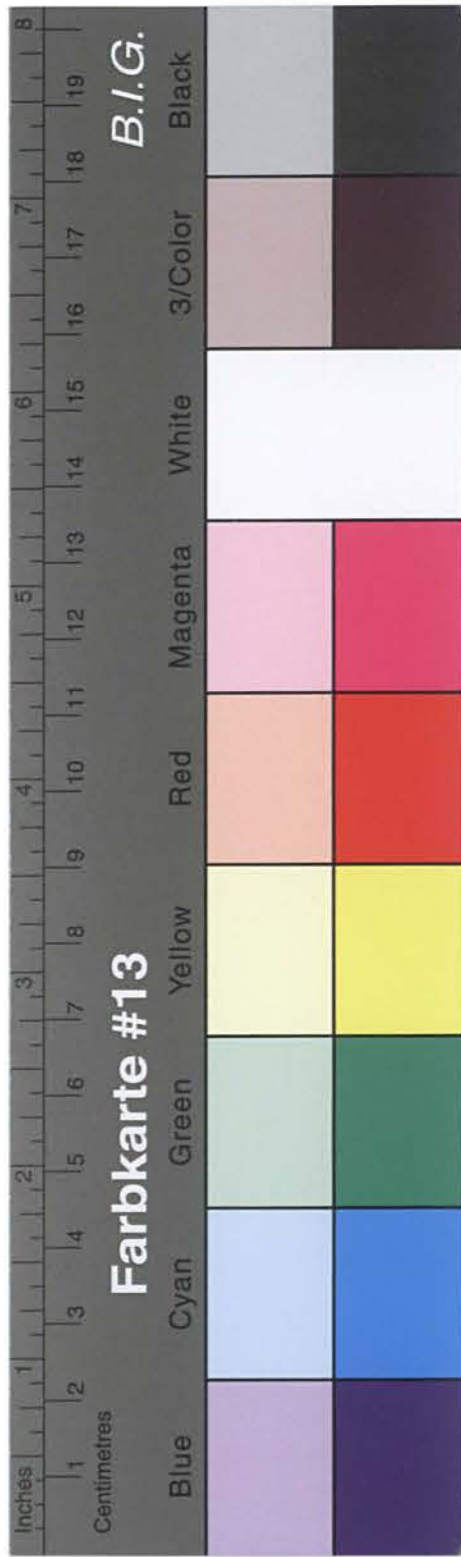


Kreisarchiv Stormarn B2

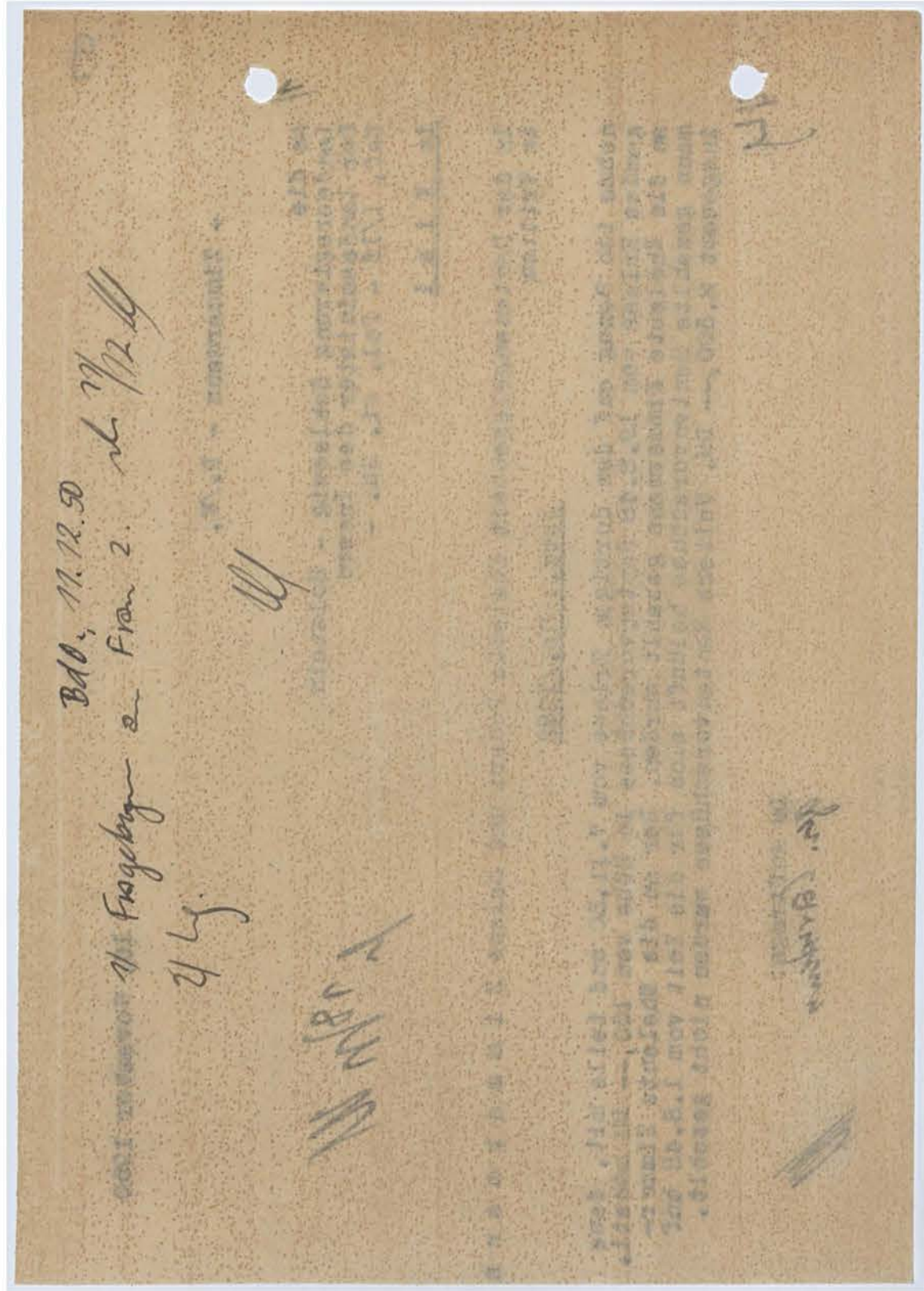


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



10

Verwaltung des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
4-1/9-

Bad Oldesloe, den 11.12.50

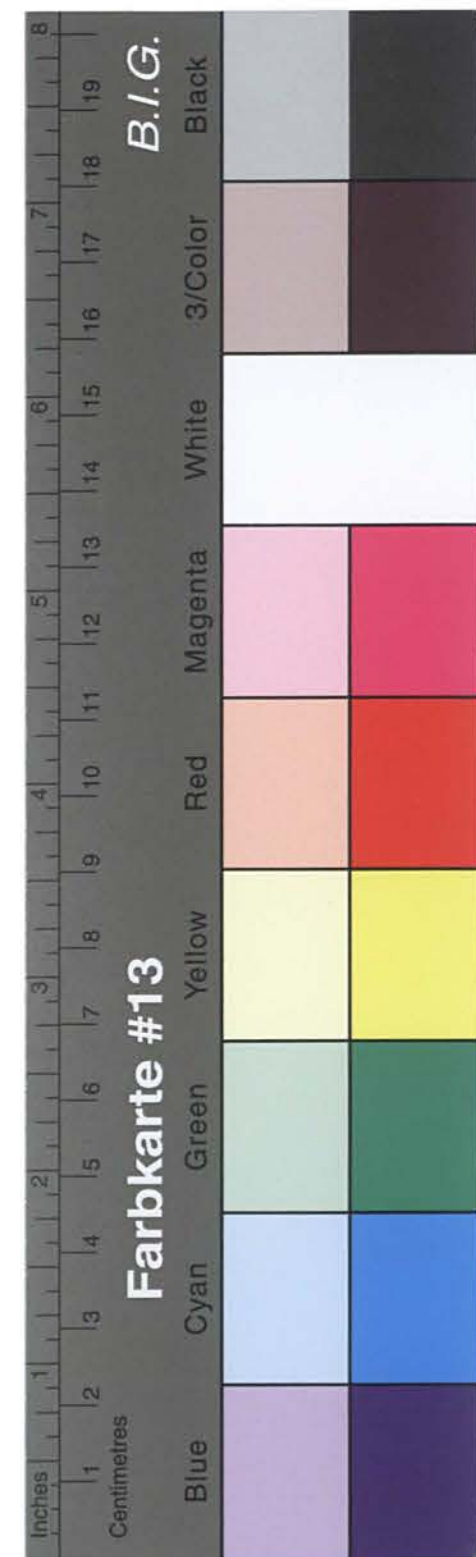
Herrn/Frau/Fräulein
Helene Zimmermann
in Trittau feld
Post Trittau-Land

In Ihrer OdM.-Rentensache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Landesrentenausschuss hier bei dem Kreissonderhilfsausschuss die Schlussabrechnung angefordert hat, damit ~~Sie~~ Sie den Feststellungsbescheid erteilt ~~und Sie Ihre künftige Rente durch die Landesbezirkskasse erhalten~~. Um jedoch die Schlussabrechnung anfertigen zu können, werden Sie noch um die sofortige Beantwortung der nachstehenden Fragen gebeten.
Sie wollen alle Fragen so eingehend beantworten, so dass Rückfragen vermieden werden. Erforderlich ist, dass Sie Ihre Angaben noch durch Unterlagen, insbesondere Arbeitsverdienstbescheinigung, Bescheinigung des Arbeitsamtes oder dergleichen belegen.

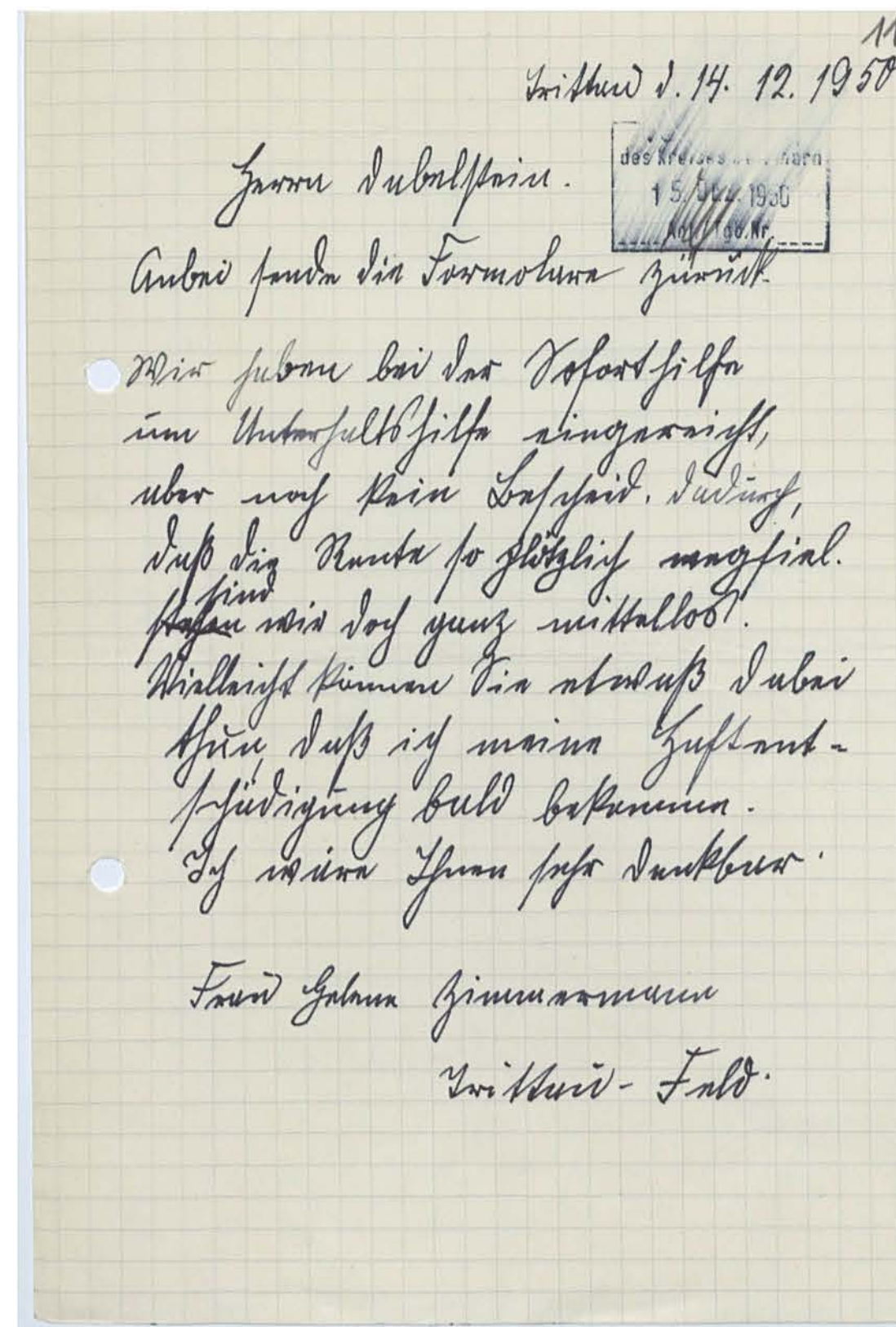
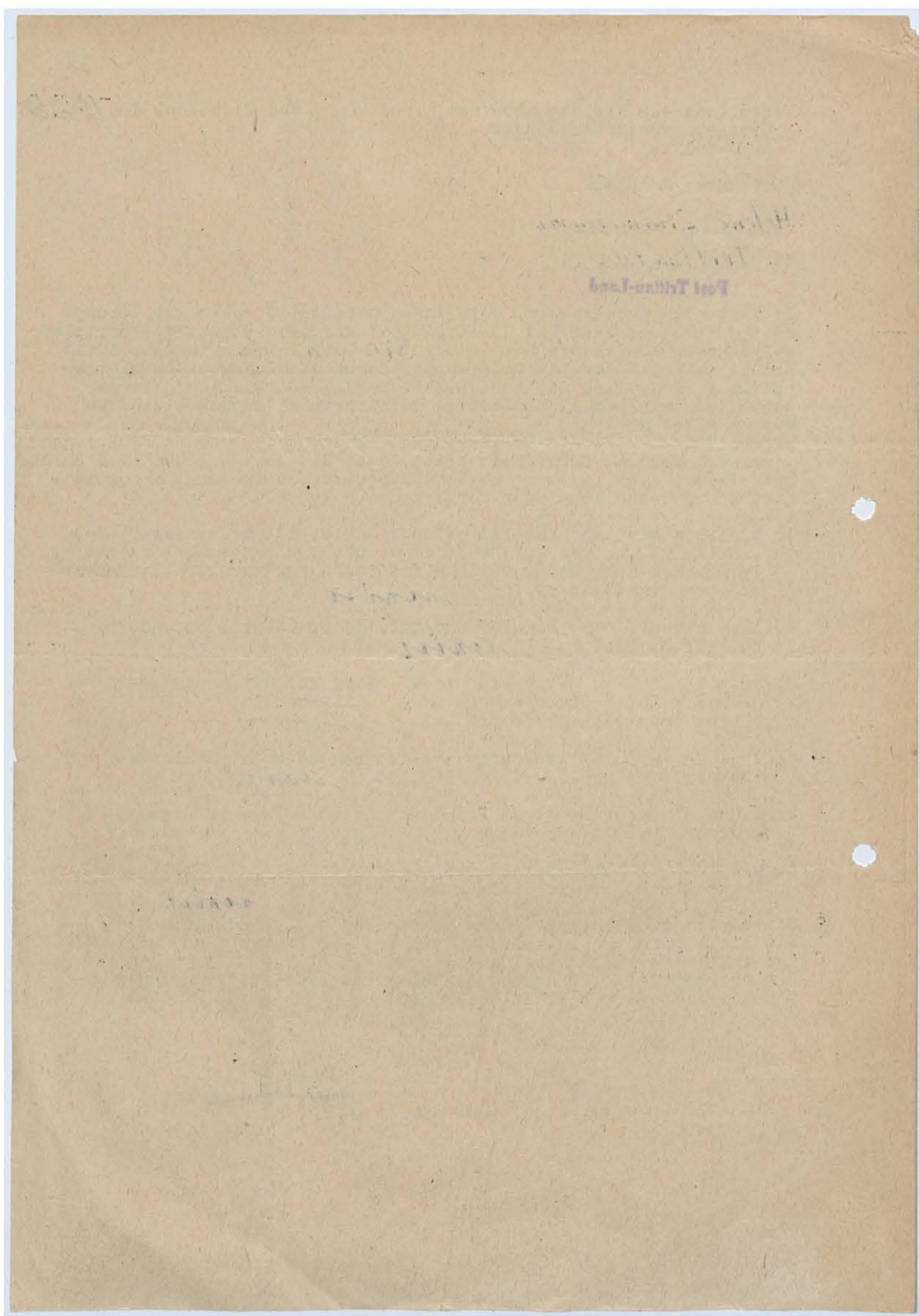
1. Beziehen Sie eine Invaliden- oder Angestelltenrente oder eine sonstige Rente und ggf. seit wann, unter welchem Rentenzeichen, in welcher Höhe und von welchem Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalt pp)? nein
2. Beziehen Sie eine Pension und ggf. in welcher Höhe und von welcher Stelle? nein
3. In welcher Höhe haben Sie einen Nettoverdienst monatlich
a) aus selbständiger Arbeit
b) aus unselbständiger Arbeit?
4. Beziehen Sie Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenfürsorge und ggf. in welcher Höhe? nein
5. Haben Sie Einkommen aus Vermietungen oder Verpachtungen und ggf. in welcher Höhe? nein
6. Mit welchem Nettobetrag ist eine freie Wohnung, Verpflegung, Naturalien oder Anteil auszusetzen? nein

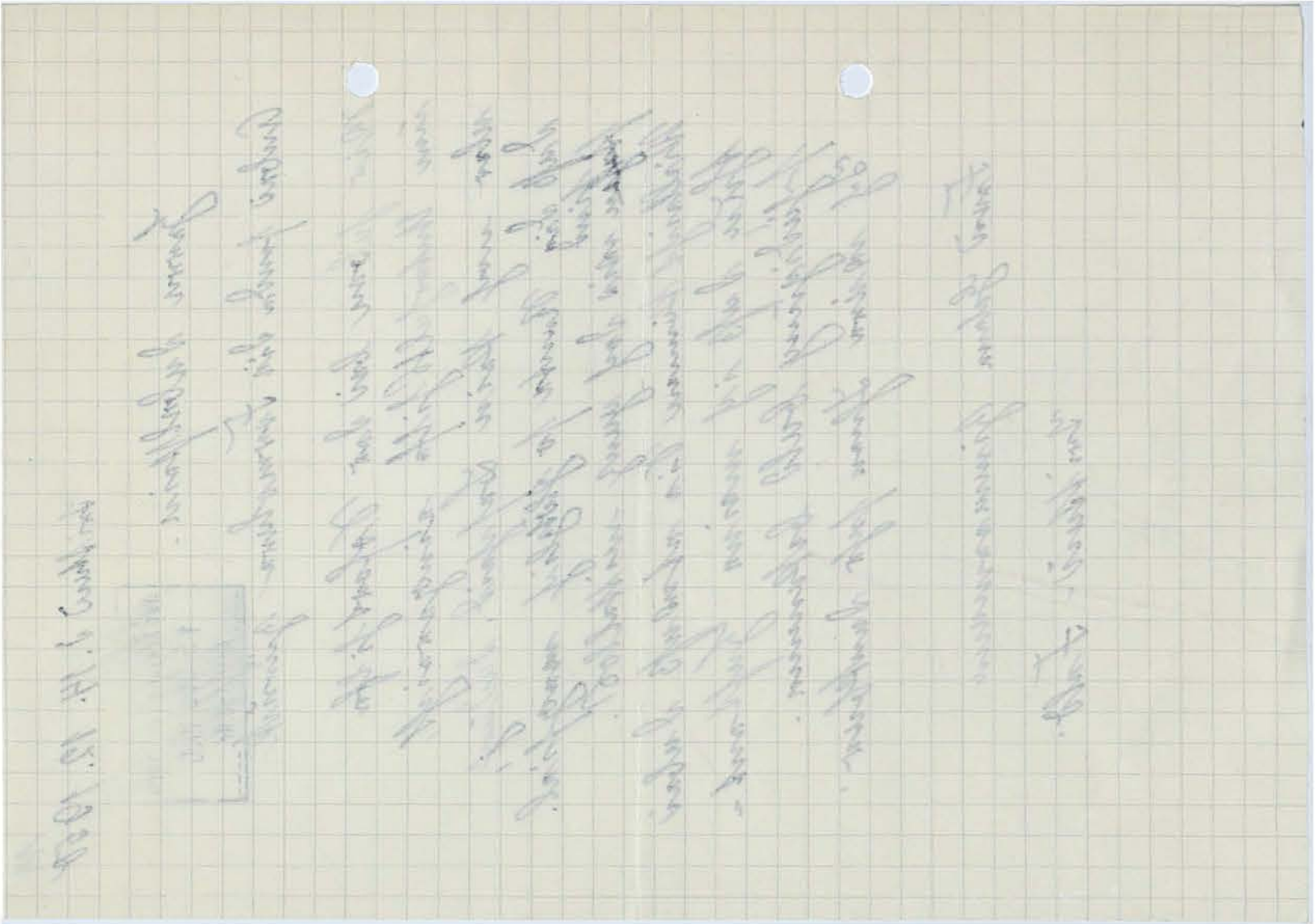
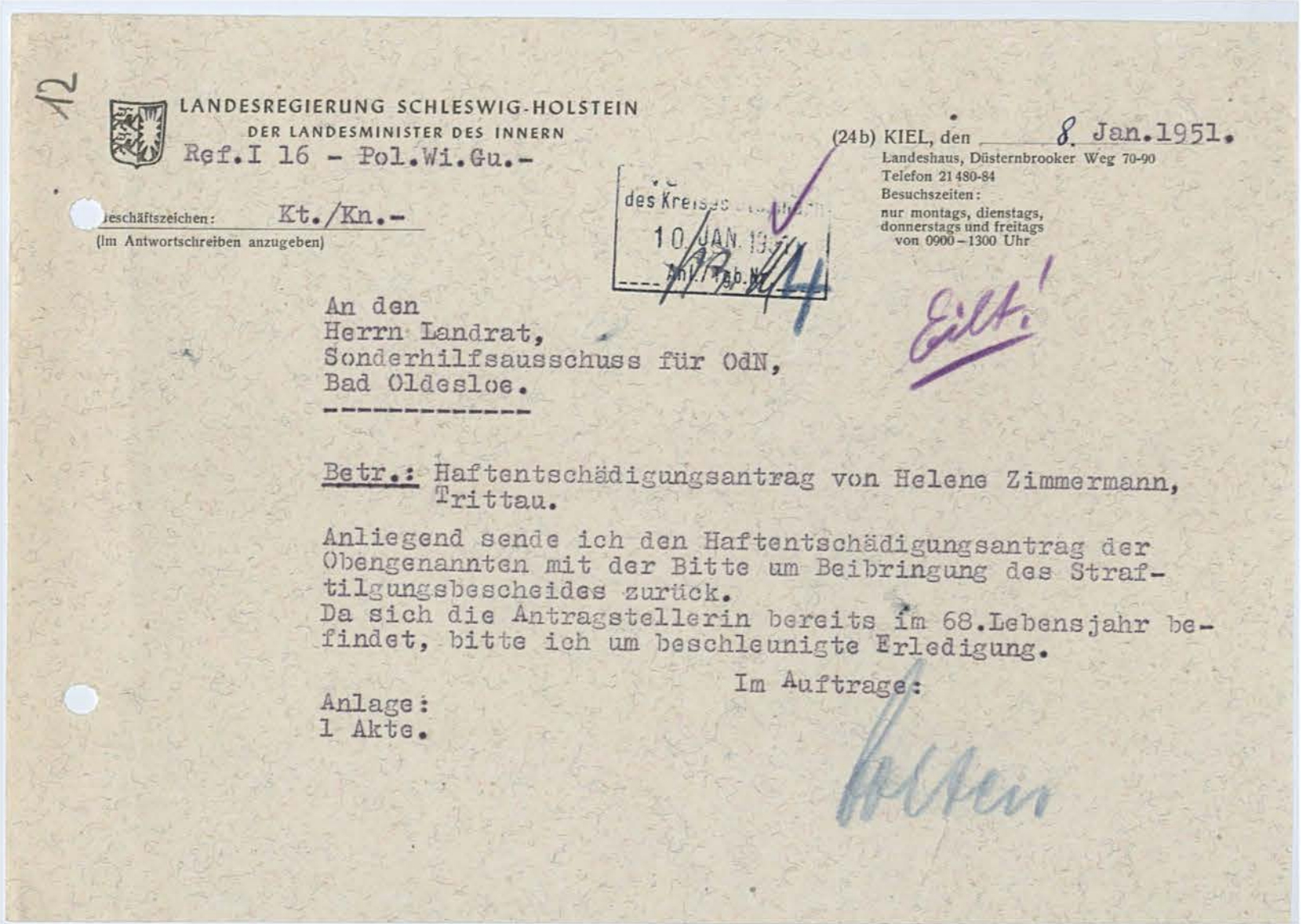
Sie werden gebeten, die vorstehenden Angaben genau zu machen, damit Ihnen evtl. Unannehmlichkeiten bei der Feststellung unrichtiger Angaben vermieden b/leiben.
Der Kreissonderhilfsausschuss behält sich vor, die von Ihnen gemachten Angaben jederzeit nachzuprüfen.

Im Auftr. ge:



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



13

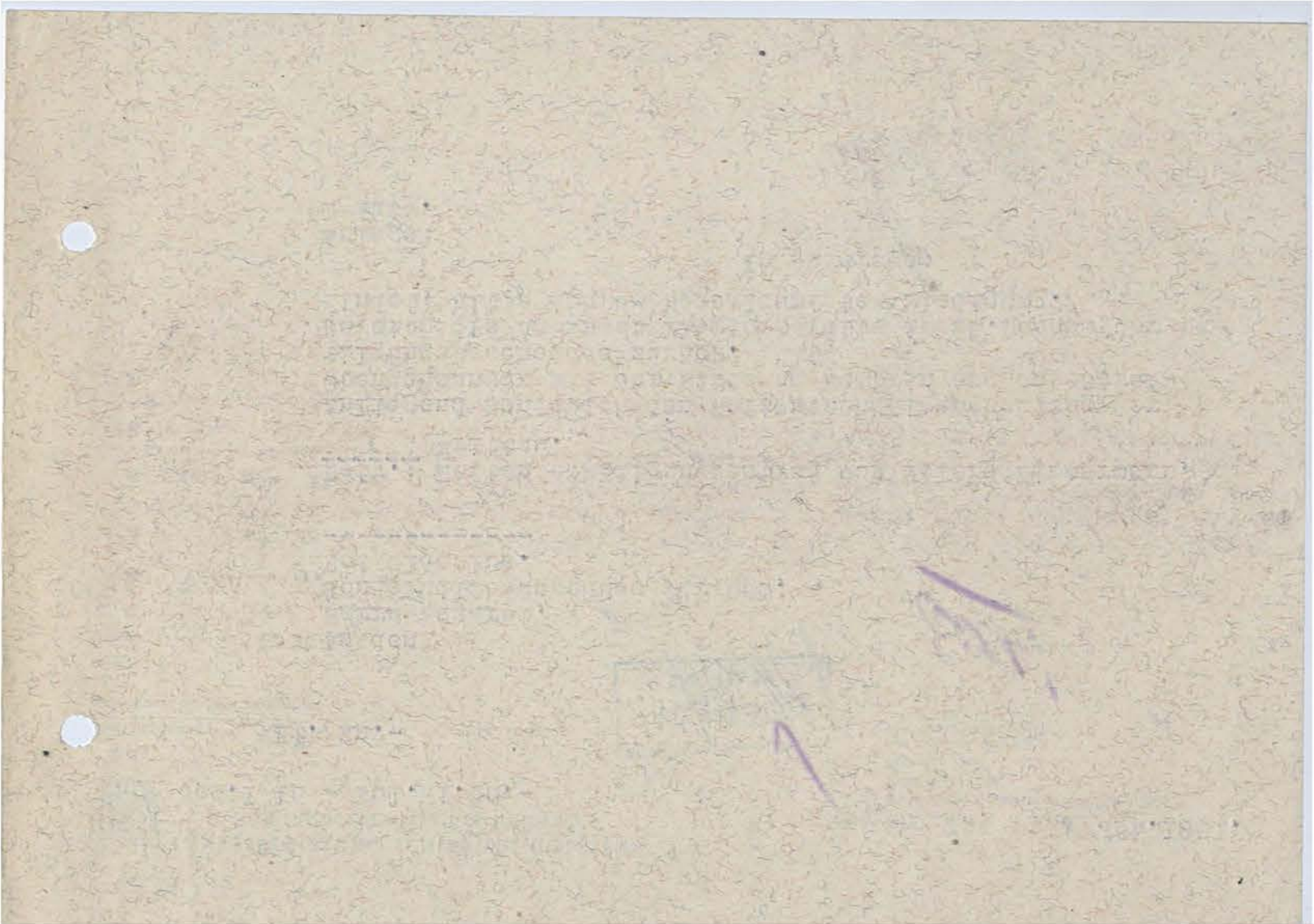
5. Februar 1951

- Zimmermann - D./K.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt
in H a m b u r g

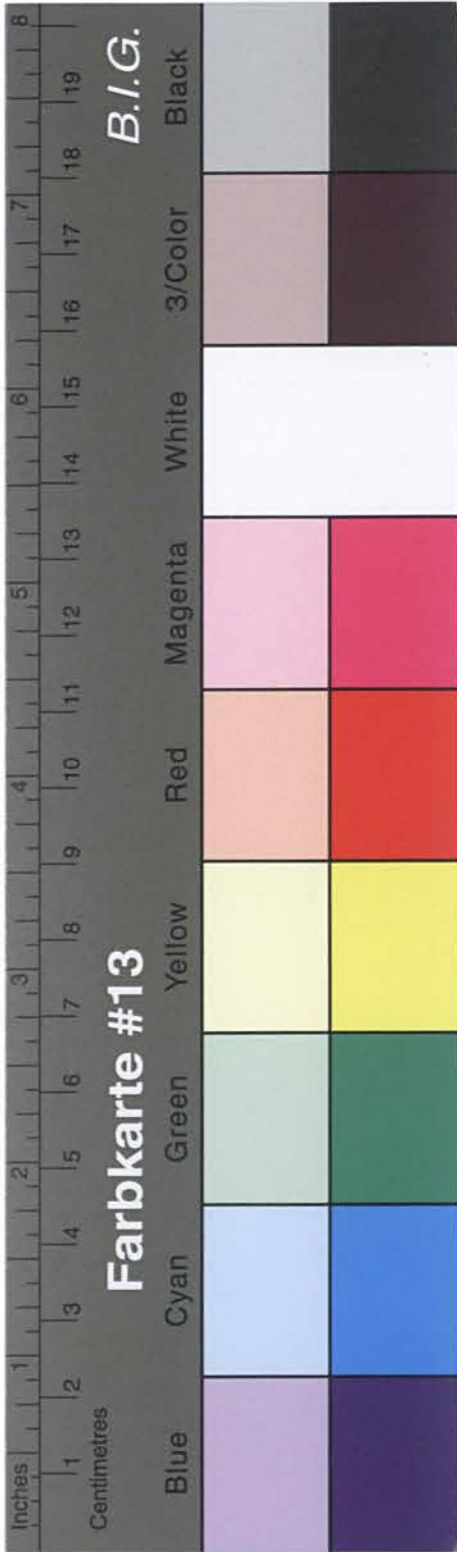
Die jetzt in Trittau wohnhafte Ehefrau Helene Z i m m e r m a n n ist durch Urteil des Sondergerichts Hamburg unter dem Aktz.: XI Sond 1617/34 am 4.11.35 zu zwei Monaten Gefängnis und am 29.4.38 zu vier Monaten Gefängnis wegen verbotener Bibelforschertätigkeit verurteilt worden. Sie hat hinsichtlich dieser Strafen Antrag auf Haftentschädigung gestellt. Voraussetzung für die Zahlung der Haftentschädigung ist, dass diese Strafe getilgt wurde.
Ich bitte um Zusendung einer diesbezüglichen Bescheinigung.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

wann und für welchen Zeitraum sind diese Renten erstmalig gezahlt worden (wenn dieser Zeitraum später liegt, als der Beginn der OdN - Rente) ?

E. Welches sonstige monatl. Nettoeinkommen ist vorhanden ?

a) Arbeitsverdienst (selbständig, unselbständig) DM

b) Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenfürsorge DM

c) Vermietungen, Verpachtungen u. dergl. DM

d) Freie Wohnung, Verpflegung, Naturalien, Altenteil. DM

Welche Beträge von Abschnitt E.a) bis d) sind in Abschnitt A.u. B. bereits angerechnet ?

Wird Rentenvorschuss noch weitergezahlt ? In welcher Höhe ? oder warum nicht ? nein

Bemerkungen der Abrechnungsstelle:
(Bei Überzahlung evtl. Erläuterungen dazu u. Vorschläge für deren Wiedereinzug.)

Sachlich richtig, den Geschäftsführer Kreisdirektor
und festgestellt: des K. S. H. A.

Zur genauesten Beachtung:

1. Die Abschnitte A und B sollen nur den tatsächlichen Rentenanspruch und die darauf anzurechnenden Zahlungen enthalten, so dass daraus sich unmissverständlich in Abschnitt C entweder der noch bestehende Nachzahlungsanspruch oder die Höhe der bereits erfolgten Überzahlung ergibt.

2. Die Angaben in Abschnitt D und E müssen voll und ganz zuverlässig sein. Zu E a) sind sie durch Bescheinigungen des Arbeitgebers oder des zuständigen Finanzamts zu belegen. Das gilt für den gesamten Zeitraum, für den der Rentenvorschuss rückwirkend gezahlt wird oder wurde. Zu E c und d sind Abschriften der betr. Rechtsverträge und eine amtliche Bewertung der Leistungen (Kreisbauernverband) beizufügen.
Hat eine verheiratete Frau Anspruch auf OdN-Beschädigtenrente, so ist das Einkommen des Ehemannes festzustellen und, zusammen mit den erforderlichen Unterlagen ein besonderer Begleitbericht zu erstatten.

3. Während einer Kur oder Krankenhausaufenthalts darf die Rente nicht weitergezahlt werden. Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Taschen- oder Hausgeld für diesen Zeitraum erfüllt sind, ist dieses gesondert hier zu beantragen.
Auf keinen Fall darf eine Verrechnung über das Rentenkonto erfolgen.
Soweit bereits geschehen, ist die Abrechnung trotzdem richtig aufzustellen, auch wenn dadurch ein Überzahlungsbetrag erscheint.

4. Würden sich unter C (Stand des Rentenkontos) kleinere Differenzbeträge (Etwa bis 20,-- DM) sowohl nach der Plus- wie nach der Minusseite ergeben, dann sind diese tunlichst bei der nächsten Rentenvorschusszahlung innerhalb des Abrechnungszeitraumes auszugleichen und eine ausgeglichene Abrechnung herzugeben.

15

Be./1382

Zimmermann, Helene

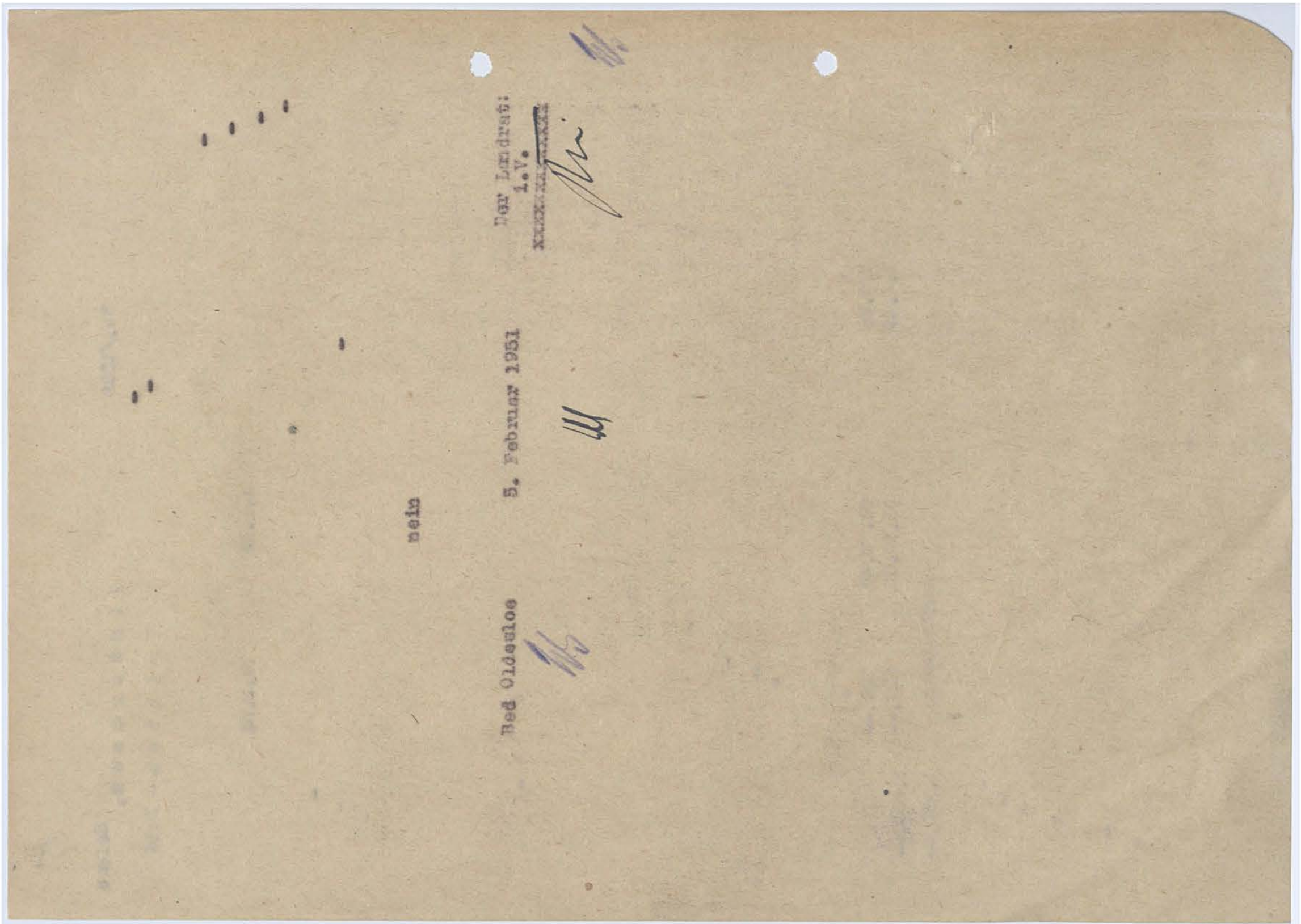
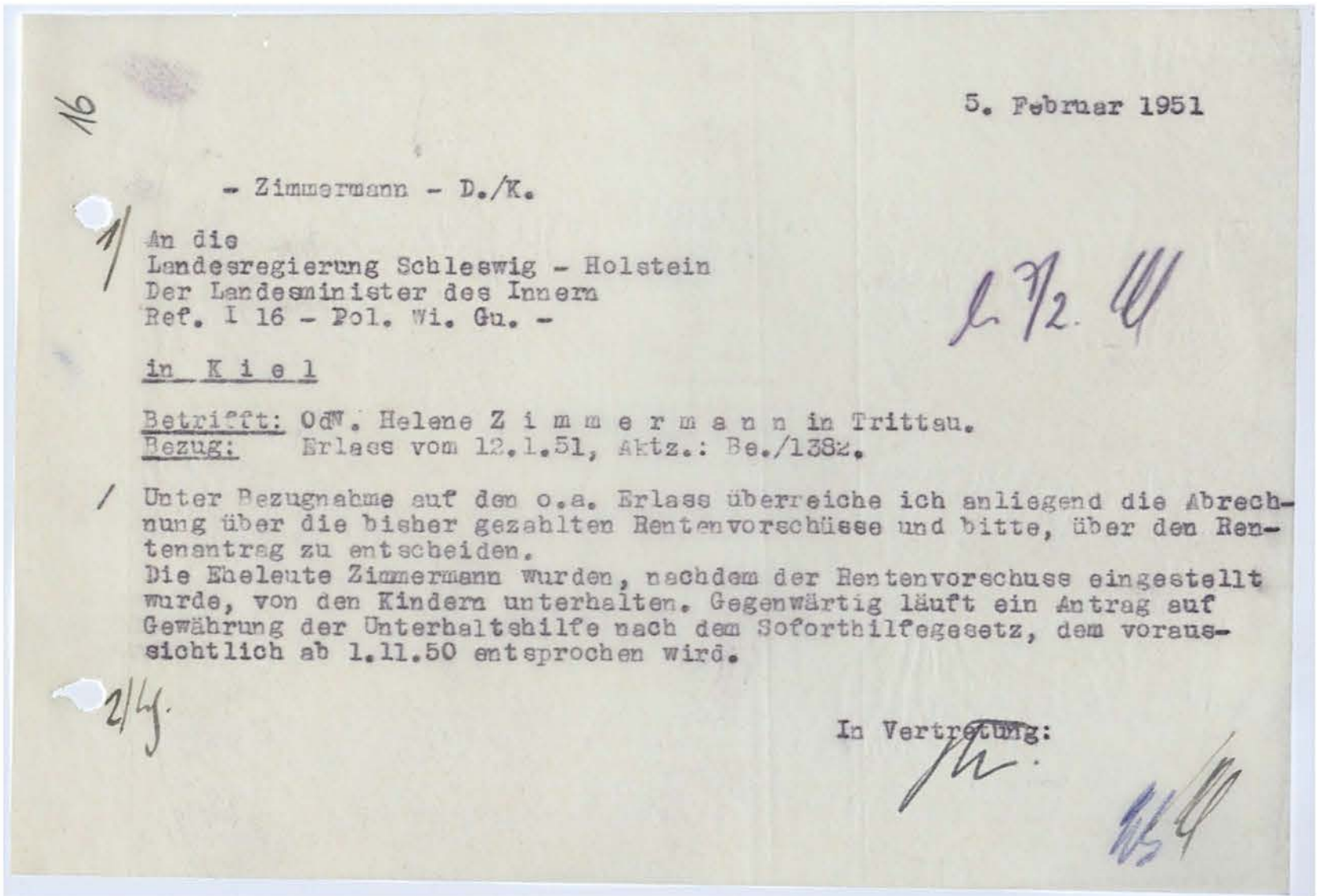
Trittau-Feld

1.1.48 31.3.51

1.7.48 31. 3.49 300,--

1.4.49 31.10.50 950,-- 1.250,--

XXXXXXXXXXXX 1.250,--



Kreisarchiv Stormarn B2



17

19. Februar 1951

D./Re.

1/ An
die Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/16 - Pol.Wi.Gu. -
in K i e l

L. 20/2. 4

Betr.: Haftentschädigungsantrag Helene Zimmermann,
Trittau.
Bezug: Erlass vom 8.1.1951 - Gesch.Zeichen: Kt./Kn.
Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass überreiche ich anliegend
die ergänzten Handakten und bitte um Festsetzung der Haftent-
schädigung.

2/1y.

Im Auftrage:
[Signature]

5/12

Im Auftrage:

erstattet am 1.11.50 entfallen mitg.
Gemäßung der unterfertigten nach dem sofortigengesetz, dem voran-
mitge, von dem Kinde unterbreiten. Gegenwärtig liegt ein Antrag auf
die erste Zimmermann mitge, nachdem der Haftentschädigungs
samtliche zu entsprechen.
und drei die ersten Haftentschädigungs und drei, drei der Haft-
unter Haftentnahme auf den o.a. Erlass überreiche ich anliegend die vresch-

Betr.: Erlass vom 15.1.51, Kt. 1385.
Bezug: OGM. Helene Zimmermann in Trittau.

in K i e l

Bef. I 16 - Pol. Wi. Gu. -
Der Landesminister des Innern
Landesregierung Schleswig-Holstein
in die

- Zimmermann - D. K.

2. Februar 1951

Kreisarchiv Stormarn B2



18

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/14 - Pol.Wi.Gu.-

Kiel, den 21. Mai 1950.

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OdN.
in Bad Oldesloe.

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag des/
der Frau Helene Zimmermann, Trittaufeld Krs. Stormarn

nach Entscheidung zurück.
Der Akte ist eine Durchschrift des erteilten Feststellungs-
bescheides beigelegt.

Die Akte des Obengenannten
ist dem zuständigen Sachbe-
arbeiter der Re.-Abteilung des
Referats zur weiteren Bearbei-
tung übergeben worden.

Im Auftrage:
gez. W. Tiersch

Beglaubigt
K. W. Müller
Reg.-Angestellte.

Bf. 1, 28.5.57
zum Vorgang.

18

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/14 - Pol.Wi.Gu.-

Kiel, den 21. Mai 1950.

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OdN.
in Bad Oldesloe.

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag des/
der Frau Helene Zimmermann, Trittaufeld Krs. Stormarn

nach Entscheidung zurück.
Der Akte ist eine Durchschrift des erteilten Feststellungs-
bescheides beigelegt.

Die Akte des Obengenannten
ist dem zuständigen Sachbe-
arbeiter der Re.-Abteilung des
Referats zur weiteren Bearbei-
tung übergeben worden.

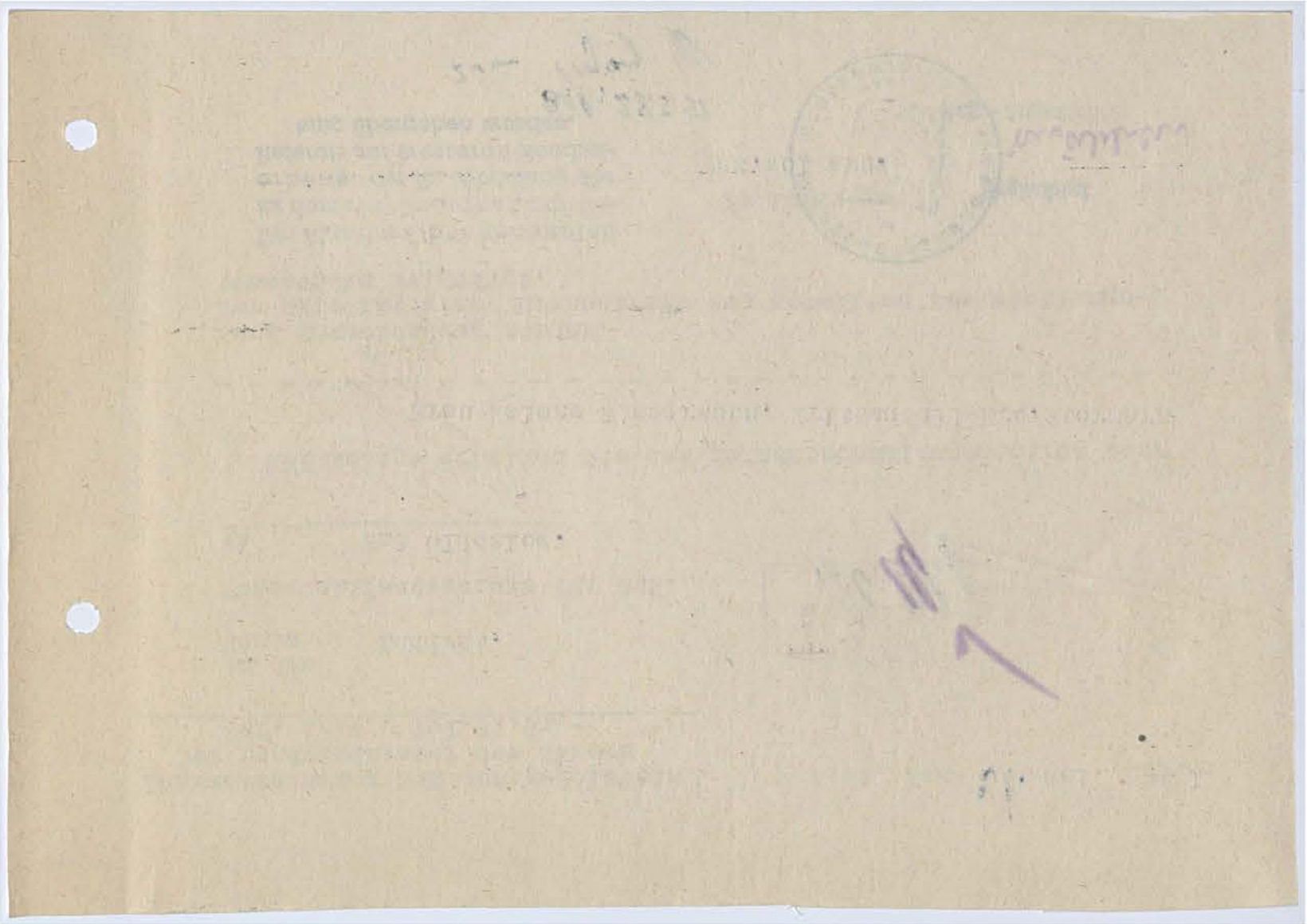
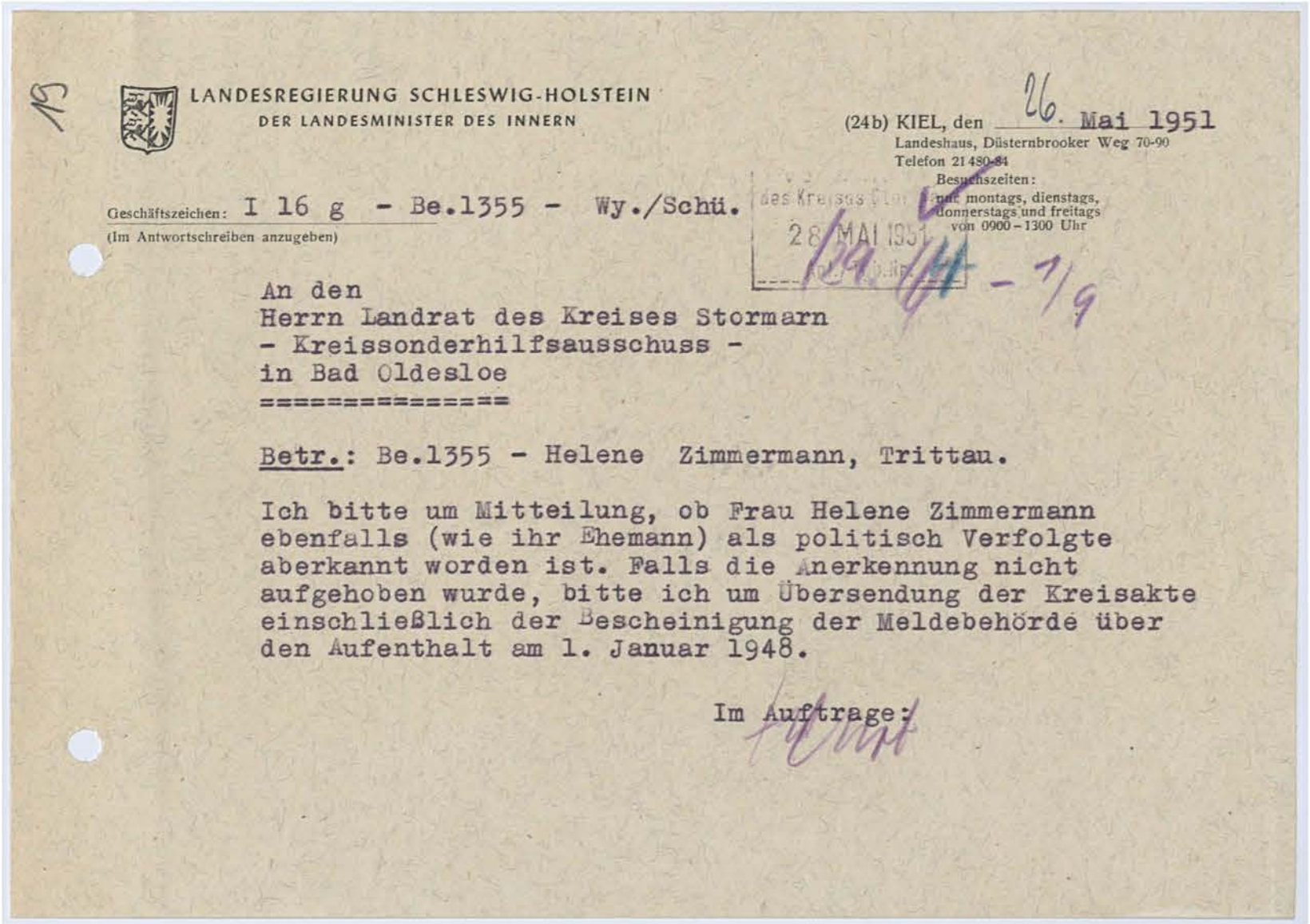
Im Auftrage:
gez. W. Tiersch

Beglaubigt
K. W. Müller
Reg.-Angestellte.

Bf. 1, 28.5.57
zum Vorgang.

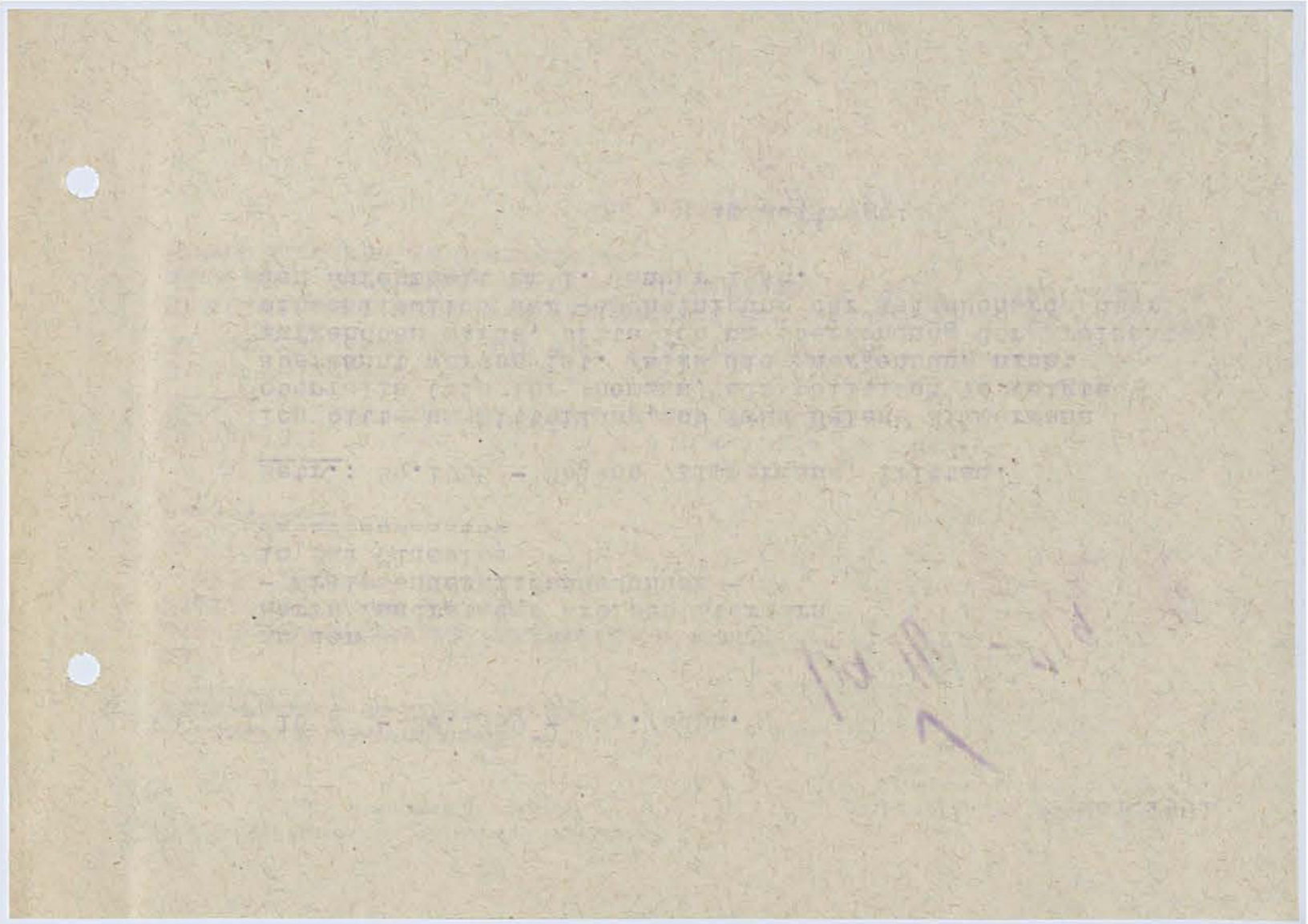
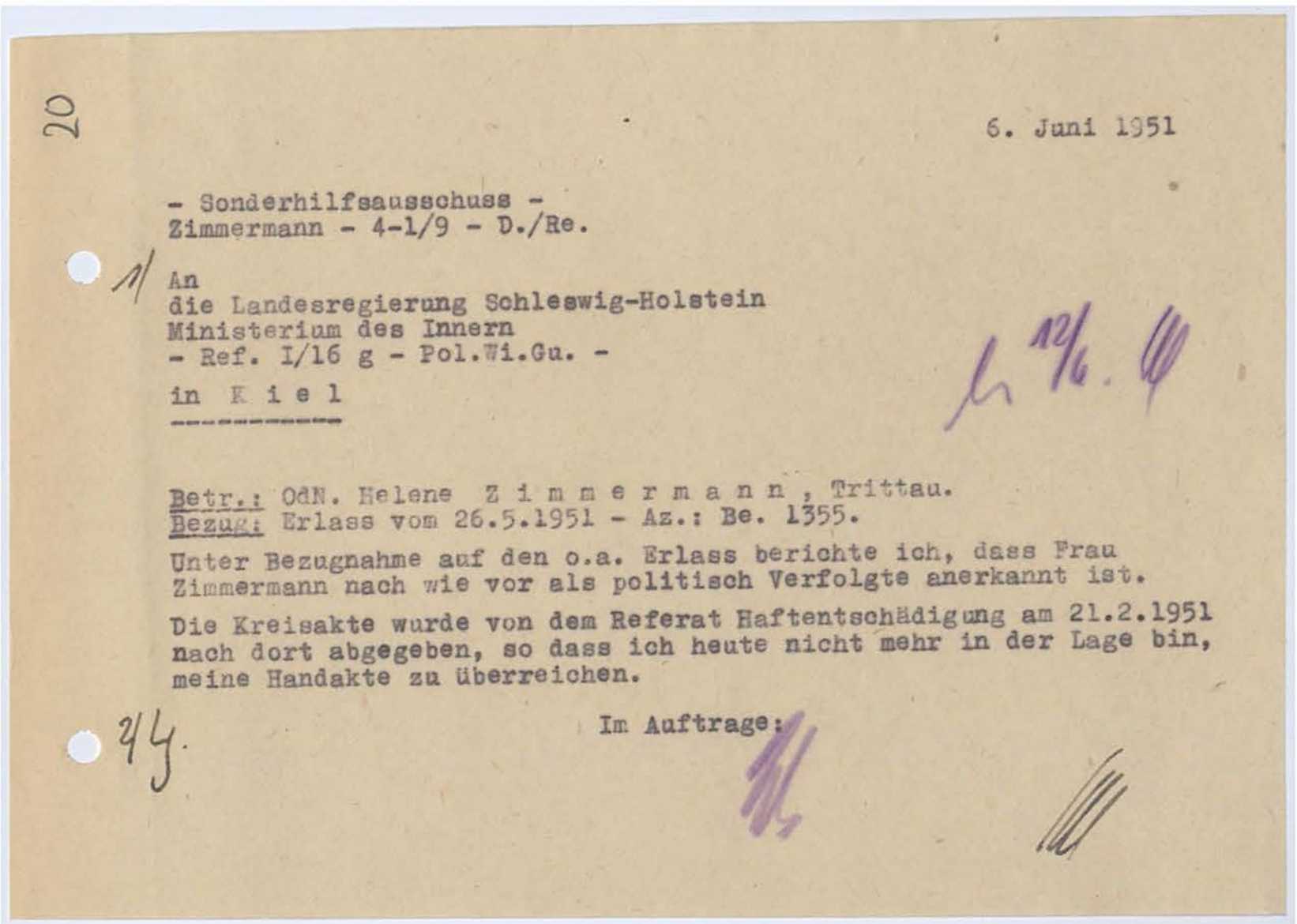
Kreisarchiv Stormarn B2





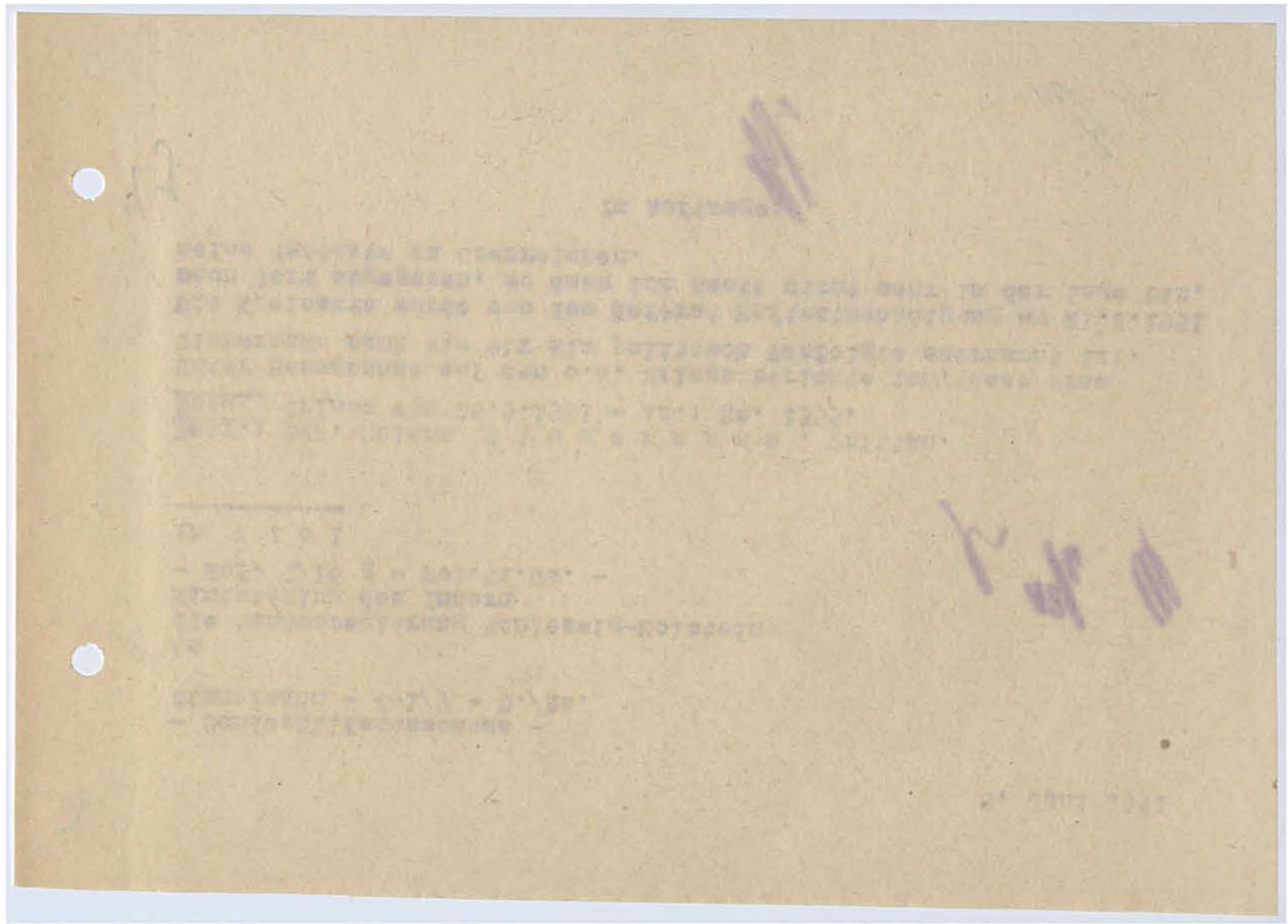
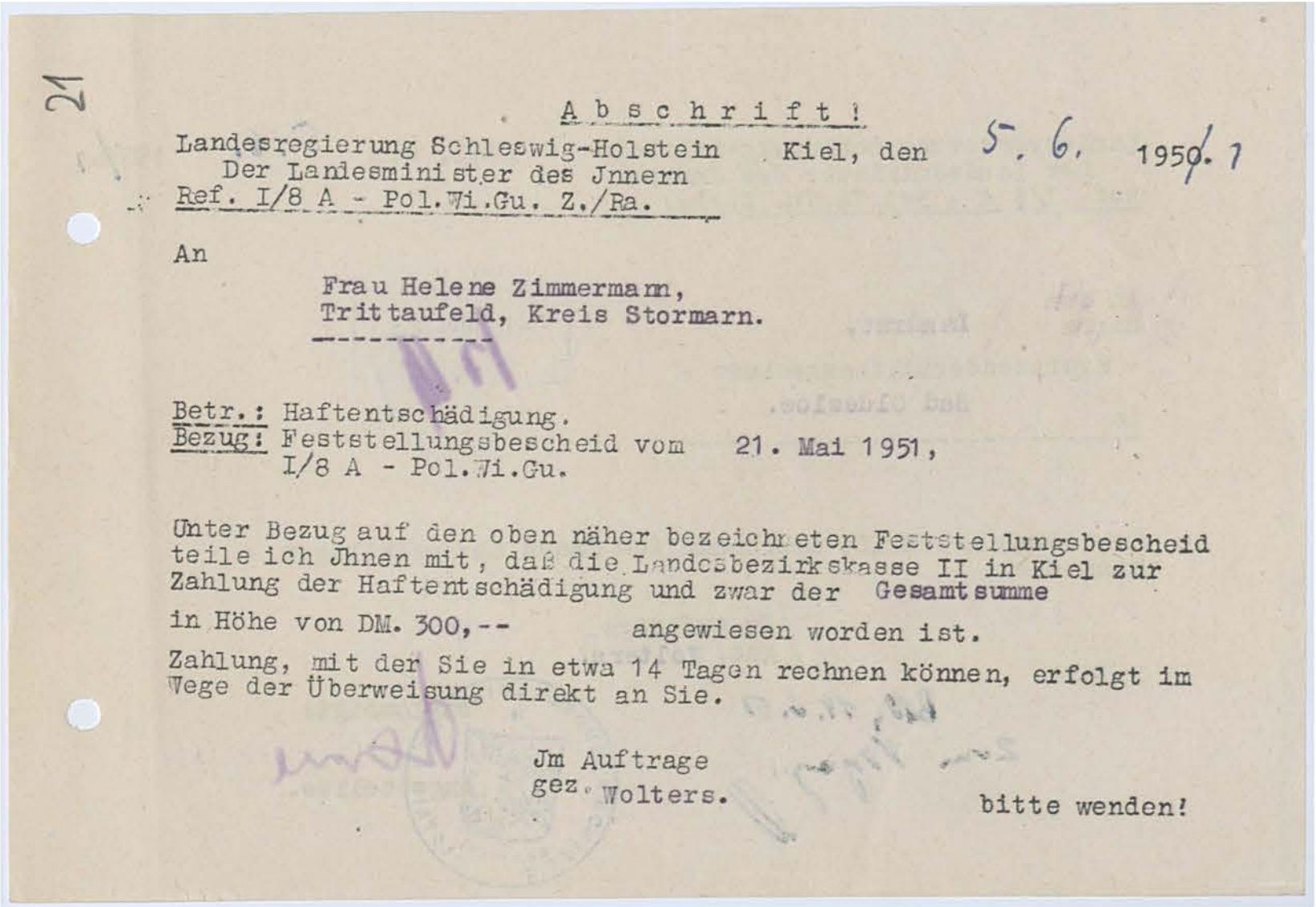
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

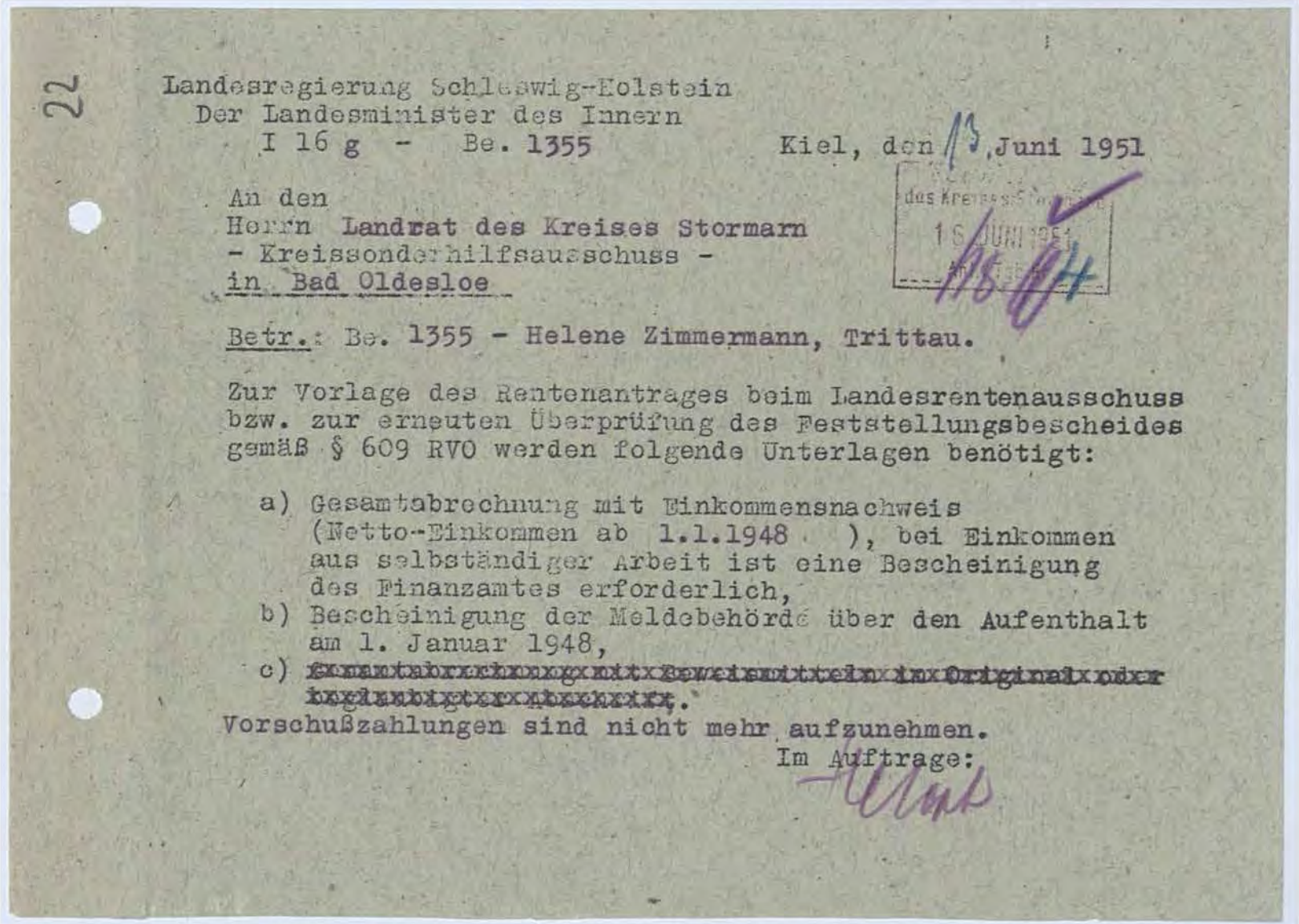
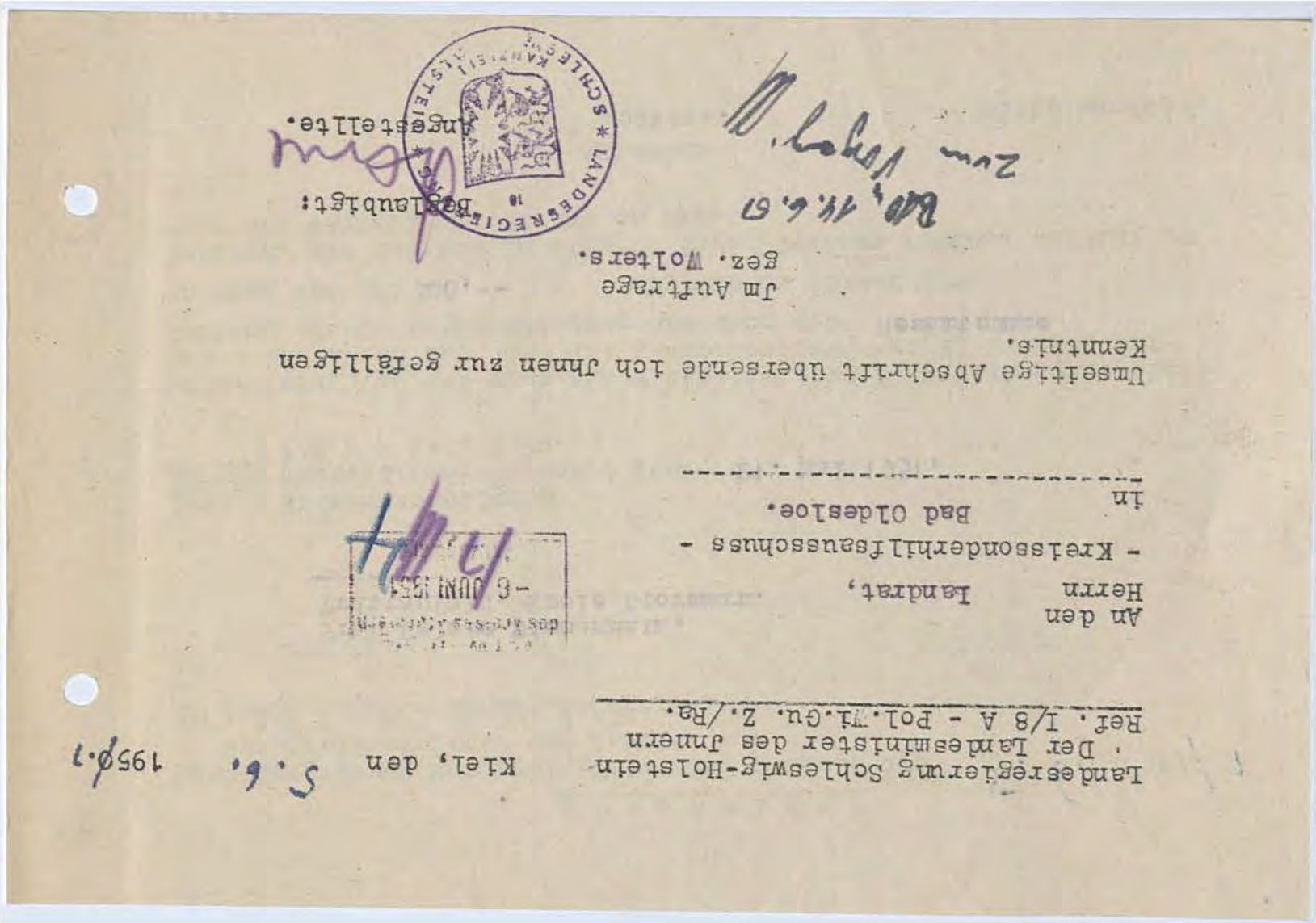


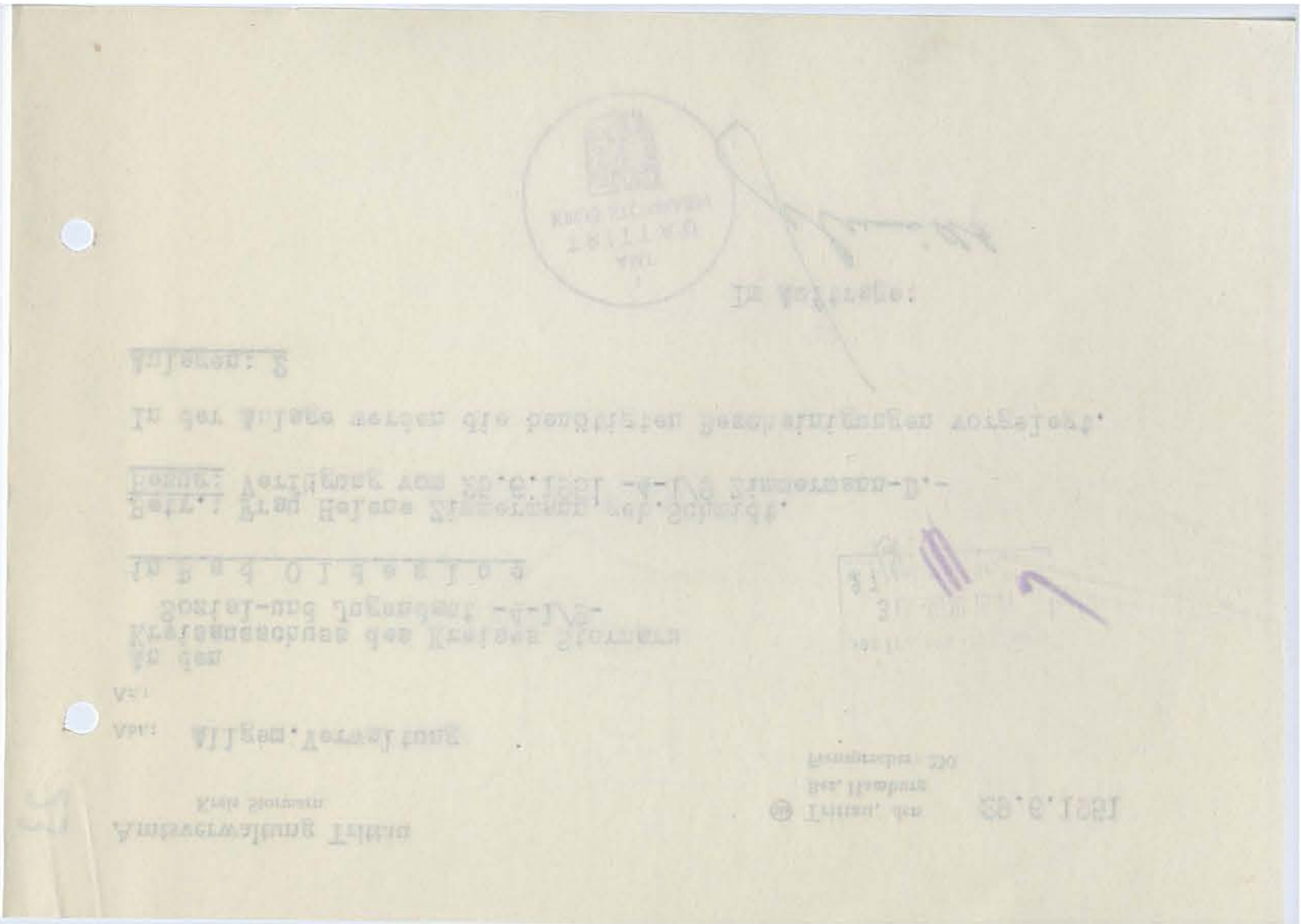
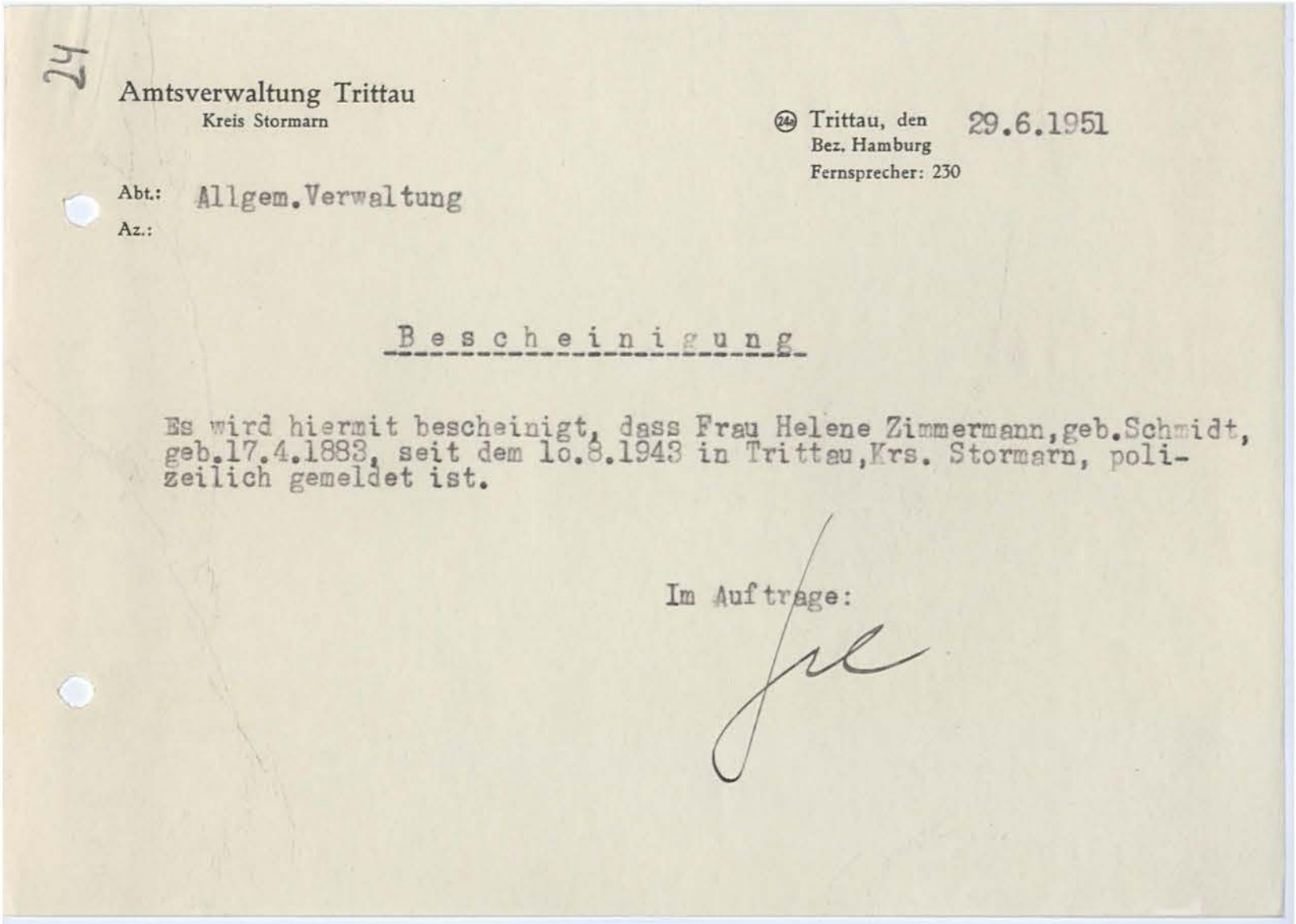


Kreisarchiv Stormarn B2



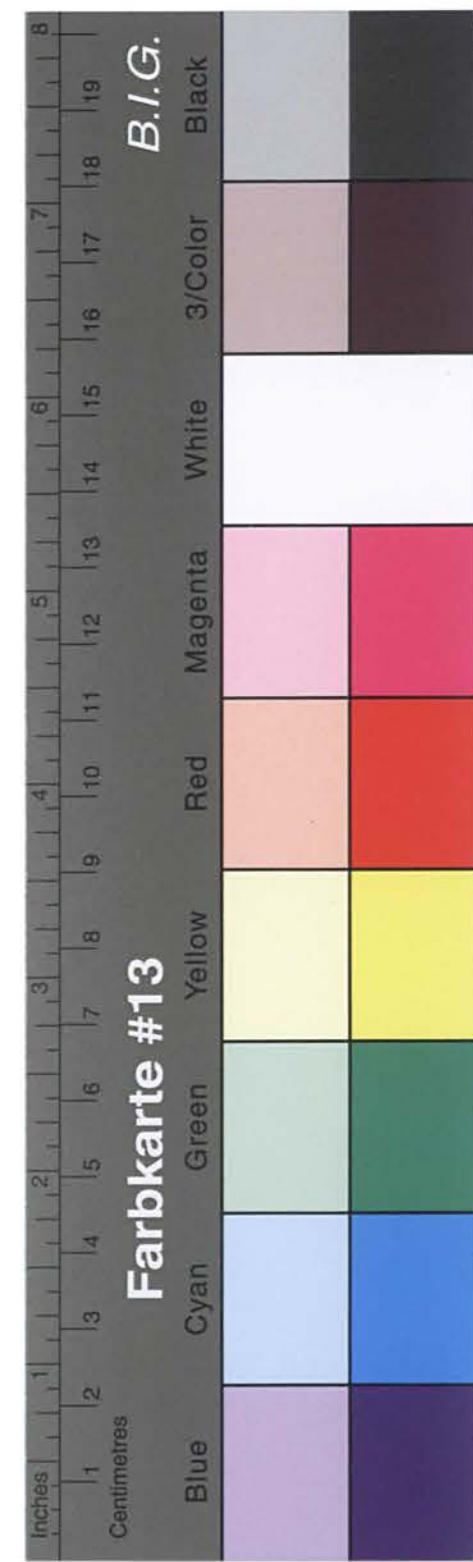
Kreisarchiv Stormarn B2



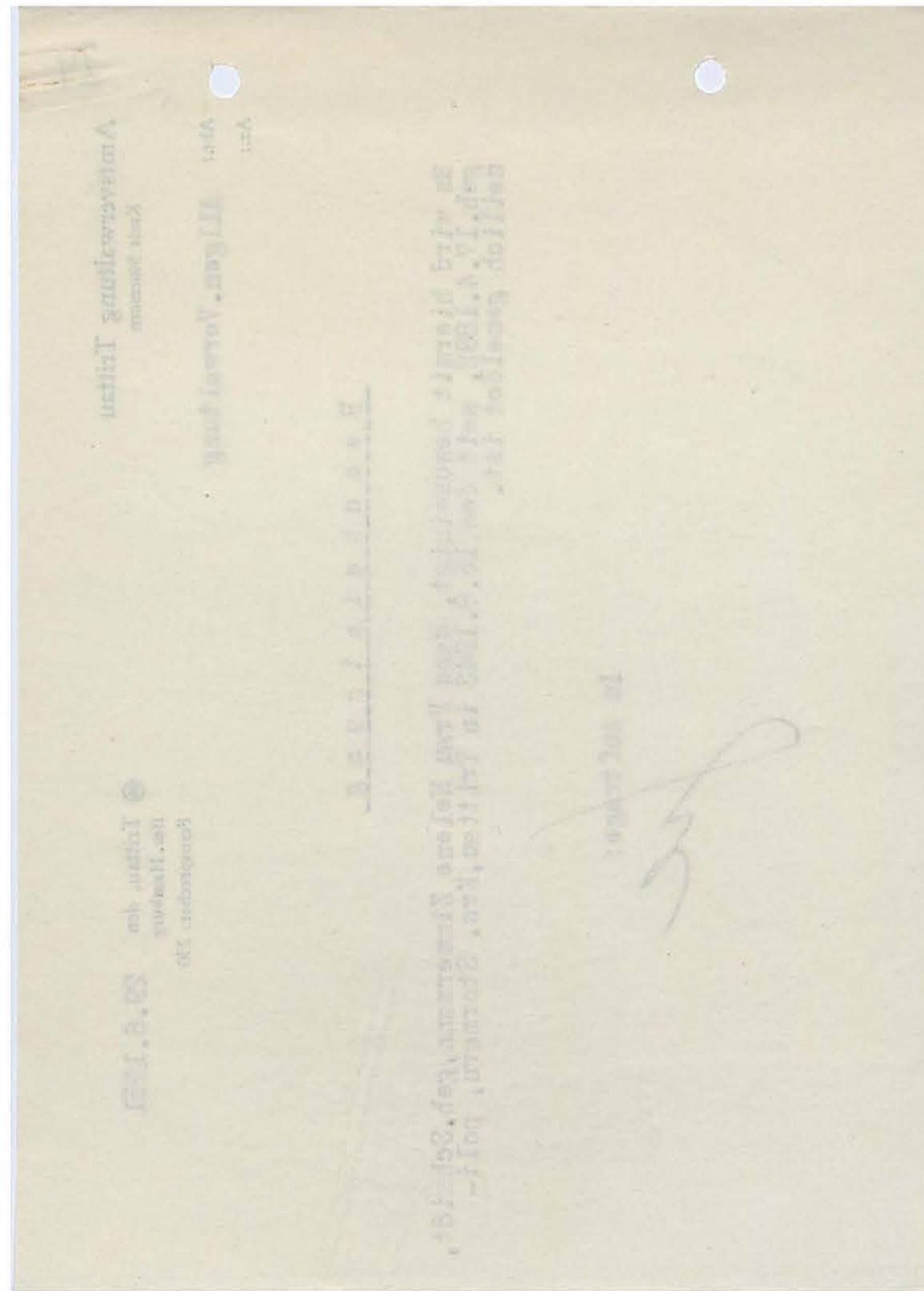


Kreisarchiv Stormarn B2



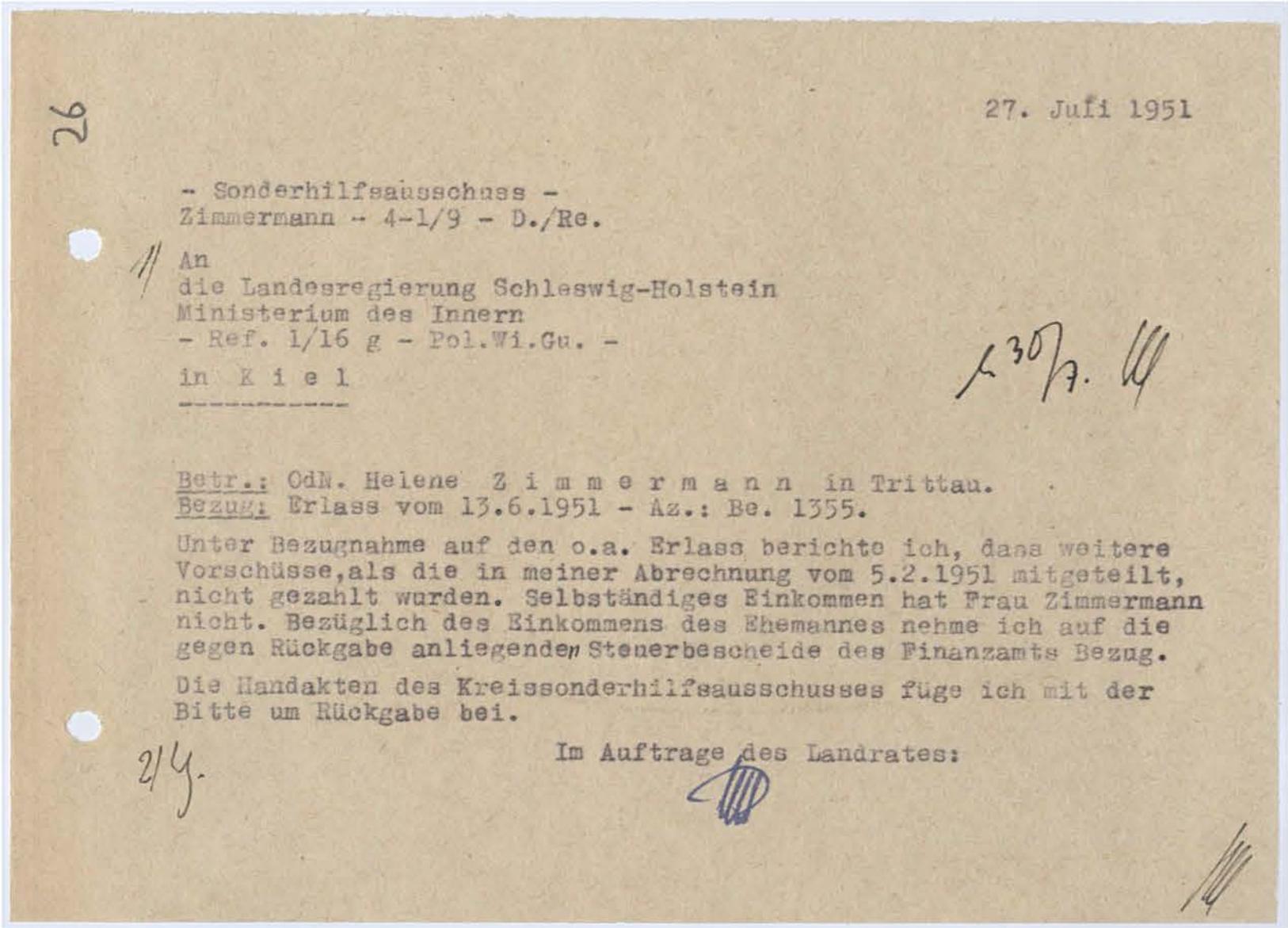
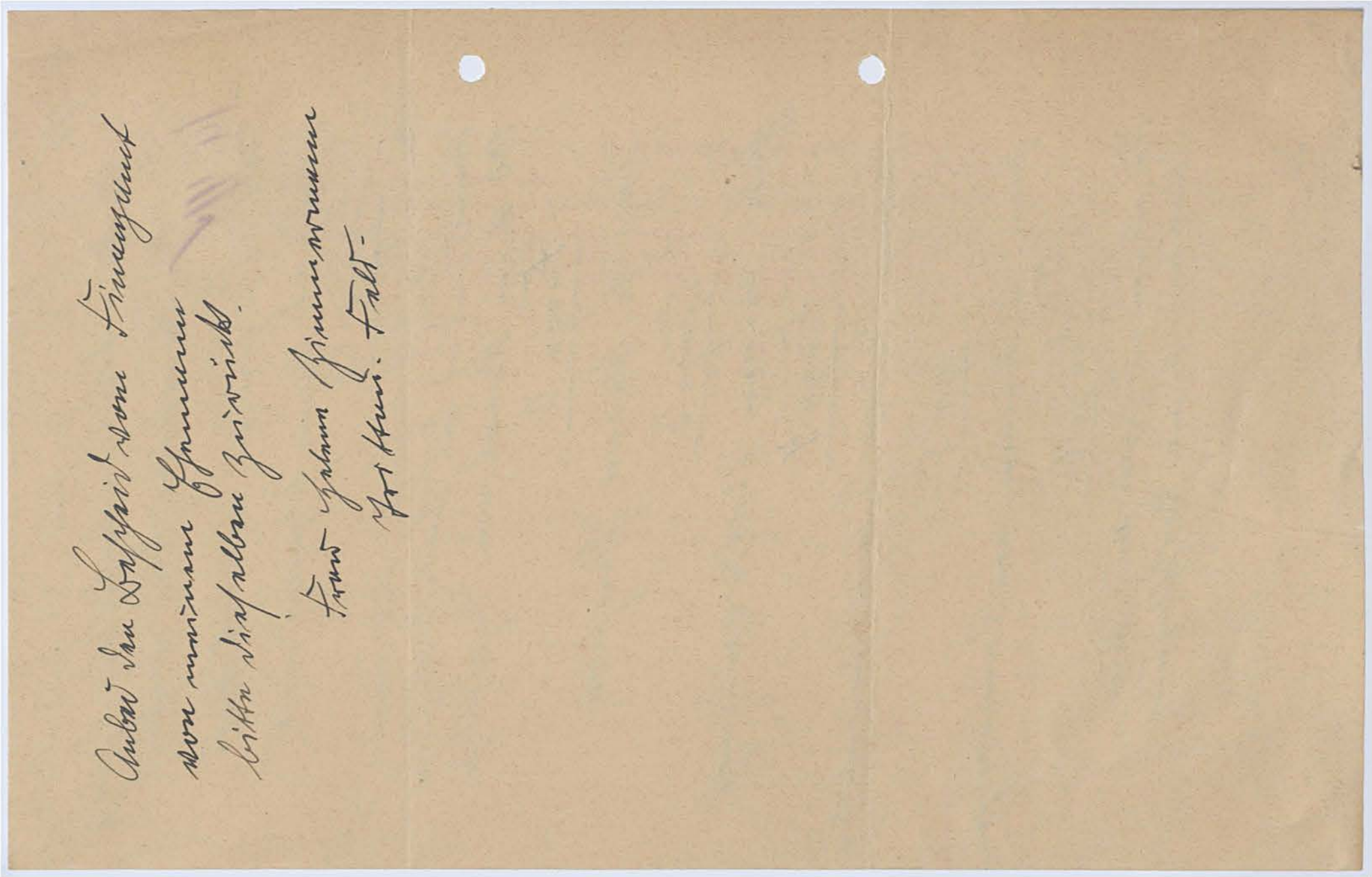


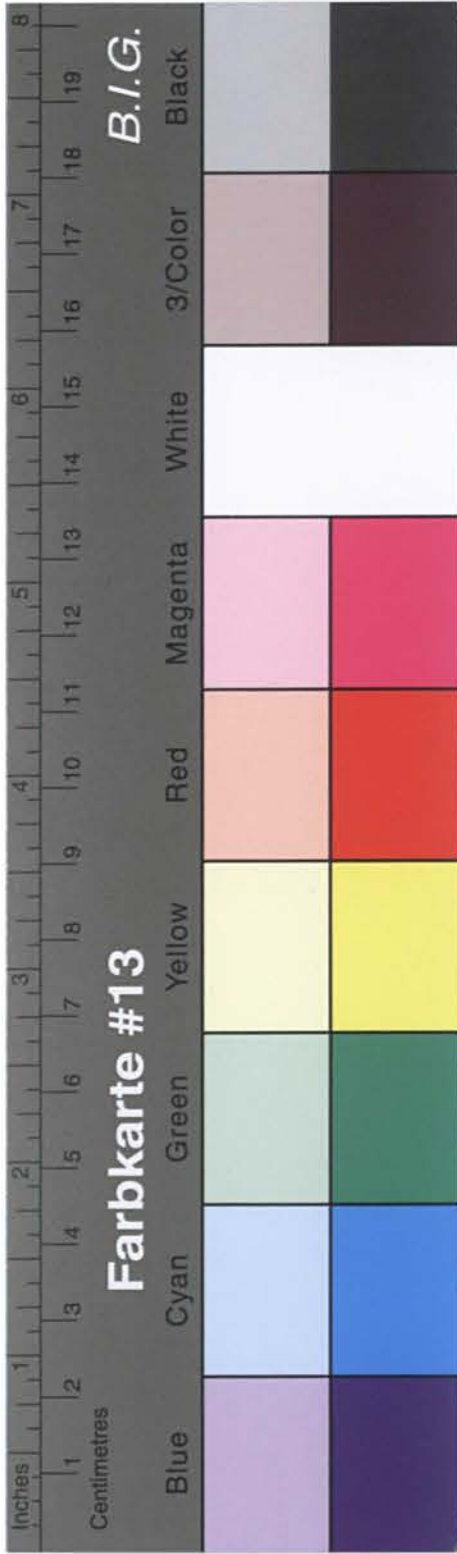
Kreisarchiv Stormarn B2



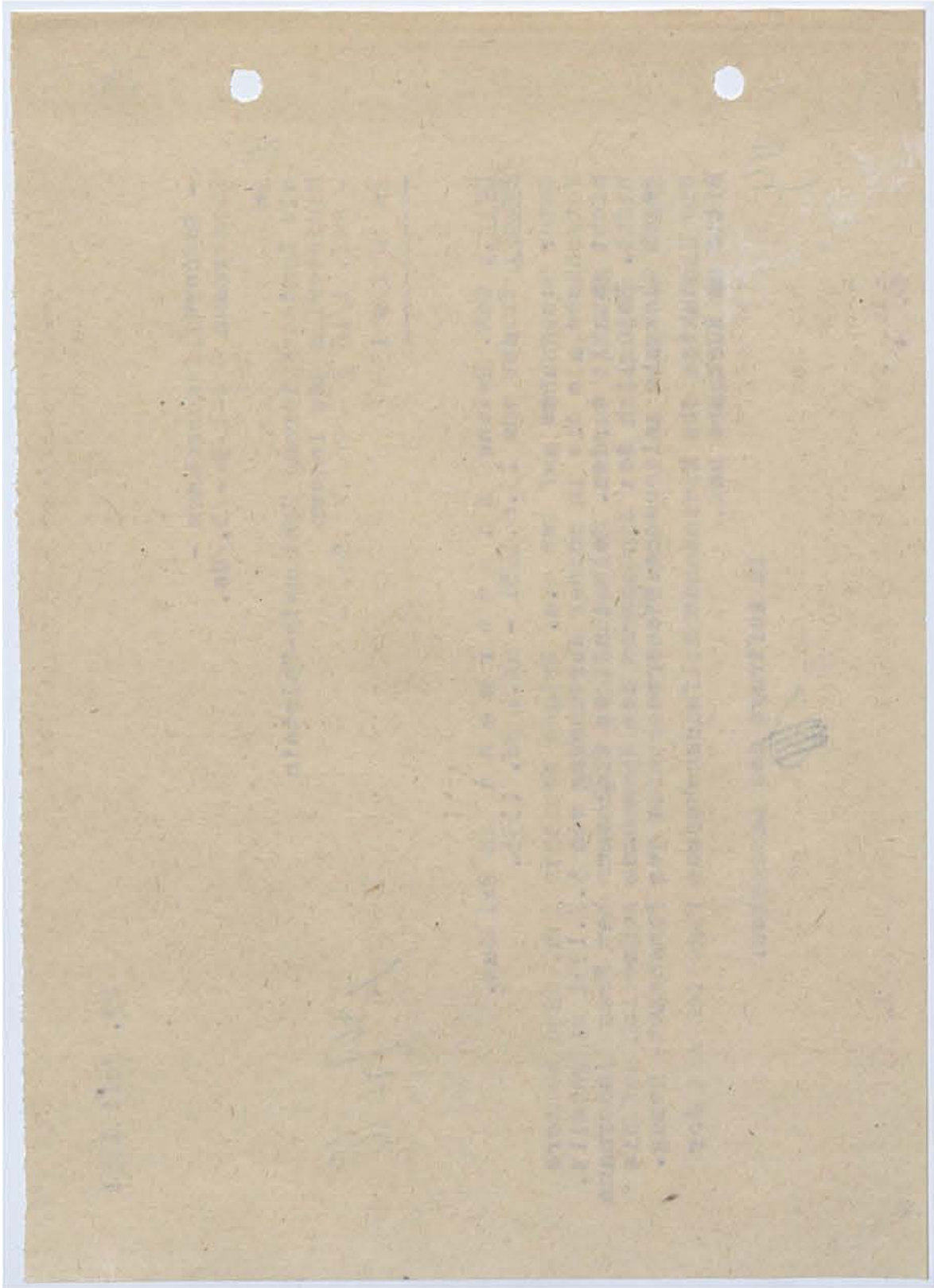
4-1/8. Vritzburg. 30. Juni. 1957/25
An den Kreisverband Hilfswerk
des Kreises Stormarn
- 2. JULI 1957
Hilfsarbeiter Herr Schubert.
Auf Ihr Schreiben vom 25. Juni
habe ich Ihnen folgende mit:
Frage 1.
Mit 1. 12. 1950 haben wir einen
Mann und ein Unteroffizier
100 H im Monat von Vorkasse.
Frage 2.
haben einen Mann.
Frage 3.
haben einen Unteroffizier.
Frage 4.
haben einen Arbeitslosen.
Frage 5.
haben einen Mann von Hamburg.
Frage 6.
Wie man im Lutterbach
Altenteil einen Anstellung.
wird.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



27

9. Oktober 1951

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

KIEL, den 9. Oktober 1951
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 2 14 80 - 84
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Geschäftszeichen: I 16 g - Be.1355 - Wy/Schü -
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Abschriftl

Frau
Helene Zimmermann

✓ Trittau / Kreis Stormarn
=====

Trittaufeld

B e s c h e i d

über die Ablehnung einer Beschädigtenrente gem.
dem Gesetz über die Gewährung von Renten an die
Opfer des Nationalsozialismus vom 4. März 1948
und dem Änderungsgesetz vom 3. Mai 1950 (GuVOBl.
Schl.-H.1948 S.74 f. und 1950 S.163).

Der Rentenausschuss des Landes Schleswig-Holstein hat in
seiner Sitzung vom 25. September 1951 beschlossen:

Die Gewährung einer Beschädigtenrente wird
abgelehnt.

Begründung:

Sie sind als OdN anerkannt. Nach dem Gutachten des Kreis-
krankenhauses Stormarn, dem zu folgen der Ausschuß keine
Bedenken hat, ist Ihr heutiger Gesundheitszustand alters-
entsprechend normal. Man ist unter Abwägung aller Umstände
zu dem Ergebnis gekommen, dass Verfolgungsleiden nicht
vorliegen.

Für den im Erstgutachten im Jahre 1949 festgestellten
schweren nervösen Erschöpfungszustand, der heute nicht mehr
besteht, wird Ihnen ab 1. Januar 1948 bis 30. Juni 1951
eine 20%ige Rente gewährt.

Rechtsmittelbelehrung:

Dieser Bescheid wird gemäß §§ 1583/1569a der Reichsver-
sicherungsordnung erteilt. Er wird nach § 1590 der RVO
rechtskräftig, wenn Sie nicht binnen einem Monat nach
seiner Zustellung Berufung bei dem Oberversicherungsamt
- Sonderkammer für OdN - in Schleswig einlegen. Die
Berufung ist zu begründen und in doppelter Ausfertigung
einzureichen.

- 2 -

Kreisarchiv Stormarn B2



- 2 -

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberversicherungsamtes kann eine Berufung nur dann Erfolg haben, wenn sich nach den für die Unfallversicherung geltenden Richtlinien die Feststellungen des Bescheides als unzutreffend erweisen.

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe
=====

Im Auftrage:
gez. Wolters

Vorstehende Abschrift übersende ich Ihnen zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

12. Okt. 1951
Kreis Stormarn
BdO, 16.10.51
zum Vortrag

VERWALTUNG
des Kreises Stormarn
12. Okt. 1951
BdO

28

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Abschrift

KIEL, den 27. Oktober 1951
Landeshaus, Düsterbrookter Weg 70-90
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

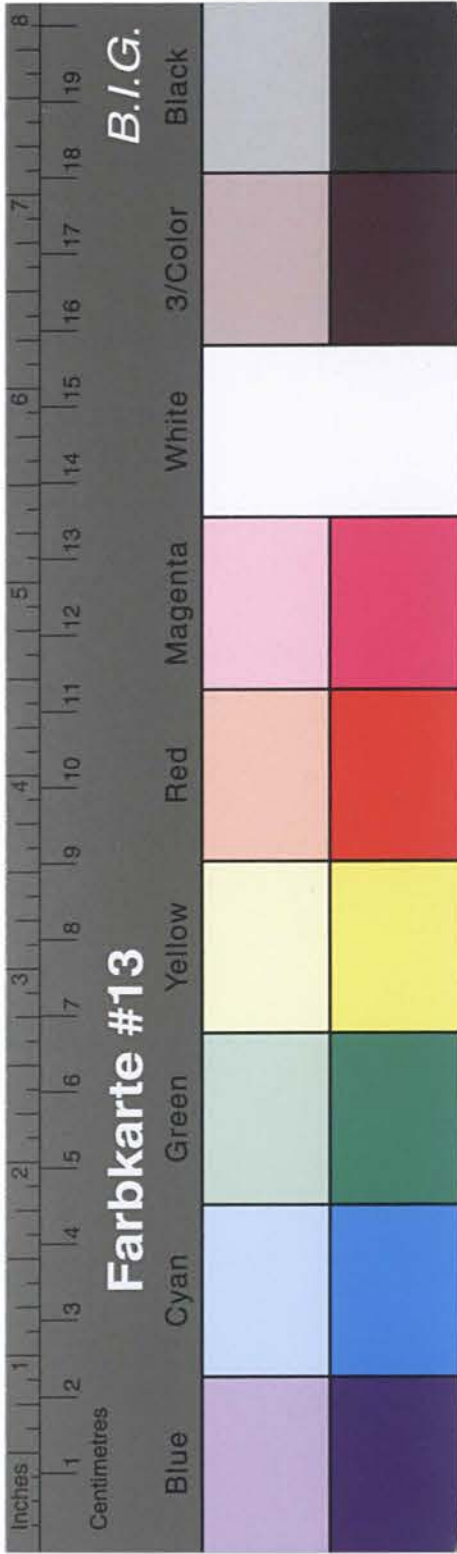
Geschäftszeichen: I 16e 39a/ Z Schr/Ma
(Im Antwortschreiben anzugeben) OaN/ 1355

Frau
Helene Zimmermann

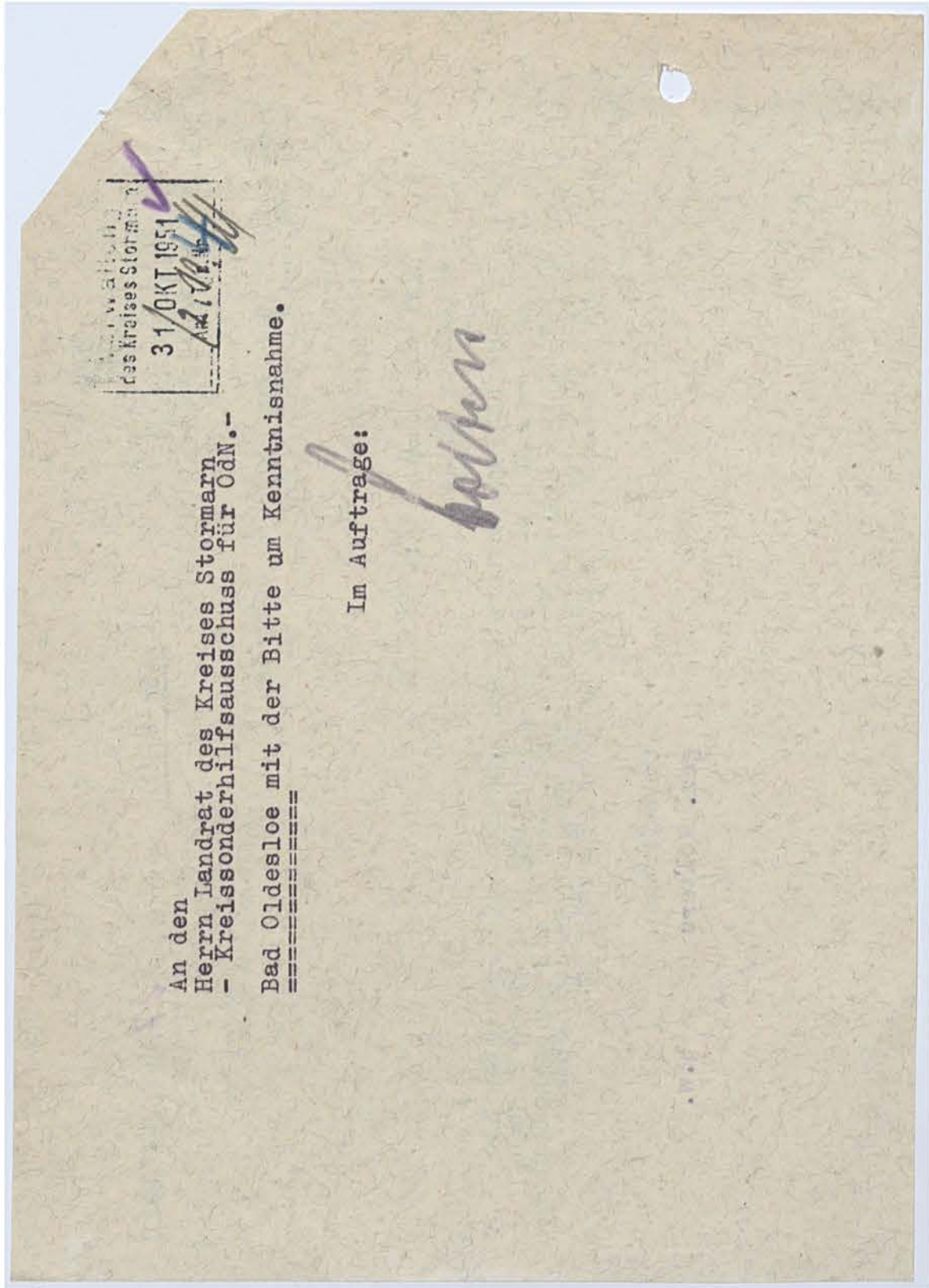
T r i t t a u Krs.Stormarn
Trittauer Heide

Im Nachgange zum Bescheid vom 9. Oktober 1951 erhalten Sie nunmehr von mir eine Be- und Abrechnung über Ihren Rentenanspruch vom 1.1.48 bis 30.6.1951. Den an Sie nachzuzahlenden Betrag erhalten Sie durch Postbartscheck von der Landesbezirkkasse Bad Oldesloe demnächst überwiesen.

Im Auftrage:
gez. Wolters b.w.



Kreisarchiv Stormarn B2



Anlage zum Renten-Feststellungsbescheid vom 27. Oktober 1951 29

Rentenzeichen: 39a | Z
OdN- | 1355

Name: Zimmermann, Helene
Wohnort: Trittau
Trittauer Heide

A. Berechnung

Die Berechnung der Ihnen zustehenden Rente ergibt sich wie folgt:

	vom 1.1.48 bis	vom 30.6.51 bis	vom bis	vom bis
I. Rentenanspruch:				
1. 20 %ige Beschädigtenrente - vom 1.1.48 bis 30.6.51	30.6.51			
0 %ige Beschädigtenrente - ab 1.7.51	46,70			
%ige Beschädigtenrente - ab				
2. Witwen-Teil-Voll-Rente				
3. Elternrente				
4. Kinderzuschlag - Waisenrente - für folgende Kinder:				
geb.				
5. Pflegezulage bis zum				
Sa. I: = DM	46,70			
6. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:				
a) = DM				
b) = DM				
Sa. II: = DM	46,70			
II. Monatliches Gesamteinkommen:				
1. Arbeitsverdienst (netto)				
2.				
3.				
4. dazu diese OdN-Rente (Sa. II)				
Zus.: = DM				
davon anzurechnen gemäß Anmerkung 2 = DM				
III. Somit erhalten Sie ab				
= DM	46,70			

(Soweit erforderlich, ist Abrundung der Beträge auf volle 10 Dpf - gemäß § 612 (3) RVO - erfolgt.)

B. Abrechnung

I. Gesamtrentenansprüche:

vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 = 6 Monate zu je RM 46,70 = RM 280,20
abgewertet im Verhältnis 1:10 = DM 28,02

vom 1.7.1948 bis 30.6.1951 = 36 Monate zu je DM 46,70 = DM 1681,20

vom bis = Monate zu je DM = DM

vom bis = Monate zu je DM = DM

vom bis = Monate zu je DM = DM

vom bis = Monate zu je DM = DM

= DM 1709,22

II. Rückerstattungen:

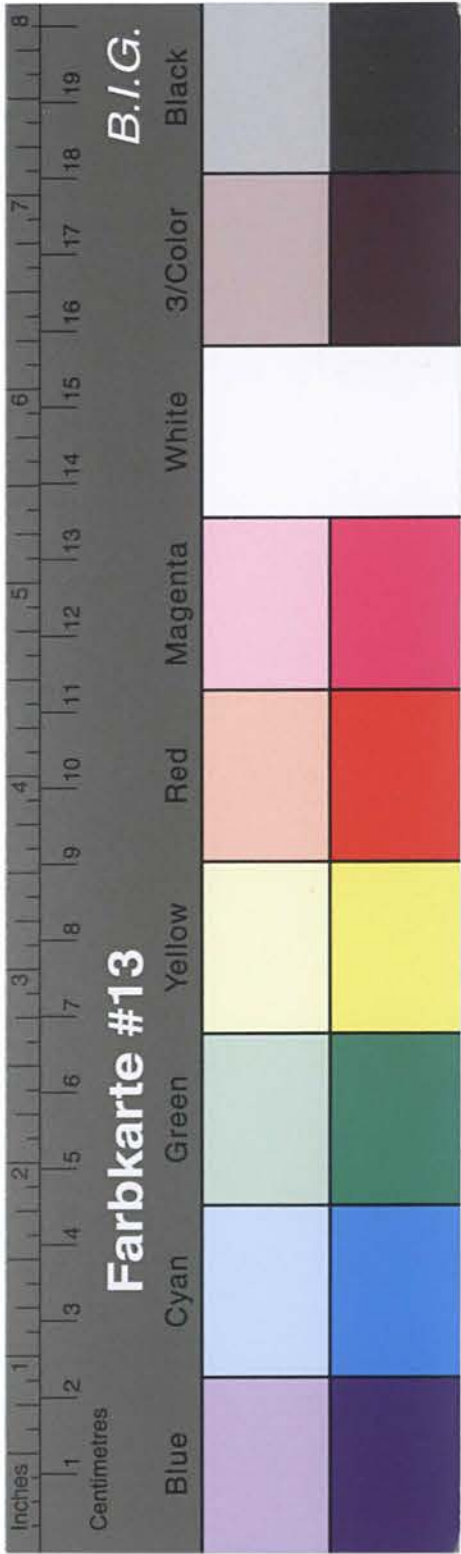
1. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln, die im Hinblick auf die Rente gezahlt sind
vom bis = DM

2. Rentenvorschüsse
vom 1.7.1948 bis 31.10.1950 = DM 1250,--
1250,--

3. = DM = DM

III. Mithin sind - überzahlt - noch nachzuzahlen
= DM 459,22

OdN - Rf. 1 Bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Den nachzuzahlenden Betrag erhalten Sie durch Postbarscheck überwiesen.

Der überzahlte Betrag wird wie folgt von Ihrer laufenden OdN-Rente in Abzug gebracht werden:

Die Weiterzahlung Ihrer Rente erfolgt vom --- ab durch die Landesbezirkskasse ---

(Auflagen und weitere Mitteilungen für den Rentenempfänger)

Sachlich richtig
Im Auftrage: *[Signature]*

Festgestellt: *[Signature]*

Anmerkungen:
(Die Ziffern 4 und 5 sind besonders genau zu beachten!)

Ziffer 1 Gemäß Durchführungsverordnung vom 22. 6. 1950 sind unter Hinweis auf Paragraph 6 des Gesetzes vom 4. 3. 1948 alle Renten anzurechnen, die von anderen öffentlichen Versicherungsträgern für den gleichen Schadensfall gewährt werden.

Ziffer 2 Gemäß Renten-Gesetz vom 4. 3. 1948 (siehe Durchführungsverordnung vom 22. 6. 1950, § 1) darf das monatliche Einkommen einschl. Rente den Betrag von 350,- DM nicht übersteigen. (Bis 30. 6. 1950 beträgt diese Grenze 365,- DM). Die Gesamtrente für Hinterbliebene darf nach dem Gesetz vom 4. März 1948 $\frac{1}{2}$ des angenommenen Jahresarbeitsverdienstes von 4200,- DM, also DM 280,- mtl., nicht übersteigen.

Ziffer 3 Während eines Krankenhausaufenthaltes oder einer Heilkur im Zusammenhang mit dem OdN-Rentenleiden besteht gemäß § 559 e RVO kein Rentenanspruch.

Ziffer 4 Alle Veränderungen, die auf die Rentenzahlung Einfluß haben, wie: Einkommensverhältnisse (gem. Ziff. 2 der vorstehenden Anmerkung) Geburten, Todesfälle, Wohnungswechsel usw. sind sofort dem Landesminister des Innern - Politische Wiedergutmachung - anzuzeigen. Wenn Sie diese Mitteilungen unterlassen, kann die Zahlung der Rente eingestellt werden, Überzahlungen werden zurückgefordert.

Ziffer 5 Bei allen Eingaben ist unbedingt das oben angegebene Rentenzeichen zu vermerken.

Ziffer 6 Bei Unklarheiten über Rentenangelegenheiten zuerst Rückfrage beim zuständigen Kreissonderhilfsausschuß halten.

340, 5. 11. 51
Zum Vortrag.

30

Sonderhilfsausschuß
4-1/9 Ziwerhann-D./-

Frau
Helene Zimmermann,
Ziwerhann-Feld.

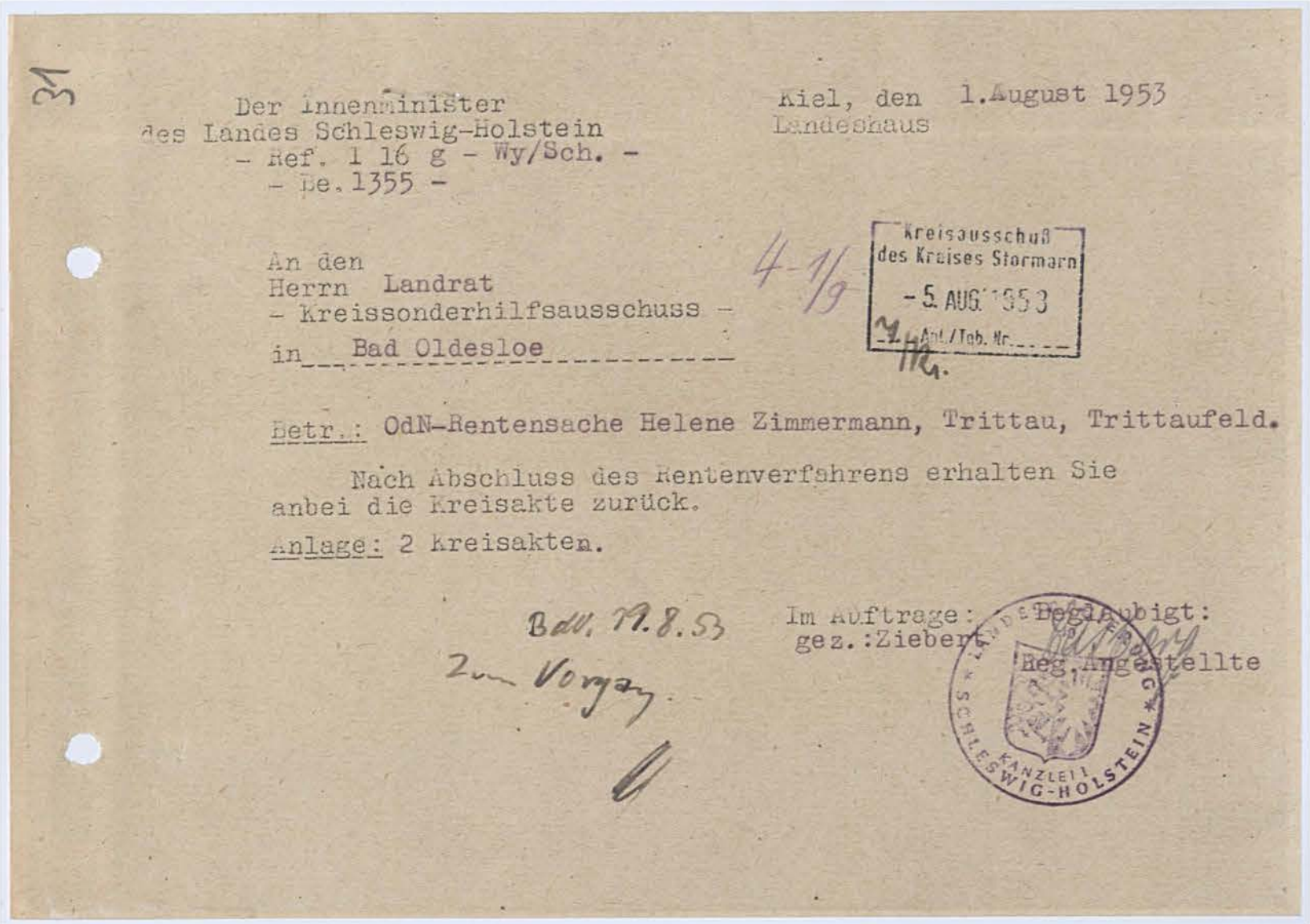
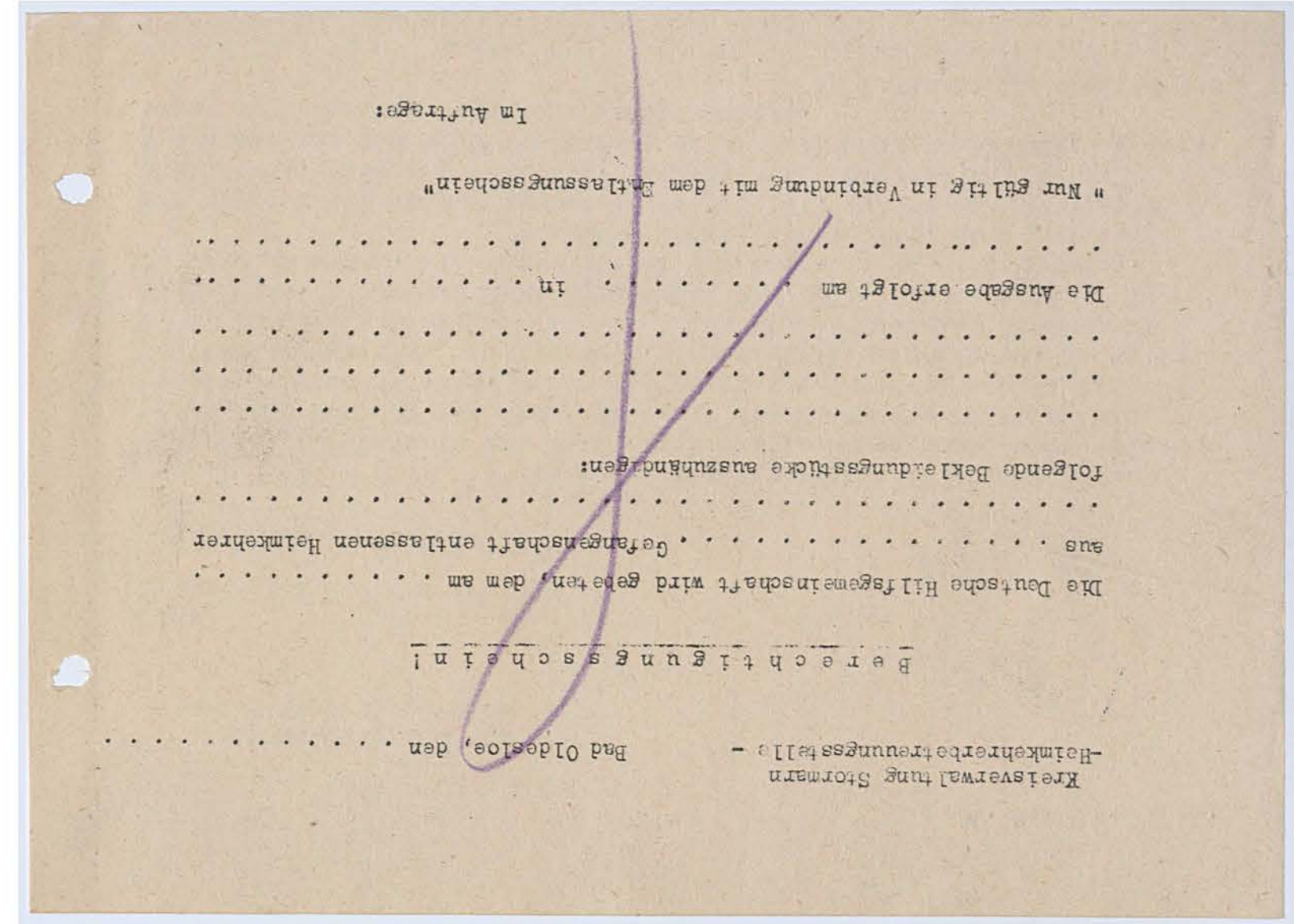
4. Dezember 1951.

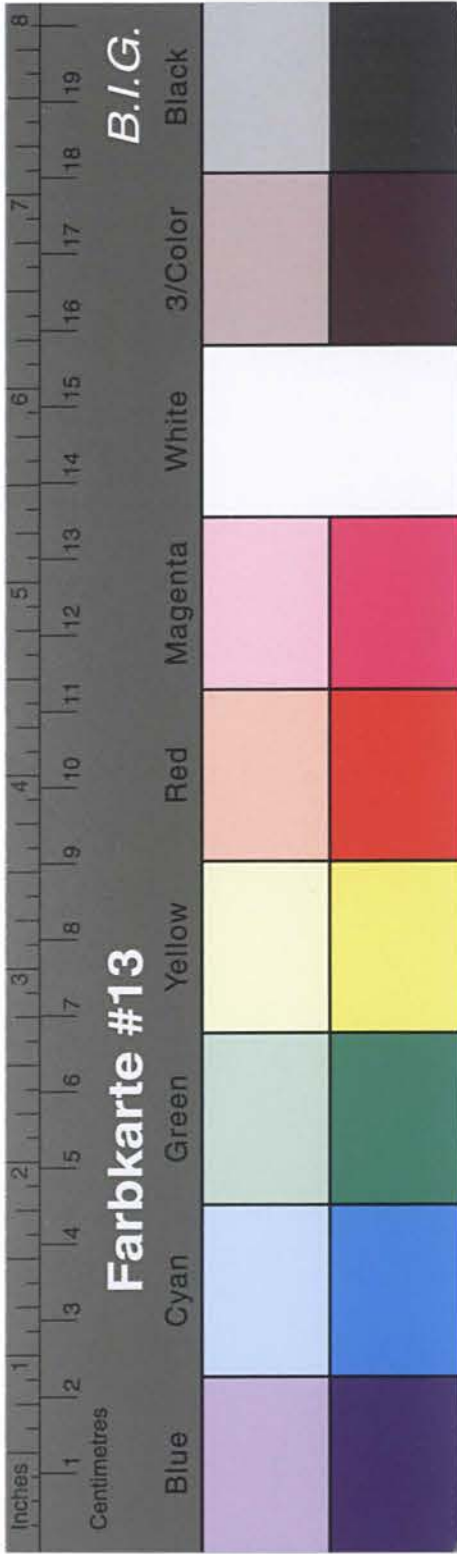
L. G. H. W.

In der Rentenanlagezeit Ihres Mannes habe ich mir schreiben vom 30. 11. 1951 erhalten und muss Ihnen leider mitteilen, dass es mir nicht obliegt, die Haftentschuldigung Ihres Mannes anzuerkennen. Ueber die Zahlung der Haftentschuldigung hat die Landesregierung bereits am 4. Januar 1951 entschieden. Im Jahre 1951. Die Möglichkeit bestanden, gegen diesen Bescheid Beschwerde einzulegen. Da dieses nicht geschehen ist, ist der Bescheid rechtskräftig geworden. Ein Rechtsmittel ist heute nicht mehr gegeben. Bemerken möchte ich weiter, dass bei der Zahlung der Haftentschuldigung zu prüfen ist, ob der Antragsteller würdig ist, diese zu erhalten. Aufgrund der Verurteilung Ihres Mannes hat die Landesregierung eine Würdigkeit abgelehnt, so dass daher eine Zahlung abgelehnt werden musste.

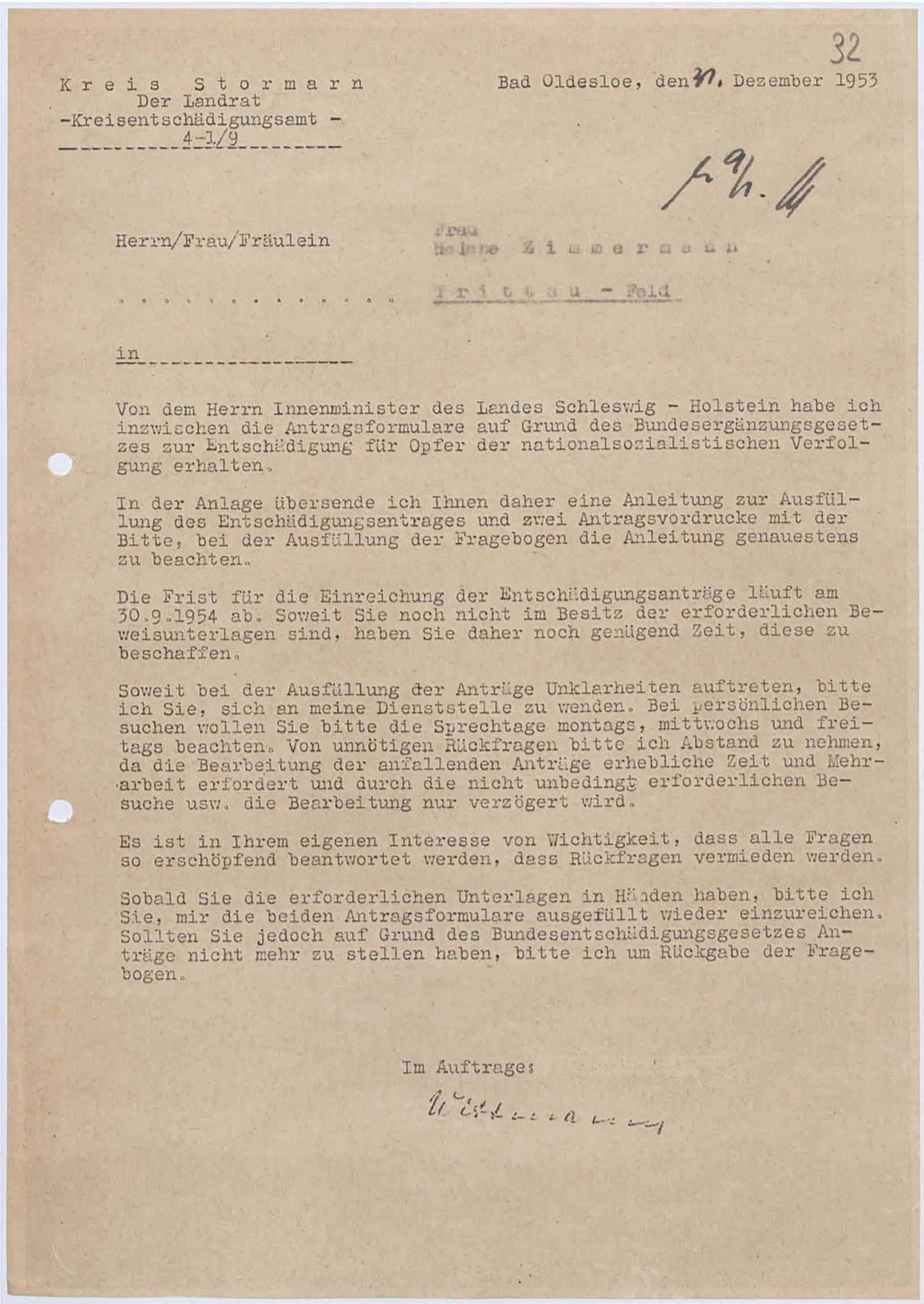
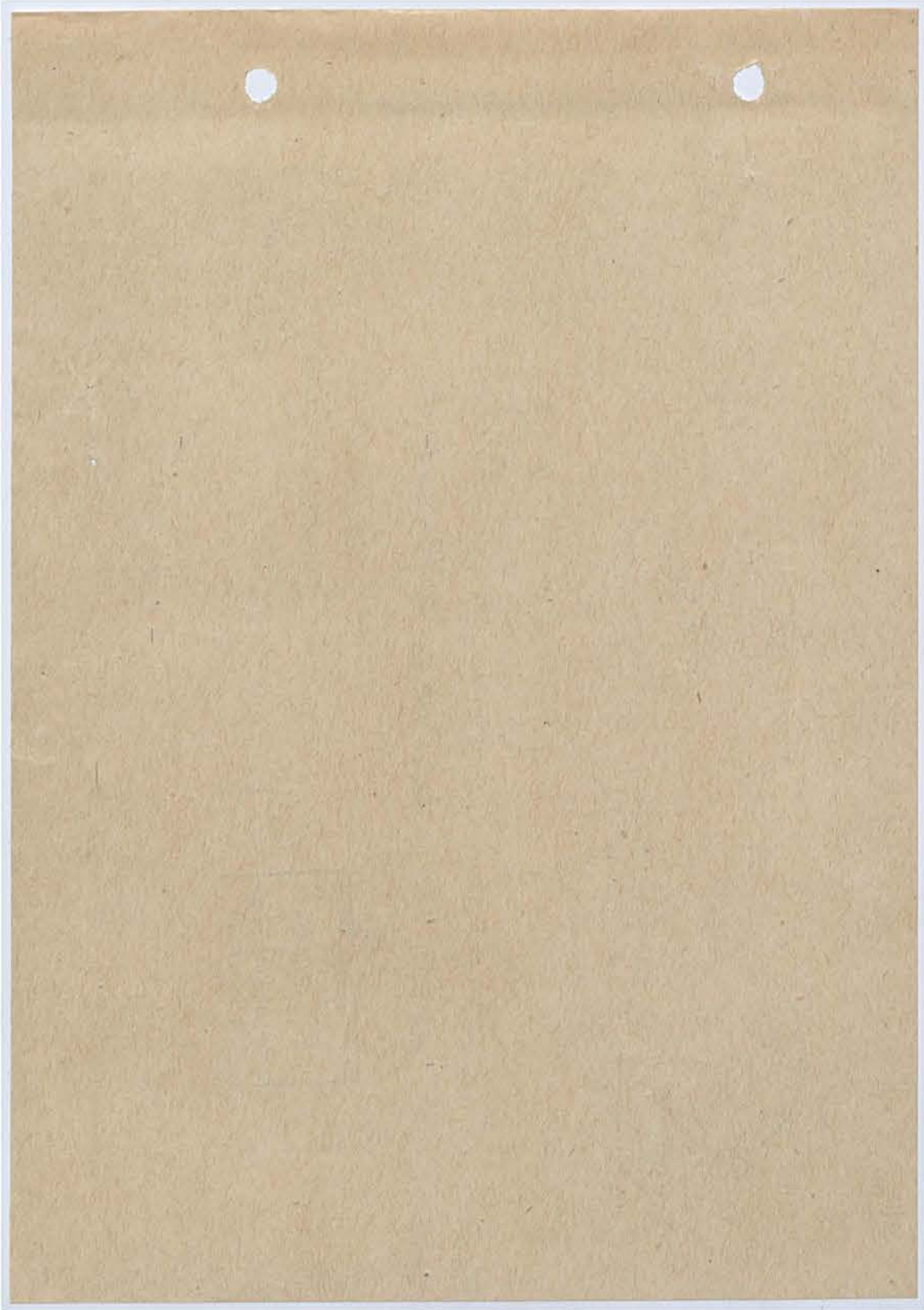
Im Auftrage des Landrates:

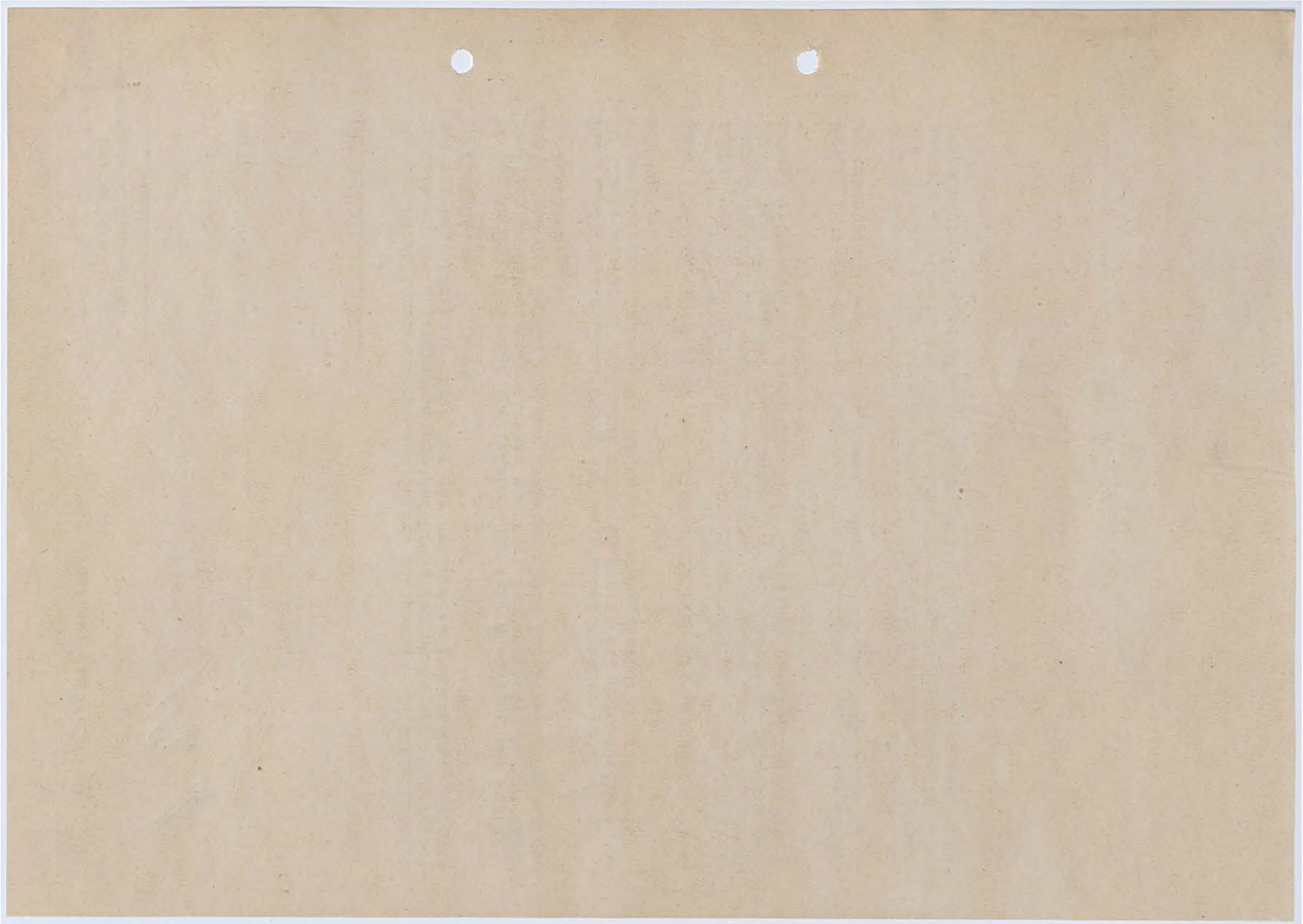
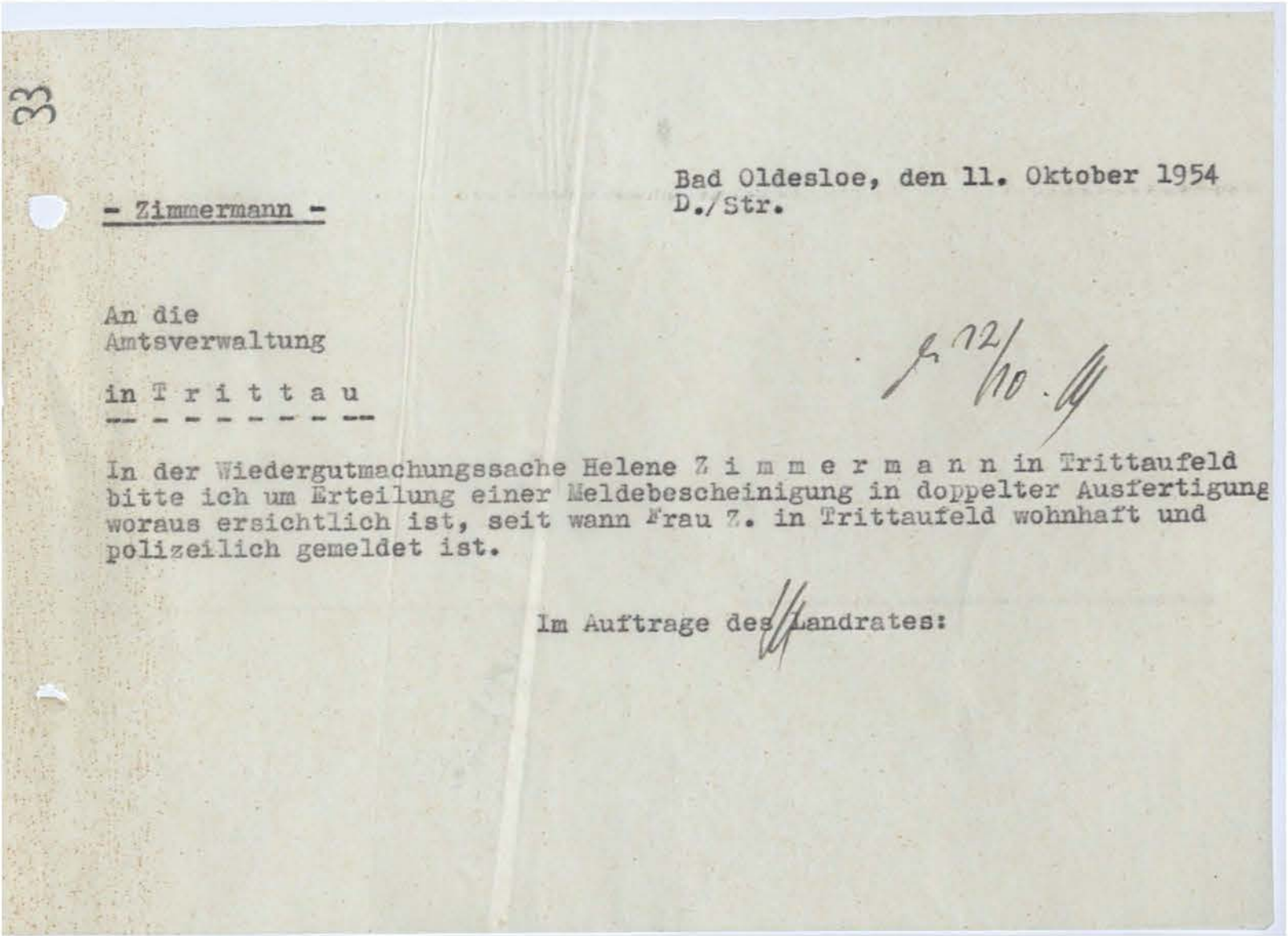
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



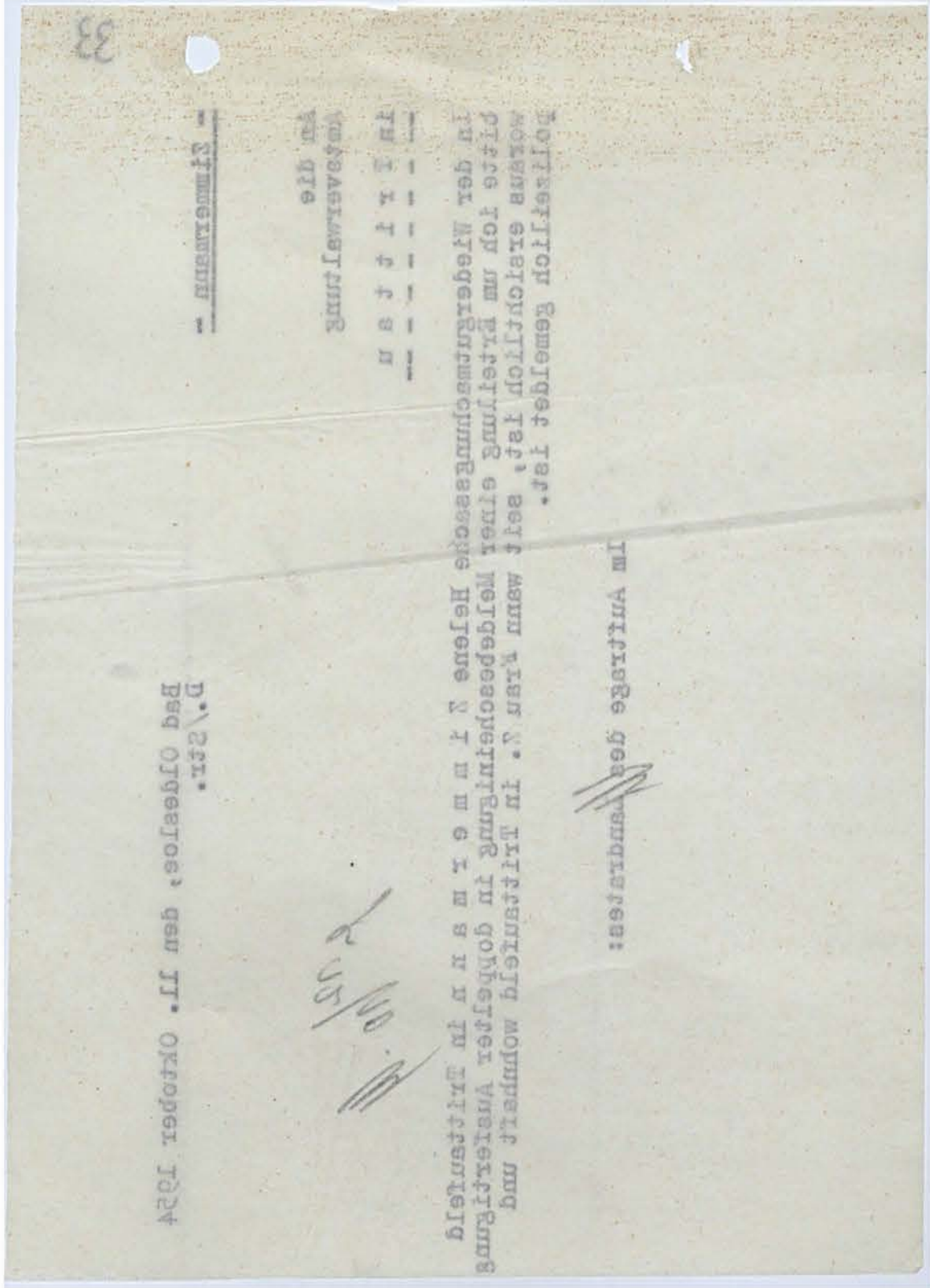


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



34

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

mit Anlagen
Nr.
Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Z i m m e r m a n n
Vornamen: H a l e n e
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 17.4.1882 Oranienburg b. Berlin
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Trittau Kreis Stormarn
Familiennummer: 11
Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: 3 Alter der Kinder: über 25 J.
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: deutsch

2. Beruf:
Erlernter Beruf: Hausfrau
Jetzige berufliche Tätigkeit: Hausfrau

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?
Wenn ja: aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? X ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
..... entfällt

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: entfällt
Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
2. Beruf:
Erlernter Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit: entfällt
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / <input type="checkbox"/> nein	ja / <input type="checkbox"/> nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	<input checked="" type="checkbox"/> ja / <input type="checkbox"/> nein	ja / <input type="checkbox"/> nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / <input type="checkbox"/> nein	ja / <input type="checkbox"/> nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / <input type="checkbox"/> nein	ja / <input type="checkbox"/> nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:	<u>Trittau</u> <u>Kreis Stormarn</u>	
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:	<u>-</u>	
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:	<u>-</u>	
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:	<u>-</u>	
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:	<u>-</u>	
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?	<u>-</u>	
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?	<u>-</u>	
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / <input type="checkbox"/> nein	ja / <input type="checkbox"/> nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgengruppen und deren Hinterbliebenen:		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?	<u>-</u>	
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?		ja / <input type="checkbox"/> nein

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 5) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:	ja / <input type="checkbox"/> nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	ja / <input type="checkbox"/> nein
in <u>Hamb. 7. Insil</u> vom <u>24.8.36</u> bis <u>24.6.36</u>	
in <u>2</u> vom <u>2. 2. 1936</u> bis <u>2. 2. 1936</u>	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
insgesamt = <u>2</u> volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24) a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: d) durch sonstige schwere Schädigung:	ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55) a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein ja / <input type="checkbox"/> nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	ja / <input type="checkbox"/> nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht? ja / ☐ nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
<u>4. Kreis Stormarn 300 -</u> <u>Heimkehreramt</u> <u>Hilf. Kohn</u>	<u>9. 10. 57</u>	<u>1 769 Bc 1157 67 141</u>

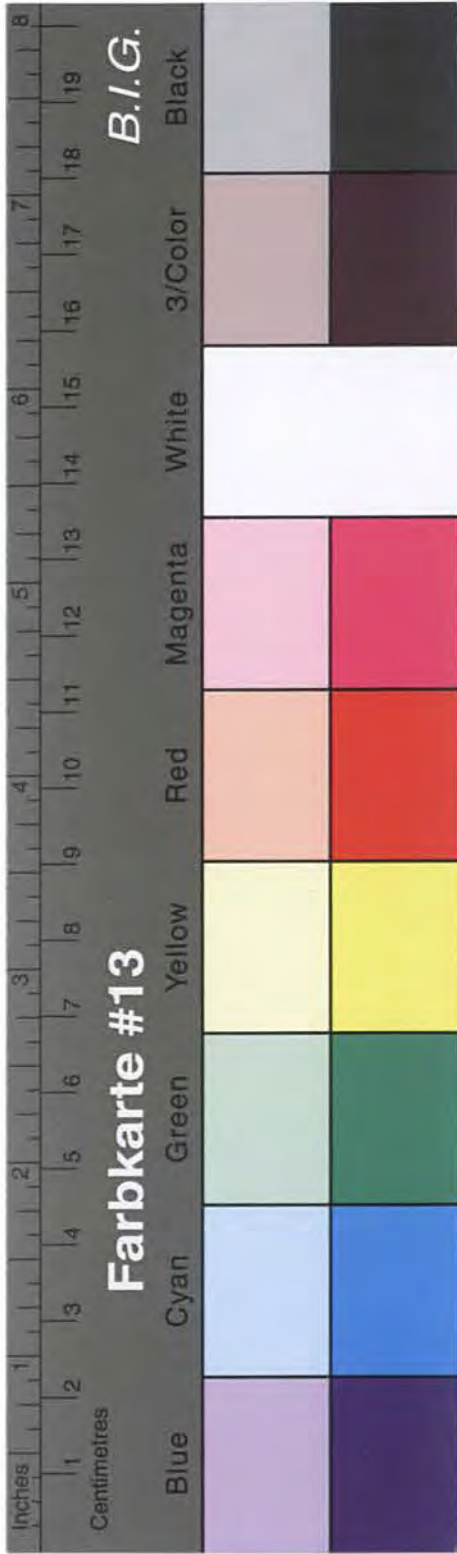
Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / ☐ nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen:

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / ☐ nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
<u>Rechtsberatung</u>	<u>Heimkehreramt</u> <u>Hilf. Kohn</u>	<u>9. 10. 57</u> <u>24. 6. 57</u>		
	<u>(207. v. 1. 1. 57 - 30. 6. 57)</u>			

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / ☐ nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
		<u>4/1/9 9.</u>



Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? Justizminister, Hdt. Köln I 169 Be 1155

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...
	<u>z. B.</u>

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges 1. Hdt.
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel Photokopie

wurden bereits an Justizminister, Hdt. Köln oder Landgericht Köln (Behörde) (Gericht) II Hdt 1612/38 (Aktenzeichen)

zu -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

....., den 22. 9. 54 John G. Ginnemann (Ort) (Datum) (Unterschrift)

Dem Antrag sind 7 Anlagen beigelegt, und zwar:

1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35

36

Der Oberlandesanwalt
bei dem Landgericht Hamburg
Aktenzeichen: XI. Sond. 1617/34.
In allen Eingaben anzugeben!

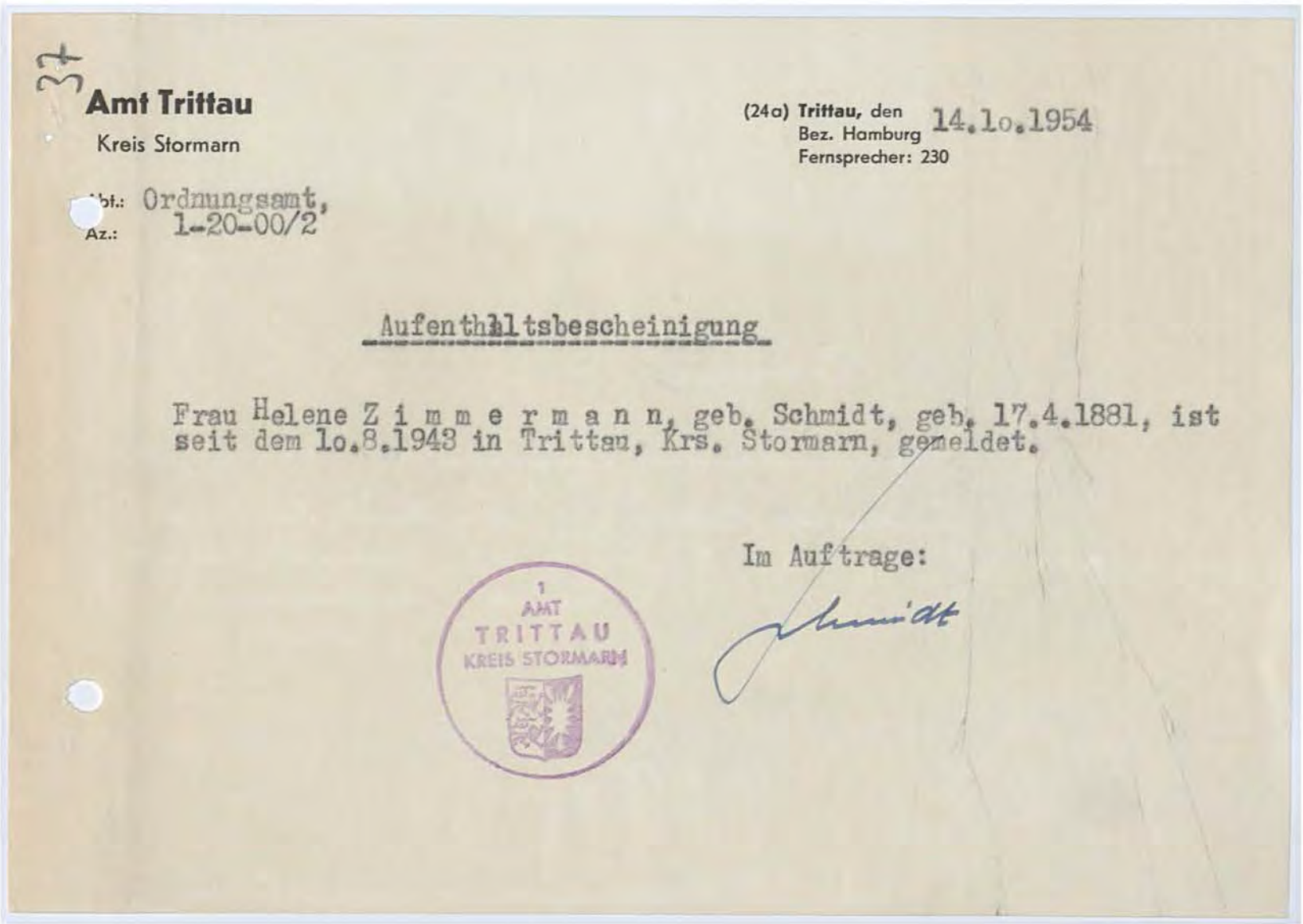
B e s c h e i n i g u n g e n .

Es wird hierdurch bescheinigt, dass Frau Helene
Ginnemann, geb. Frick, Schmitt, geb. 17.4.81 in
Straßburg, wegen verbotener Beihilfeschuldigkeit (politische
Strafen verurteilt worden ist:

1. Urteil von 1.11.36, 2. Monatsstrafe.
Diese Strafe wurde verbüßt vom 24.4.39 bis zum 24.6.39.
2. Urteil vom 28.4.39, 4 Monatsstrafe.
Strafe wurde erlassen auf Grund der Amnestie vom 30.4.26.

A. A.
W. Ginnemann
74

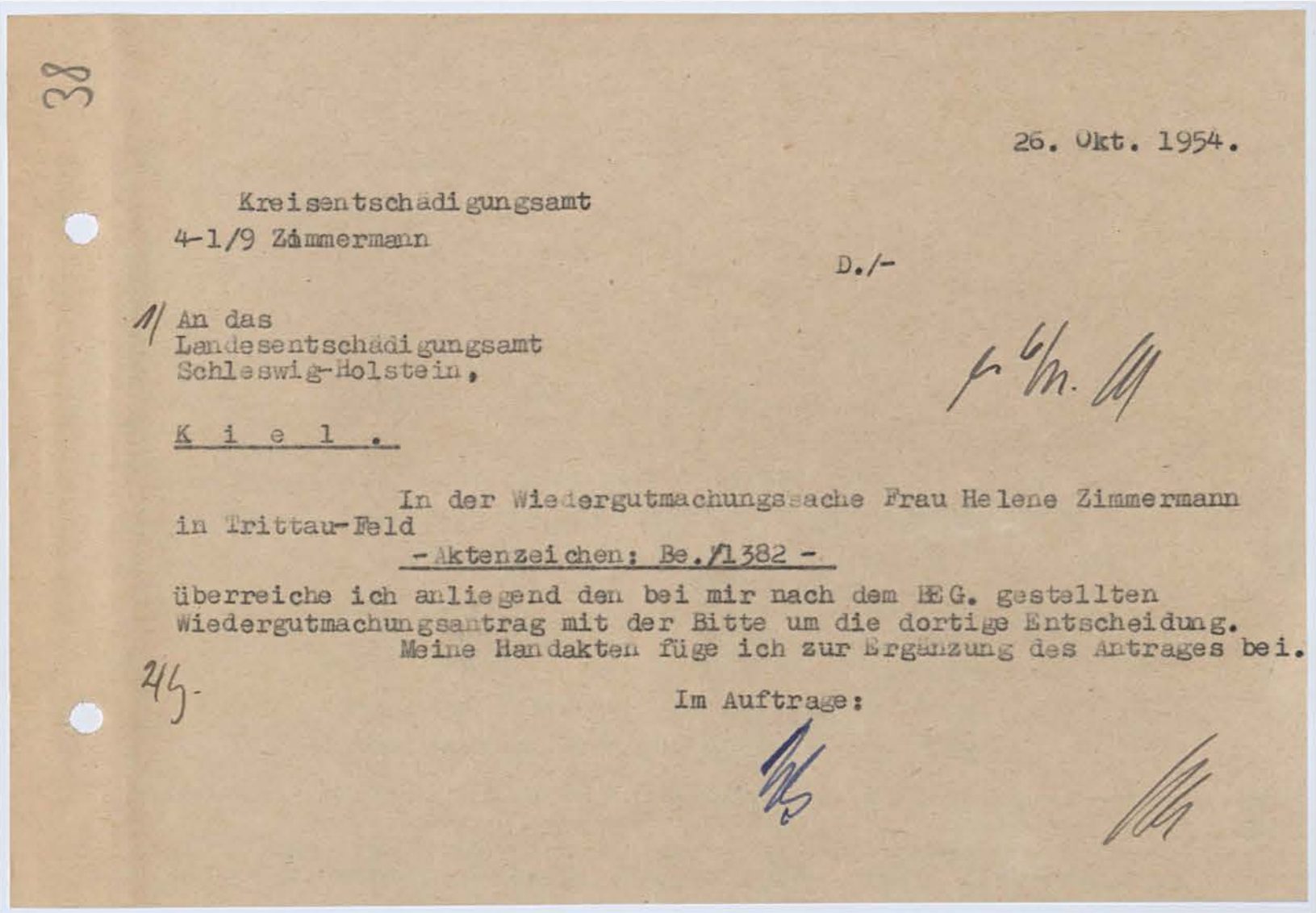
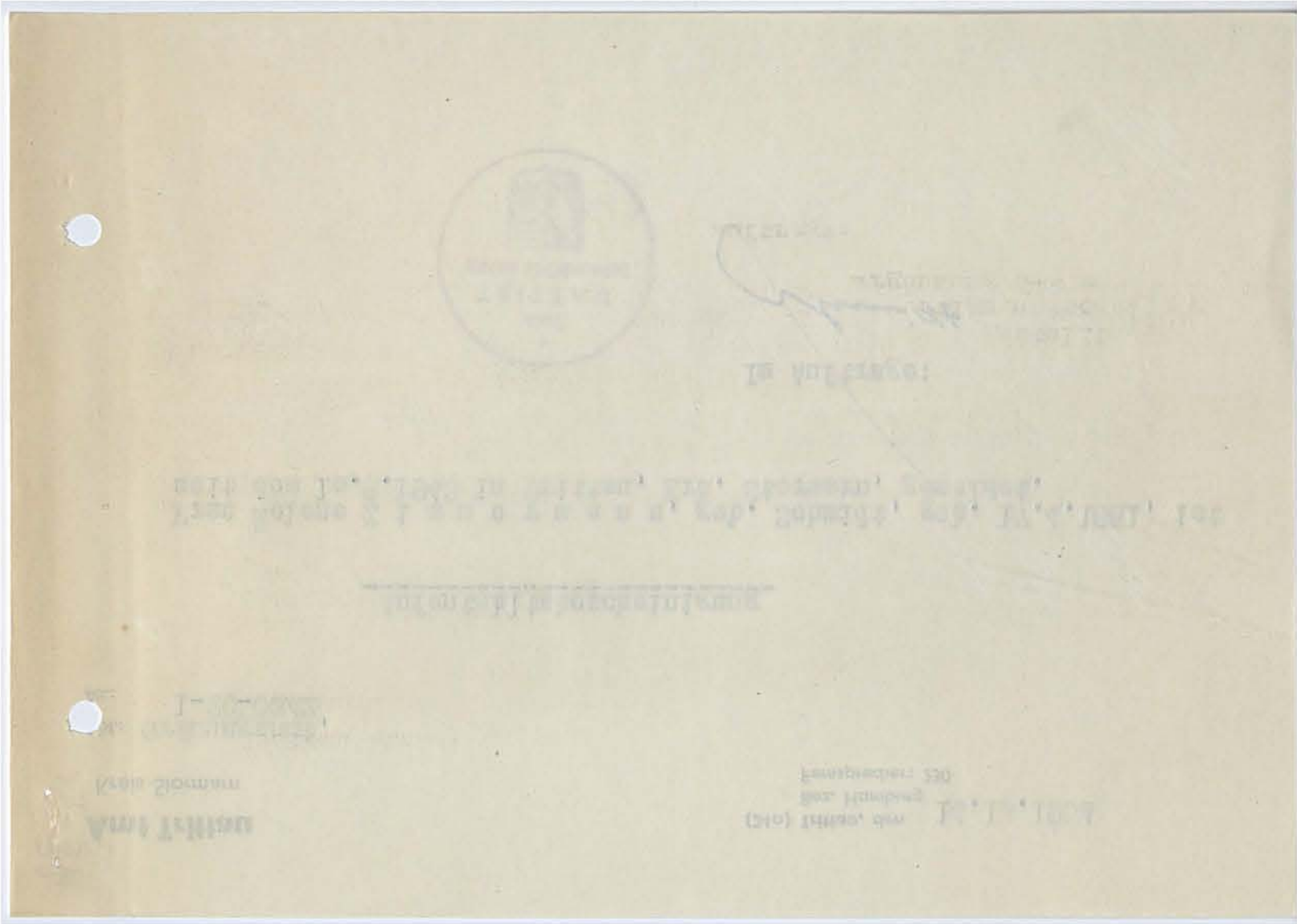
@ Hamburg 36, den 24. Juni 1954
Staatsanwaltschaft, Strafgericht.
Fernsprecher 351012



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



35

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)

*) Kinder unter einem Jahr zählen nicht
(Children under one year do not count)
Kinder zwischen einem Jahr u. 14 Jahren zählen als halbe Person
(Children between one year and fourteen years count as half person)

Sonderausweis
(Special Identity Card)
für
(for)
politisch, rassisch und religiös Verfolgte
(Persecutees on political,
racial and religious grounds)

Nr. 245
(No.)

Ausgehändigt durch den Sonderhilfsausschuß
des Stadt-Landkreises
(Issued by Special Assistance
Committees of Stadt-Landkreis)

Diese Karte muß persönlich vorgezeigt werden
(This card must be presented personally by the
person in whose favour it is issued)

Landesdruckerei, Kiel, 766/10000. 7. 48.

Da das Einkommen den Bedarfssatz - nicht - übersteigt, kann eine Beihilfe zum Lebensunterhalt - nicht - gewährt werden.

Für die Feststellung der Ausbildungskosten gilt folgende Berechnung:

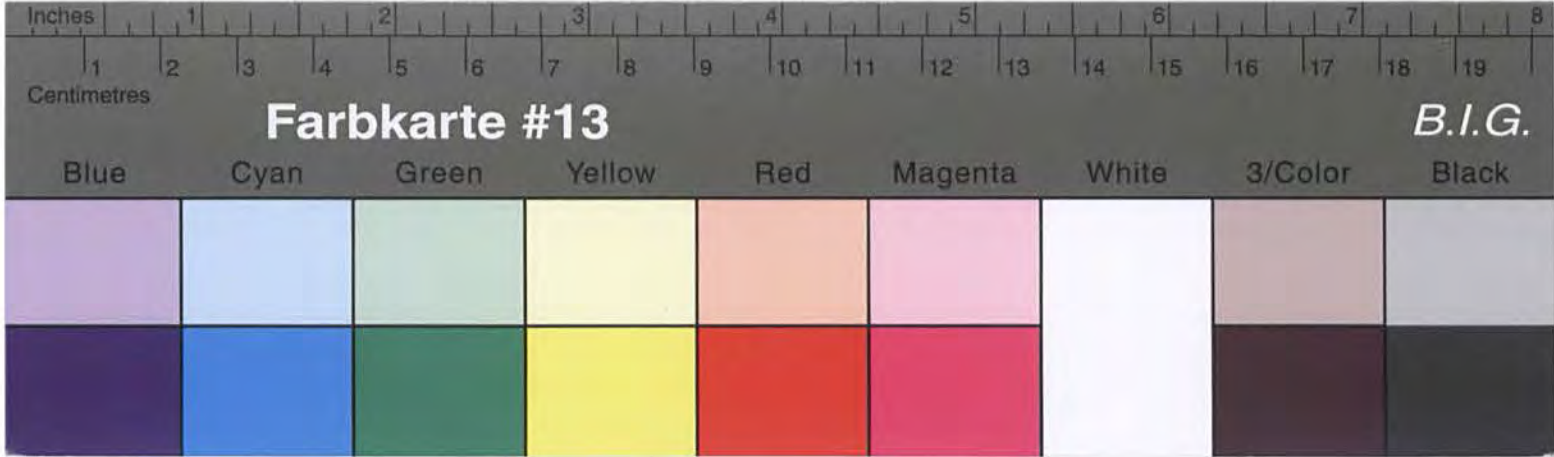
doppelter Richtsatz der Mutter	DM
desgl. der Waise	DM
Miete	DM

Da das Einkommen diesen Betrag - nicht - mit DM übersteigt, ist ein Betrag von DM - nicht - auf die tatsächlichen Ausbildungskosten anzurechnen.

An Ausbildungskosten entstehen:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Lichtbild
(Photo)

Unterschrift
(Signature)

Vor- und Zuname:
(Christian name Family name)

Wohnort:
(permanent)

Straße:
(address)

Der Obengenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonderhilfsausschuß.
(The above mentioned is entitled to special benefits on the authority of Special Assistance Committees)

Datum:
(Date)

Vorstand
(Chairman)

Mitglieder
(Members)

Kennkarte Nr.:

Registriarschein Nr.:

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)
1 Betr.: Kreisernährungsamt (Apply to Kreis-Food Office)	Mittelschwere Arbeiter (Medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards) von bis (from) (to)	
2 Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis-Wohnungsamt)	Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für *) Personen (for)	
3 Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt)	Anstellungsvorrecht (Priority Employment)	
4 Betr.: Kreis-Wohlfahrtsamt (Apply to Kreis-Wohlfahrtsamt)	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für Wochen (for) (weeks) b) erneuert für Wochen (renewed) (for) (weeks) c) dauernd (permanent)	